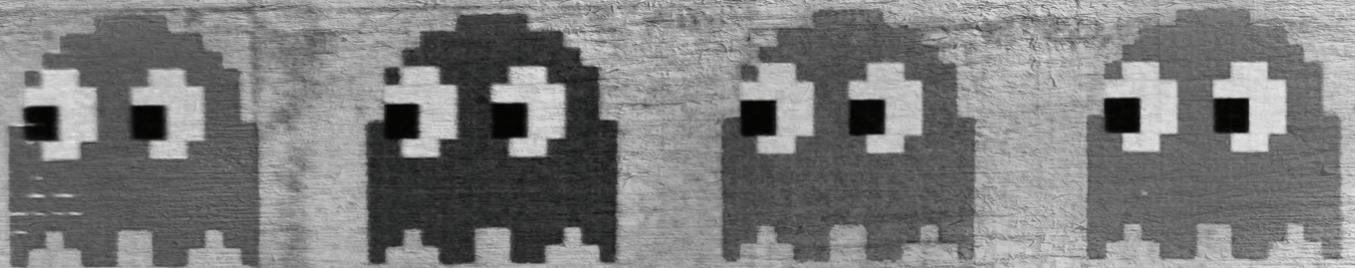


**linksjugend
['solid]** 

**Ein Gespenst für
Europa**



Antragsheft 2

XI. Bundeskongress

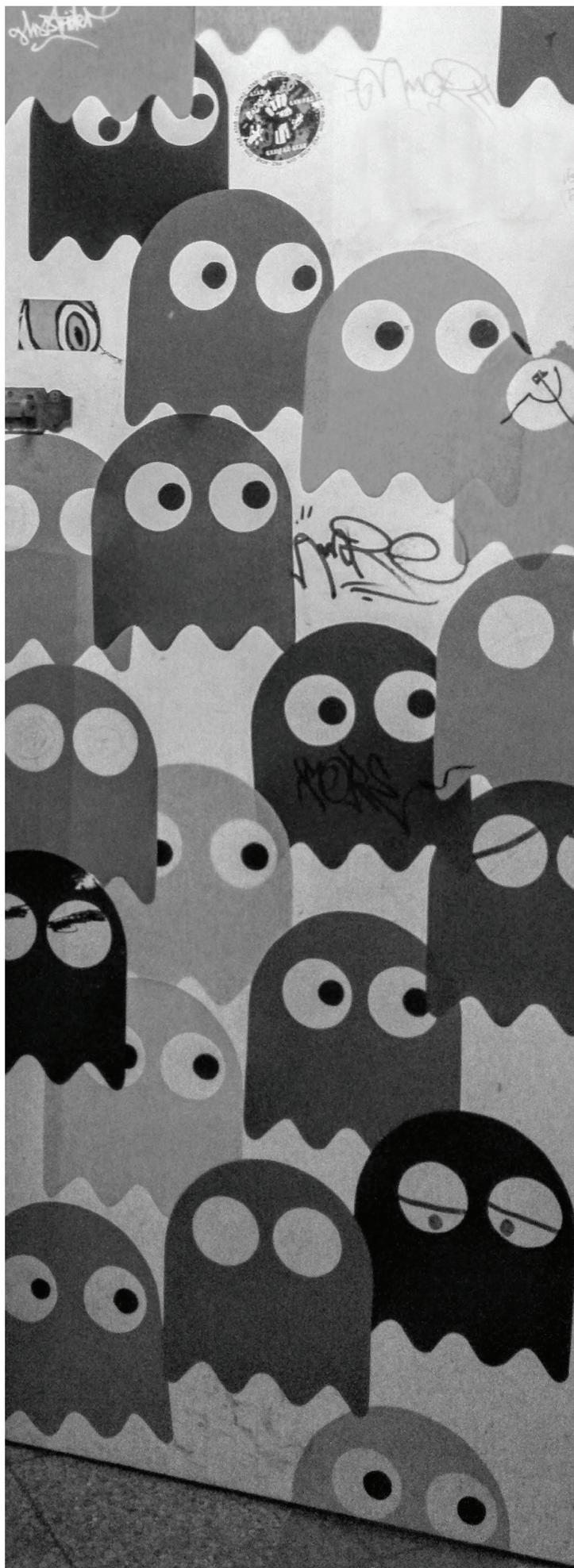
13 .- 15. April 2018 in Erfurt

linksjugend ['solid']

Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 030 / 24009-131
Telefax 030 / 24009-326
E-Mail: info@linksjugend-solid.de
Web: www.linksjugend-solid.de
Bürozeiten: Montag – Freitag
10 - 17 Uhr

Redaktion: Bundesgeschäftsführung
Layout: Isabelle Bartram
E-Mail: layout@linksjugend-solid.de



Fotos:
[flickr.com/kurtxio](https://www.flickr.com/photos/kurtxio/)
[flickr.com/ghost_of_kuji](https://www.flickr.com/photos/ghost_of_kuji/)
[flickr.com/Retinafunk](https://www.flickr.com/photos/Retinafunk/)

Inhaltsverzeichnis

Berichte

Rechenschaftsbericht des BSpR	3
Bericht der Bundeskassenprüfung	7

Vorschlag zur Änderung der Wahlordnung Anträge

A3 Für einen emanzipatorischen Kommunismus!	11
A4 Antrag zur Unterstützung von „Ende Gelände“	13
A5 Stadtpolitische Vernetzung	14
A6 Antimuslimischem Rassismus konsequent entgegenreten	15
A7 Was für eine LINKE wollen wir?	18
A8 „Der Kampf gegen die Religion ist der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.“	20
A9 Für eine antirassistische Offensive auf Bundesebene!	23
A10 Die Zukunft der sozialen Sicherung	24
A11 Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – 200 Jahre Karl Marx	25
A12 Linksjugend 4.0	26
A13 Gedenken an unsere Geschichte	28
A14 „Gegen jeden Antisemitismus! - Keine Zusammenarbeit mit antisemitischen Boycott-Bewegungen und ihren Unterstützen“	30
A15 Alle nach Augsburg! – Proteste gegen den Bundesparteitag der AfD unterstützen	31
A16 Wider dem völkischen Geist – Kein „Schild und Schwert-Festival“ in Sachsen oder anderswo!	32
A17 Abrüstung ist das Gebot der Stunde!	33
A18 50 Jahre 1968	35
A19 Basisdemokratie muss auch digital sein – digitalen Austausch ermöglichen	36
A20 Solidarität und die Vielfalt des Widerstands sind unsere Stärke!	37
A21 100 Jahre Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – der Kampf geht weiter!	38
A22 Geschlechtergerechtigkeit jetzt!	39
A23 My body my choice!	40
A24 Stoppt das Pinkwashing der AfD!	41
A25 Antrag Bundeskongress: Barrierefreie Sprache in der Linksjugend. Und in der Partei DIE LINKE.	45
A26 ‚Internationaler Kurdistankongress – Feminismus, Ökologie, Sozialismus neu denken!‘ unterstützen	50
A27 Abschiebung konsequent entgegen stehen! – Widerstand 31 Mai supporten!	52
A28 Polizeigesetzverschärfungen kontern - Aktivist*Innen ausbilden!	53
A29 Gemeinsam kämpfen: Kein „Weiter so“ mit Niedriglöhnen und Sozialabbau! Zurückschlagen gegen die unsoziale Politik der Merkel-Regierung!	54
A30 Solidarische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität	57
A31 Keine Finanzierung von tierischen Produkten – ökologische, regionale und saisonale Lebensmittel bevorzugen!	58
A32 Verkehrswende	59
A33 Eine soziale Transformation muss eine ökologische sein, oder sie wird nicht sein!	60
A34 Für heute und morgen: Klimaschutz sozial und gerecht!	62
A35 Ein gutes Leben für alle: Gleichberechtigung und Feminismus	63
A36 Queer – Gleichberechtigung aller Lebensweisen	64
A37 Feminismus steht bei uns nicht nur im Programm! - Feministische Strukturen in der linksjugend [,solid] stärken!	66
A38 Mobilitätswende – Freifahrt für freie Bürger*innen	67

A39 Pornographie - für eine feministische Darstellung der existierenden Vielfalt und Diversität	72
A40 „Adoptionsrecht für alle!“ - Für eine Akzeptanz aller Lebensentwürfe und Familienformen	74
A41 Trans* von Kindesbeinen an	75
A42 Unsere Gesellschaft - kein Platz für Rassismus und Faschismus!	77
A43 Gegen Repression und den Polizeistaat!	78
A44 Impfpflicht	81
A45 Tabaksteuer	82
A46 Basisgruppen aktivieren – stärkere Prozesseinbindung	83
A47 Anforderungen an den*die Kandidat*in zur Europaparlamentswahl	84
A48 Gegen jeden Islamismus	85
A49 Keine sicheren Herkunftsländer!	88
A50 Keine Unterstützung für autoritäre Regime!	89

Änderungsanträge

ÄA1.1 Änderungsantrag zu A1	90
ÄA1.2 Änderungsantrag zu A1	91
ÄA1.3 Änderungsantrag zu A1	93
ÄA1.4 Änderungsantrag zu A1	94
ÄA6.1 Änderungsantrag zu A6	95
ÄA6.2 Änderungsantrag zu A6	96
ÄA6.3 Änderungsantrag zu A6	97
ÄA6.4 Änderungsantrag zu A6	98
ÄA6.5 Änderungsantrag zu A6	99
ÄA6.6 Änderungsantrag zu A6	100
ÄA6.7 Änderungsantrag zu A6	101
ÄA6.8 Änderungsantrag zu A6	102
ÄA6.9 Änderungsantrag zu A6	103
ÄA9.1 Änderungsantrag zu A9	104

Kandidaturen für den Bundessprecher*innenrat

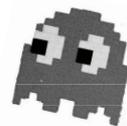
Paul Gruber	105
Noro Schlorke	106
Piet Jakobs	107
Jakob Migenda	108
Jan Schiffer	111
Luisa Albrecht	112

Kandidatur als Bundesschatzmeister*in

Konstantin Gräfe	113
------------------	-----

Kandidaturen als Parteitagsdelegierte*r für den Bundesparteitag der LINKEN

Jary Koch	115
Marco La Licata	116
Jens Feldmann	117
Daniel Kerekeš	118
Jakob Migenda	119
Yannic Bakhtari	120
Iris Burdinski	121
Katharina Schramm	122
Dorian Tigges	123
Konstantin Gräfe	124
Marius Petrenz	125
Lissy Bott	126



Berichte

Rechenschaftsbericht des Bundessprecher*innenrats

Bundesparteitag

Im Vorfeld des Bundestagswahlparteitages in Hannover wurde eine Besprechung der Delegierten per Telefonkonferenz sowie ein Jugendplenum auf dem Parteitag organisiert. Die Beteiligung an der Vorbereitung war leider relativ gering, auch beim Parteitag selbst waren bei weitem nicht all unsere 30 Delegierten anwesend.

Auf dem Parteitag waren wir mit einem Stand, einigen Änderungsanträge und mehreren Redebeiträgen unserer Mitglieder präsent und haben dort wo es Kritik gab – an Sahra Wagenknecht und der Zustimmung der Landesregierungen zur Autobahnprivatisierung – unsere Kritik artikuliert. Insgesamt war der Parteitag jedoch vor allem durch die Behandlung der vielen Änderungsanträge zum Wahlprogramm gekennzeichnet, die wenig Raum für Grundsätzlichere Debatten ließ.

Da unser BuKo schon nach dem Einreichungsschluss für satzungändernde Anträge lag, konnte der BuKo Beschluss einen Antrag für eine Wahl der Spitzenkandidat*innen zur Bundestagswahl zu stellen nicht mehr umgesetzt werden. Wir stellen den Antrag daher zum kommenden BPT.

G20

Die Proteste gegen das Treffen der G20-Staaten am 7. und 8. Juli in Hamburg waren im letzten Jahr der zentrale Platz für die Kritik am Krisenkapitalismus, den negativen Folgen der Globalisierung und der ökologischen Zerstörung der Erde. Während Reaktionäre, wie Trump und Erdogan mit der Kanzlerin zusammentrafen, haben über zehntausende Menschen auf den Straßen der Hansestadt protestiert. Den G20 Staaten ging es nie um eine Lösung der globalen Probleme, sondern um eine Aufrechterhaltung des bestehenden kapitalistischen Systems mit den immer gleichen untauglichen alten Rezepten, wie grenzenloses Wirtschaftswachstum ohne Berücksichtigung ökologischer Folgen, unfairen Freihandel oder die Schaffung privater Investitionsmöglichkeiten mit einhergehendem Sozialabbau. Wir haben uns als Jugendverband zahlreich den Protesten angeschlossen! Für uns als BspR waren vor allem folgende drei Schwerpunkte wichtig:

Ein eigenes Barrio auf dem G20- Protestcamp. Ein eigener Block mit Lauti auf der Großdemo am Samstag. Die Organisation und Teilnahme an den Blockaden des Gipfels unter dem Motto „colour the red zone“.

Somercamp 2017

Im vergangenen Jahr fand unser alljährliches Somercamp vom 30. Juli auf den 6. August in der Nähe von Jena statt: 120 Teilnehmer*innen, über 35 Workshops und Vorträge. Highlights waren die szenische Lesung „Geleakt“ zu Leaks aus einer AFD-Whatsapp-Gruppe, Live-Konzerte und das Wetter, das im Zusammenspiel mit der direkten Lage an einem Badensee für die ein oder andere Wasserschlacht sorgte. Neben einem breiten Bildungsangebot mit Workshops zu Themen wie „Reformation und Revolution in Mitteleuropa“, Verschwörungstheorien, Bildung, Gramscis Hegemonietheorie, Freihandel über Workshops zur Geschichte des Weins, Auswertungsrunden zu den G20-Protesten gab es auch viele praktische Skill-Angebote wie ein Demo-Sani-Training, einen Workshop zur Vereinbuchhaltung, einen Technik-Workshop und eine gut besuchte Podiumsdiskussion zu Regierungsbeteiligung. Zusammen haben wir uns weitergebildet, gekocht, getanzt, gelacht, gesungen - kurz: ein bisschen Kommunismus im Hier und Jetzt gelebt.

Ende Gelände

Wir haben uns im Bündnis „Ende Gelände“ eingebracht und waren sowohl im August, als auch im November im Rheinischen Braunkohlerevier in den Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Braunkohleinfrastruktur aktiv. Auf der großen Demo zur COP23 in Bonn gab es einen großartigen linken Demoblock, der hauptsächlich von linksjugend [,solid] Aktiven gebildet wurde. Weiterhin gilt es am Ball zu bleiben, wenn es um den Kohleausstieg geht. Als linksjugend [,solid] sind wir ein fester Teil der Klimabewegung.

Holen wir uns die Zukunft zurück
Während der Wahlkampfzeit investierten wir große Mengen unserer Ressourcen in eine breite und vor allem inhaltliche Außenwirkung. Den Anstößen und Beschlüssen aus der Wahlkampf-AG folgend wurden Flyer zu verschiedenen Themen in CD erstellt. Die sich mit den für uns aktuellen Wahlkampfthemen befassten. Im Stil der Kampagne wurden zudem Pullover produziert und

themenspezifische Jogginghosen. Flyer und Give-Aways wurden so viel wie möglich an Basisgruppen gesendet und die Möglichkeit geboten nachzubestellen. Der umfassende Aufwand dieser Zeit stellte eine große Belastung insbesondere für unsere Angestellten dar, weshalb wir im Zeitraum des Wahlkampfes Projektstellen unterhielten. Als Bundesverband versuchten wir mit verstärkter Social Media Aktivität Aufmerksamkeit auf unsere Themen zu lenken und zu eigenem Wahlkampf zu motivieren. Wir entschieden uns dafür ebenfalls große Ressourcen in die Aktivierung lokaler Linksjugend-Strukturen zu investieren und schlossen dies mit einer Foto-Aktion ab, in der wir mit allen Landesverbänden eine Transpi-Aktion organisierten und so notwendig diese Transpis auch finanzierten.

Neumitgliederaktivierung

Nachdem die Jahre 2014 und 2015 sich bei den Neueintritten im Rahmen hielten, haben wir in den letzten beiden Jahren einen enormen Anstieg erlebt.

Die Neumitglieder, die einen Grund für ihren Eintritt nennen, geben überwiegend die Rechtsentwicklung und die parlamentarischen Erfolge der AfD als Motivation an, sich linkspolitisch zu organisieren.

Wir alle haben in den letzten Jahren die Erfolge der Rechten miterlebt. Umso mehr freut es uns zu sehen, wie viele Menschen dieser Entwicklung nicht tatenlos zuschauen wollen.

Wir als Bsp*R haben im letzten Jahr eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Einbindung von Neumitgliedern zu fördern. Wir haben Landesverbänden ihre Neumitgliedertreffen finanziert.

Wir haben zusätzliche Materialien an Neumitglieder verschickt. Wir haben mit dem SDS und der Linkspartei zusammengearbeitet und uns über funktionierende Konzepte ausgetauscht.

Und nicht zuletzt haben wir versucht, die Einbindung von neuen Mitgliedern in unserer alltäglichen Praxis mitzudenken z.B. in dem man bei Bildungsveranstaltungen auch einsteiger*innenfreundliche

Workshops organisiert.

Verbandswochenenden

Die Verbandswochenenden waren für viele in diesem Jahr ein wichtiger Ort um die gemeinsame Arbeit der Bundesarbeitskreise voran zu treiben. Es wurden im Rahmen der Verbandswochenenden gleich mehrere Bundesarbeitskreise gegründet zu nennen wären hier unter anderem der Bundesarbeitskreis Umpflügen, Gewerkschaft, Anarchismus oder schon bestehenden Bundesarbeitskreisen wie dem BAK AuF oder dem BAK Shalom

wurde neues Leben eingehaucht. Unsere Arbeit in Zukunft sollte sich auch darauf fokussieren, wieder einen aktiven BAK Feminismus zu ermöglichen. Die Verbandswochenenden dienten als Antriebsfeder um die sozialen Kämpfe auf die Straße zu tragen und dafür zu vernetzen, sowie für inhaltliche Arbeit für den Bundeskongress oder die Weiterbildung unserer Mitglieder. Wir organisierten im Sinne der innerverbandlichen politische Bildung vielseitige Eröffnungsveranstaltungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, zu nennen sind hierbei unter anderem Feminismus, LGBTIQ*, digitalisierte Arbeitswelt und Pluralität des Jugendverbandes, sowie Film-, und Kneipenabende und gemeinschaftliche Aktivierungsspiele. Wir hatten stets das Gefühl, dass die Angebote der Verbandswochenenden stark nachgefragt wurden und werten dieses Konzept daher als vollen Erfolg!

Bildungsoffensive

Im Rahmen der Bildungsoffensive wurde auf dem letzten BuKo beschlossen regionale Aktivist*innenseminarreihen durchzuführen, Basisgruppenseminare breiter bekannt zu machen und durchzuführen und dazu die Kommission Politische Bildung zu stärken und ein Teamer*innenseminar durchzuführen.

Die Kommission Politische Bildung konnte erfolgreich gestärkt werden und hat mit mehreren neuen Mitgliedern die Winterakademie erfolgreich geplant und ist in der Vorbereitung des Sommercamps.

Die Aktivist*innenseminare und das Teamer*innenseminar sind wegen der beiden Großprojekte G20 und Wahlkampf erst in der zweiten Hälfte unserer Amtszeit konkret in Angriff genommen worden. Beide sind inzwischen vorbereitet und terminiert und werden beworben. Im Rahmen der Aktivist*innenseminarreihe gibt es zwei Kurse an je drei Wochenenden in Süd- und Norddeutschland mit den Schwerpunkten linke Geschichte, Marxismus und Race-class-gender und Veränderungsstrategien.

Die Verstärkung der Basisgruppenseminare ist noch nicht in Angriff genommen worden, mit neu ausgebildeten Teamer*innen hoffen wir aber das in der kommenden BSpR-Amtszeit leisten zu können.

Winterakademie

Die Winterakademie fand auch dieses Jahr am ersten Februarwochenende in Bielefeld mit ?? Teilnehmer*innen statt. Dieses mal konnte der BAK Politische Bildung wieder das gesamte Tages-

programm planen und hat dies mit einem halben Jahr Vorlauf gemacht.

Neben einer praktisch orientierten Schiene am Sonntag Morgen fanden je eine Schiene mit drei Workshops zu den Themen Europa, Religion & Sozialismus, Digitalisierung & Zukunft, Bildung und Einführung in Marxismus, Feminismus und Antifaschismus statt. Innerhalb der Workshops wurde von Seiten der Vorbereitung auf politische Ausgewogenheit geachtet. Insgesamt waren die Workshops alle gut organisiert, für die Zukunft ist eine bessere Kennzeichnung des Schwierigkeitsgrades der Workshops vorgesehen.

Neben dem Tagesprogramm fanden zwei vom BSpR organisierte Abendveranstaltungen zum Thema Game of Thrones und Piraten und Sozialismus statt und auch die Geselligkeit kam wieder nicht zu kurz.

Material

Unser vorhergehender Bsp*R startete einen Versuch Grundlagenflyer zu möglichst vielen verschiedenen Themen, zu denen es im Verband feste Positionen gibt, zu erneuern. Wir setzten diese Arbeit fort, wobei Flyer zu antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Migration, Feminismus und weitere entstanden. Unseren Nachfolger*innen hinterlassen wir weitere unterschiedlich ausgearbeitete Flyer um die stete Aktualisierung unserer Außenwirkung zu erhalten. Des weiteren entschieden wir uns dafür neue Sticker verschiedener Motive für verschiedene Zielgruppen zu produzieren und erneuerten das Design für die Linksjugend Fahnen.

Öffentlichkeitsarbeit

Schon zu Beginn unserer Legislatur haben wir es uns zur Aufgabe gemacht die Öffentlichkeitsarbeit des Jugendverbands auszubauen. Ein wichtiger Bestandteil war/ist dabei unsere Social Media Kanäle. [Grafik zu Facebookgefälltmiranzahl einfügen], Ebenso konnten wir auf Twitter größere Reichweiten erzielen und haben mittlerweile mehr als 6.000 Follower. Außerdem haben wir uns einen noch einen Schritt weiter ins Internet gewagt und haben einen Instagramaccount eingerichtet, dem mittlerweile knapp 2.000 Nutzer*innen folgen.

Wir haben versucht unseren Newsletter öfters herauszubringen und haben als moderneres Pendant dazu einen Telegraminfokanal eingerichtet über den ihr ganz leicht an neue Infos kommt.

Ein weiterer Baustein ist das Wiederbeleben des „Realtalk“. Bisher gab es diesen ja immer in Printversion, da aber das Zeitalter der Postkutschen auch bei uns vorbei ist, wollen wir den „Realtalk“ als einen Debattenblog (integriert in unsere Homepage) etablieren.

Landesverbandsbetreuung

In dem vergangenen Jahr haben wir gemeinsam viele Hürden gemeistert und sind näher zusammengerückt. Die großen Herausforderungen unserer Bundes- und Landesebenen begannen 2017 bereits in unmittelbarer Nähe nach dem Bundeskongress mit der Beteiligung an den Protesten gegen den G20 Gipfel für diesen wir bundesweit mit den Landesverbänden Kontakt aufnahmen und mit diesen gemeinsam planten, mobilisierten und demonstrierten. Danach ging es nahezu unmittelbar weiter mit der Bundestagswahl für diese die Landesverbände viel eigenes Engagement aufwendeten und uns einen großen Neumitgliederzuwachs bescherten. Dieser wurde nach der Bundestagswahl mit vielen Neumitglieder- und Basisgruppenseminaren willkommen heißen und eingebunden. Insgesamt zeichnete sich dadurch das positive Bild ab, welches uns heute vorliegt. Viele Landesverbände sind gewachsen und dadurch auch aktiver geworden. Landessprecher*innenräte konnten ausgebaut werden und die Arbeit in den Landesverbänden somit besser strukturiert und verteilt werden. Wir hoffen auf eine einkehrende Kontinuität und darauf mit euch weiterzuarbeiten! Um in Kontakt mit den Landesverbänden zu bleiben, besuchten wir zudem diverse Mitgliederversammlungen, sowie lokale Projekte.

Sonstiges

Auch neben den schon genannten Großprojekten und Schwerpunkten waren wir nicht untätig. Im Oktober 2017 fand eine Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald statt, erst vor wenigen Wochen hatten ihr die Möglichkeit an einem Geschäftsführungs-Seminar teilzunehmen, um euch Skills und Tipps für die ganze bürokratische Arbeit anzueignen, die so anfällt und Informationen zum Aufbau von Vereinen erhalten. Außerdem wird im April noch das Seminar für eine widerständige Praxis stattfinden, ein Angebot inhaltlicher theoretischer Bildung und zur Vertiefung eures Wissens über die Abläufe, Strukturen und das Funktionieren unseres Verbandes. Neben all den Veranstaltungen waren wir auch nicht untätig was das Schreiben von Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum aktuellen Geschehn angeht, so lassen sich auf unserer Homepage nun Texte zu unserer Bewertung der neuen Bundesregierung, zur Partei Die LINKE, zum Verbot von indymedia, zu Repression durch die Polizei gegen Linke nach G20, zum AFD-Bundesparteitag im Dezember vergangenen Jahres und vieles mehr finden. Wir haben uns außerdem an vielen Podiumsdiskussionen, auf welche wir eingeladen wurden beteiigt und unsere

Kontakte und Austausch mit anderen uns nahestehenden Strukturen aufrechterhalten.

Was sich im vergangenen Jahr grundlegend geändert hat

Es gibt auch ein paar neue Dinge auf die wir euch gerne hinweisen wollen: Wir haben ein wunderschönes neues Fahnenmotiv, ein Corporate-Design für unsere Social-Media-Kanäle, unser Debattenreader #realtalk wird ab jetzt in einem Blogformat online verfügbar sein. Der BuKo ist durch diverse Neuangebote einstiegfreundlicher gestaltet und wir haben einen Bundesverbands-Instagram-Account, der super läuft.

Arbeitsweise

Als Bundessprecher*innenrat haben wir uns in der Regel alle 5 Wochen zu einer Präsenzsitzung getroffen. Diese Sitzungen fanden meistens in unserer Bundesgeschäftsstelle statt, 3 mal in Thüringen und einmal in Magdeburg. Zwischen den Sitzungen haben mir einmal in der Woche uns in einer Telefonkonferenz beraten. Zwei mal haben wir an einer Sitzung des Parteivorstands teilgenommen und über unsere Arbeit berichtet. Darüber hinaus hat jede*r von uns verschiedenste Aufgaben übernommen und unseren Jugendverband auf diversen Podien und gegenüber der Presse vertreten. Wir haben nach bestem Gewissen versucht für alle ansprechbar zu sein und al-

len mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, obwohl wir ein sehr kleines Gremium waren. Die Arbeit hat uns Spaß gemacht, auch wenn wir manchmal vor Arbeit nicht wussten wo uns der Kopf steht.

Dank an die BGS

Außerdem wollen wir noch denen danken, die durch ihre tägliche Arbeit im Hintergrund den Jugendverband erst möglich machen - die Bundesgeschäftsstelle.

Zu dem durften wir mit Saskia und Janis zwei neue Mitarbeiter*innen in der Bundesgeschäftsstelle begrüßen.

Wir haben uns sehr über die anregende und gute Zusammenarbeit im letzten Jahr gefreut. Danke für Alles!

Und Danke außerdem an alle, die uns das Jahr über unterstützt und geholfen haben, sei es bei der Orga unserer Veranstaltungen, sei es durch Hilfe vor Ort oder durch Zuarbeit von Texten, das Übernehmen von Aufgaben in Gegenden, die wir zu den Zeitpunkten nicht erreichen konnten, oder durch Ideen, die ihr uns per Mail geschickt habt. Die linksjugend [,solid] ist nicht das Projekt des BSPR sondern das Projekt aller Genoss*innen die sich an unterschiedlichsten Stellen in die Gestaltung des Verbandes einbringen und mitmachen! Danke!

Bericht Bundeskassenprüfung von Linksjugend [‘solid] und DIE LINKE.SDS für 2017

Zwischen dem 17.03.2018 und dem 18.03.2018 prüften die Kassenprüfer*innen Marie Wendland, Franziska Fehst und Mirko Libera die Bücher des Verbands. Rico Knorr konnte wegen Terminüberschneidungen nicht teilnehmen. Auskünfte gab der Finanzmitarbeiter der Linksjugend [‘solid] Marko Kwapinski.

I. Prüfungsgegenstand und Verantwortlichkeiten

Die Bundeskassenprüfung wurde auf dem Bundeskongress vom 21. - 23. April 2017 in Leipzig gewählt.

Gegenstand der Prüfung ist das satzungsgemäße und rechnerische Finanzgebaren des Bundesverbandes vertreten durch den Bundessprecher*innenrat der Linksjugend [‘solid], insbesondere der Bundesschatzmeisterin, sowie des im Rahmen einer Finanzautonomie agierenden DIE LINKE.SDS vertreten durch den Bundesvorstand, insbesondere dessen Finanzverantwortlichen. Der Prüfungszeitraum erstreckt sich vom 01.01.2017 bis 31.12.2017.

II. Organisatorische Grundlagen des Finanzwesens

1. Buchführung

Der Verband macht doppelte Buchführung. Im Prüfungszeitraum ist es zu keinen Rückständen in der Buchhaltung gekommen. Die Bilanz zum 31.12.2017 und die Gewinn- und Verlust-Rechnungen lagen vor und waren schlüssig.

2. Bankkonten

Der Verband unterhält 3 Konten. Ein GLS-Hauptkonto, ein Tagesgeldkonto bei der GLS Bank und ein GLS-Konto für den Studierendenverband. Das Konto bei der Berliner Bank wurde im Jahr 2017 aufgelöst und das Guthaben auf das GLS-Hauptkonto übertragen. Kontoüberweisungen werden per Onlinebanking getätigt.

3. Kassen

Die Prüfung der Barkassen hat ergeben, dass die Kassenbelege im Prüfungszeitraum vollständig vorhanden sind. Der Bestand der Kasse zum Zeitpunkt der Prüfung stimmte mit dem Kassenbuch überein, woraus korrekte Kassenbestände zum 31.12.2017 bestätigt werden konnten.

4. Belegwesen

Die Belegordner aller Monate wurden intensiv geprüft, zu allen Buchungen lagen Belege vor.

III. Bestände des Verbandes zum 31.12.2017

Die Geldbestände der Linksjugend [‘solid] stellen sich wie folgt dar:

	zum 31.12.2017	Vorjahreswert
Hauptkasse	5.442,41€	9.408,43 €
Kasse SDS	3.334,25 €	2.357,19 €
GLS Bank	310.539,07 €	246.722,76 €
GLS Bank Tagesgeld	116,26 €	15.116,26 €
GLS Bank Linke.SDS	7.605,10 €	13.663,66 €
Berliner Bank	-----	6.168,17 €

Kassen- und Bankbestände	327.037,09 €	293.436,47 €

Es bestanden zum 31.12.2017 Forderungen in Höhe von 27.463,47 € (Vorjahreswert: 21.463,25 €) zzgl. 6.891,77 € (Vorjahreswert 5.517,04 €) für Mitgliedsbeiträge, welche erst im Januar 2018 für Dezember 2017 eingezogen wurden.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2017 beliefen sich auf 71.147,06 € (Vorjahreswert: 54.351,29 €), wovon 51.007,94 € (Vorjahreswert: 42.494,78 €) Beitragsanteile gegenüber den Landesverbänden sind.

IV. Einhaltung des Haushalts 2017

Nach den vorliegenden Zahlen wurde innerhalb des Haushaltes gewirtschaftet. Erzielte Mehrausgaben wurden mit Mehreinnahmen ausgeglichen. Die Nähe von Plan- und Ist-Werten spricht für einen vernünftigen fortlaufend Abgleich der Daten, was sehr lobenswert aufgefallen ist.

V. Empfehlungen

1. Mitglieder und Sympathisant_innen

- Erstattungsformulare bitte leserlich und vollständig ausfüllen.
- Nur aktuelle Formulare verwenden, ggf. darauf achten, dass es neue Formulare gibt.
- Belegexemplare zu allen abgerechneten Druckerzeugnissen einreichen, das meint z.B. ein Exemplar oder Foto des Aufklebers, Flyer oder die Druckgrafik bei Transparenten.
- Vor Veranstaltungen prüfen, ob Bahn-Sparpreise verfügbar sind und/oder die Anschaffung einer BahnCard für die bevorstehenden Fahrten kostengünstiger ist.
- Wenn es keinen Originalbeleg (mehr) gibt, soll dem Ersatz-/Eigenbeleg wenn möglich ein Kontoauszug/Zahlungsnachweis beigelegt

werden, um Sachverhalt nachvollziehbar zu machen.

- Durch Fehleinzüge bei Mitgliedsbeiträgen entstehen Kosten für die Rückbuchung. Wenn ihr euer Konto wechselt, bitte gebt der Geschäftsstelle Bescheid. Solltet ihr Probleme mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages haben, könnt ihr eine Lösung mit eurer*m Landesschatzmeister*in finden.
- Es kommt immer öfter vor, dass es Probleme bei Vorauszahlungen (bspw. als Fahrtkostenzuschuss) gibt. Die Belege für die Vorauszahlungen werden erst sehr spät – teilweise gar nicht – an die Geschäftsstelle geschickt. Das lähmt die Geschäftsstelle und ist äußerst un-solidarisch gegenüber dem Jugendverband.

2. Landesverbände

- Die Landesverbände sollen dringend die Beitragszahlung und insbesondere den Beitragseinzug anhand der von der BGS zur Verfügung gestellten Daten überprüfen.

3. Studierendenverband

- Auf die Bitte der vorherigen Kassenprüfung hin hat sich Mirko von DIE LINKE.SDS in die Bundeskassenprüfung wählen lassen. Dies war für die Bundeskassenprüfung sehr hilfreich und wir würden eine*n Vertreter*in in der nächsten Kassenprüfung begrüßen.
- Der Bundesvorstand sollte den Beschluss zur Verwendung des Gruppenbudgets prüfen und dann für die Gruppen transparent machen.

4. Bundesgeschäftsstelle (BGS) / Bundessprecher_innenrat (BSpR)

- Überarbeitung der Formular-Vorlagen: Trennung zwischen Reisekostenabrechnung und Erstattung von anderen Auslagen dient der Nachvollziehbarkeit. Wichtige Ergänzungen sind: Ort und Datum von Veranstaltungen, Hinweise auf Nutzung von BahnCards und Sparpreisen, Mitfahrer_innen und „Mit-Esser_innen“ (bei Verpflegungskosten), Feld für die Zuordnung von Finanz-Beschlüssen (z.B. Ankreuz-Feld: laut Haushaltsplan vom ..., laut BSpR-Beschluss vom ...), Hinweis auf Kleinbetragsrechnungen und richtige Rechnungsausstellung sowie Belegexemplarpflicht.

- Erarbeitung und stringente Umsetzung einer Unterschriftenregelung: Welche Personen in der BGS können Rechnungen freigeben und müssen unterschreiben, wer kann/muss wenn vertreten bei Abwesenheit/Befangenheit?
- Einigung über Umgang/Abrechenbarkeit von Trinkgeld, Mahngebühren und BahnCard-Karten-Verlusten. Ggf. Regelung in Finanzordnung anstreben.
- Einigung über ein Handkassen-Limit (z.B. 2.500 €) um Gefahrenpotential zu minimieren. Ggf. Regelung in Finanzordnung anstreben.
- Einigung über Umgang mit Haushaltsplänen, wie können diese verbands-öffentlich zugänglich gemacht werden, z.B. Abdruck mit Plan- und Ist-Zahlen im BuKo-Antrags-Heft und Versand beschlossener Haushaltspläne mit jeweiligem BSpR-Protokoll. Hintergrund: Alle Mitglieder sollen ermächtigt und ermutigt werden, mit Finanzplänen umzugehen und BSpR muss darüber seiner Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern nachkommen.

5. Buchhaltung

- Gesammelte Beitragszahlungsübersichten als Beleg anstatt einzelner Belege pro überwiesenem Mitgliedsbeitrag erstellen.
- Für wiederkehrende gleiche Zahlungen (z.B. Miete) reicht ein zentral hinterlegter Beleg aus.
- Rechnungen reichen als Beleg i.d.R. aus, Vorauszahlungsaufforderungen müssen nicht mit abgeheftet werden.
- Offene Verbindlichkeiten und Forderungen regelmäßig auf ihre Plausibilität prüfen und bestandskräftige Forderungen bei den betreffenden Personen einfordern bzw. erinnern.

VI. Schlussbemerkung

Wir empfehlen die Entlastung der Bundesschatzmeister*in und des Bundessprecher*innenrates und bedanken uns für die geleistete Arbeit.

Für die Richtigkeit:

Marie Wendland Franziska Fehst Mirko Libera



Vorschlag zur Änderung der Wahlordnung

Einreicherin: BSpR

1. Allgemeines und Wahlgrundsätze

- §1** ¹Wahlen müssen in der vorläufigen Tagesordnung angekündigt und den Delegierten mindestens vier Wochen vor dem Bundeskongress bekannt gemacht werden.
- §2** ¹Wahlberechtigt sind alle gewählten Delegierten. ²Wählbar sind alle aktiven Mitglieder der Linksjugend [‘solid].
- §3** ¹Bei allen Wahlen mit mehr als einem zu vergebenden Platz an gleichen Ämtern und Mandaten gilt eine Mindestquotierung von min. 50% für nicht-männliche Bewerber*innen. ²Zur Sicherung dieser Geschlechterquotierung finden solche Wahlen mit zwei verschiedenen Listen zu je einem Wahlgang statt. ³Es kandidieren in den ersten Wahlgängen (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung) ausschließlich nicht-männliche Kandidat*innen auf einer Liste. ⁴Der zweite Wahlgang ist jeweils ein allgemeiner Wahlgang, der allen Kandidat*innen offen steht (gemischte Liste). Im zweiten Wahlgang (gemischte Liste) können maximal so viele Bewerber*innen gewählt werden, wie bei der entsprechenden Liste zur Sicherung der Mindestquotierung gewählt worden sind (harte Quotierung).
- §4** ¹Die Wahlen sind geheim. ²Die Stimmenaushaltung ist öffentlich.
- §5** ¹Kandidaturen in Abwesenheit sind zulässig, sofern der Wahlkommission eine schriftliche Willensbekundung der Kandidierenden vorliegt. ²Elektronische Übermittlung erfüllt in diesem Fall die Voraussetzung der Schriftlichkeit. ³Sofern in der Willensbekundung nicht anders angegeben, gilt die Bekundung der Kandidatur ausschließlich für alle Wahlgänge derjenigen Liste, auf die der*die Kandidat*in das erste mal kandidieren kann.

2. Wahlkommission, Wahlgänge, Stimmzettel und ungültige Stimmen

- §6** ¹Zur Durchführung der Wahlen wählt der Bundeskongress in offener Abstimmung eine Wahlkommission. ²Deren Mitglieder dürfen bei den Wahlen nicht kandidieren. ³Die Wahlkommission sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen, erklärt Beginn und Ende des Wahlgangs und ermittelt und verkündet das Wahlergebnis. ⁵Die Wahlkommission wählt aus

ihrer Mitte eine*n oder zwei gleichberechtigte Leiter*innen, sofern diese nicht schon bei der Wahl der Wahlkommission bestimmt worden sind.

- §7** ¹Vor jedem Wahlgang beschließt der Bundeskongress auf Vorschlag der Tagungsleitung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen über den Abschluss der Kandidat*innenliste. ²Vor Beginn der Wahlhandlung (Erklärung des Beginns des Wahlgangs) ist die Wiedereröffnung der Kandidat*innenliste auf Antrag mit einfacher Stimmenmehrheit möglich.
- §8** ¹Wahlgänge für verschiedene Ämter oder Mandate können parallel stattfinden, sofern die Möglichkeit der parallelen Bewerbung für jene Ämter und Mandate sichergestellt ist. ²Wahlgänge unterschiedlicher Listen (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung und gemischte Liste) für gleiche Ämter oder Mandate können nur dann parallel stattfinden, wenn auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung nicht mehr Bewerber*innen kandidieren, als zu vergebende Plätze vorgesehen sind und keine der Bewerber*innen auf dieser Liste widerspricht.
- §9** ¹Die für einen Wahlgang verwendeten Stimmzettel müssen einheitlich sein. ²Die Gestaltung des Stimmzettels muss eine eindeutige Stimmausgabe für die Kandidat*innen bzw. eine Gesamterhaltung ermöglichen. ³Die Zahl der höchstens abzugebenden Stimmen entspricht der Zahl der im jeweiligen Wahlgang zu besetzenden Mandate.
- §10** ¹Ungültig sind Stimmzettel,
a) auf denen mehr Stimmen abgegeben worden sind, als bei der jeweiligen Wahl maximal vergeben werden konnten;
b.) die den Willen der*des Wählenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen.
²Im Zweifelsfall entscheidet die Wahlkommission auf Grundlage der Bestimmungen aus Satz 1 mit einfacher Mehrheit über die Gültigkeit eines Stimmzettels. ³Bei Stimmgleichheit gilt eine umstrittene Stimme als gültig.

3. Gewählte Bewerber*innen, Quoren und Stimmgleichheit

- §11** ¹Sieht diese Wahlordnung nichts anderes vor, ist unter Berücksichtigung der zu vergebenden Plätze in Reihenfolge des erreichten Ergebnisses in einem Wahlgang gewählt, wer mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint, für die Folgenden Wahlgänge sind

25% der gültigen Stimmen nötig um gewählt zu werden.

²Bleiben in einem Wahlgang Plätze vakant, weil nicht genügend Kandidat*innen die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt ein weiterer Wahlgang, in dem in der Reihenfolge der Stimmenanteile höchstens doppelt so viele Kandidat*innen antreten, wie noch Mandate zu vergeben sind. Im Falle einer Stimmgleichheit können auch mehr als Doppelt so viele Personen für einen zweiten Wahlgang kandidieren wie Plätze zu vergeben sind.

§12 ¹Sieht diese Wahlordnung nichts anderes vor, entscheidet bei Stimmgleichheit das Los (Münzwurf).

4. Wahl des BundessprecherInnenrates

§13 ¹Zunächst beschließt der Bundeskongress über die zu wählende Stärke des BundessprecherInnenrates. ²Er besteht aus 9 bis 15 gleichberechtigten Mitgliedern sowie einer*m Schatzmeister*in.

§14 ¹Die Wahl der*des Schatzmeister*in(s) erfolgt in Einzelwahl. ²Gewählt ist der*diejenige Kandidat*in welche*r die nötige Mehrheit auf sich vereinen kann.

§15 ¹Die weiteren Mitglieder des BundessprecherInnenrates werden in Listenwahl gewählt. ²Gewählt sind, in der Reihenfolge ihrer Stimmenanteile, diejenigen Kandidat*innen, welche im ersten Wahlgang die nötige Mehrheit auf sich vereinen können.

3. Wahl der Kassenprüfer*innen

§16 ¹Der Bundeskongress wählt vier Kassenprüfer*innen. ²Sie werden für die Dauer von einem Jahr gewählt. ³Sie dürfen auf Bundesebene keine andere Funktion außer dem Delegiertenmandat ausüben.

4. Wahl der Mitglieder der Bundesschiedskommission

§17 ¹Die Bundesschiedskommission wird durch den Bundeskongress in einer Stärke von fünf Mitgliedern gewählt. ²Sie werden für die Dauer von einem Jahr gewählt. ³Diese dürfen auf Bundesebene keine andere Funktion außer dem Delegiertenmandat ausüben.

5. Wahl der Bundesparteitagsdelegierten

§18 ¹Für die Wahl der Bundesparteitagsdelegierten von linksjugend [ˈsolid] gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE. ²Es werden so viele Delegierte gewählt, wie der linksjugend [ˈsolid] nach Delegiertenschlüssel zustehen.

§20 ¹Gewählt sind, unter Berücksichtigung der Zahl der zu vergebenden Mandate, die Bewerber*innen in der Reihenfolge ihrer erreichten Stimmzahl.

§21 ¹Als Nachrücker*innen sind diejenigen Bewerber*innen in der Reihenfolge ihrer erreichten Stimmen gewählt, die nach §18 nicht als Delegierte gewählt sind.

Beschlossen auf dem 1. Bundeskongress 06.04.2008 in Leipzig; geändert auf dem 2. Bundeskongress 21.03.2009 in Mannheim und dem 9. Bundeskongress 08.04.2016 in Nürnberg.

Anträge

A3 Für einen emanzipatorischen Kommunismus!

Positionierungsantrag

Antragsteller*in: BAK Shalom

01 Der Bundeskongress der Linksjugend [`solid] möge beschließen:

02

03 Etwas läuft falsch in dieser Welt:

04 Täglich sterben Menschen an Hunger. Das wäre traurig, aber noch verständlich, wenn dies an einer
05 zu geringen Nahrungsmittelproduktion liegen würde. Doch das ist nicht das Problem: Das Essen fehlt
06 nicht, weil es zu wenig gibt, es gibt sogar eine Überproduktion. Die Verhungenden sterben, weil die
07 Hungernden nicht genug Geld haben, es zu erwerben.

08 In den kapitalistischen Kernstaaten gibt es dieses Problem nur noch sehr selten, auch wenn viele
09 Bevölkerungsschichten ständig von Armut bedroht sind. Doch auch bei denen, bei denen dies nicht
10 gegeben ist, ist das Leben alles andere als schön: Burn-outs und Co. gehören zum Alltag, die Freizeit
11 wird immer weiter zur bloßen Erholungsphase mit dem Ziel der Wiederherstellung der Arbeitskraft

12 Doch eigentlich sollte überlastende Arbeit gar nicht mehr nötig sein: Durch die Automatisierung wird
13 immer mehr notwendige Arbeitszeit von Maschinen übernommen. Super! Oder? Tatsächlich schlägt
14 diese eigentlich begrüßenswerte Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen ins negative um:
15 Arbeitsplätze gehen verloren und Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage. Klar ist also: Die aktu-
16 elle Art zu Wirtschaften ist menschenfeindlich und unvernünftig. Doch wie kommt dies zustande? Mit
17 welchen Begriffen lassen sich die Ursachen für dies alles erfassen? Und wie kann man eine Alternative
18 denken? Wo lassen sich Analyseansätze hierfür finden?

19 In diesem Jahr jährt sich die Geburt eines Denkers, der gesellschaftskritische und linke Strömungen
20 wie kein anderer beeinflusst hat: Karl Marx. Seine Kritik des Kapitalismus sah nicht nur die barbari-
21 schen Konsequenzen, die dieser v.a. für die Arbeiter*innen hatte, sondern führte sie auf die grund-
22 legenden Kategorien des auf der Warenform basierenden Kapitalismus zurück, anstatt sie, wie es da-
23 mals und auch heute viele, die sich für links halten, tun, auf das vermeintlich böse Handeln einzelner
24 Personen(-gruppen) zurückzuführen.

25

26 Er erkannte:

27 Die Welt, die uns im Alltag natürlich und vor allem selbstverständlich erscheint, ist eine Welt der
28 Warenproduktion. Der größte Anteil aller produzierten Dinge sind Waren, die auf einem Markt gegen
29 Äquivalente getauscht werden, egal, ob es sich dabei um Wohnraum, Nahrung, Computer oder Sa-
30 telliten handelt. Als allgemeine Ware hat sich dabei das Geld entwickelt, welches die Grundlage und
31 zugleich die Folge des Tauschprinzips bildet.

32 Eine besondere Ware, die kein Ding ist, stellt die Arbeitskraft des Menschen dar, die von der übergro-
33 ßen Mehrheit der Gesellschaft gemeinsam mit der eigenen Lebenszeit verkauft werden und so vom
34 Arbeiter entfremdet werden muss, um Reproduktionsarbeit zu leisten, oder Waren zu produzieren,
35 die dem Käufer der Arbeitskraft als Privateigentum zustehen. Privateigentum bedeutet das staatlich
36 geschützte Monopol auf die Verwendung einer Sache.

37 Die Warenproduktion findet zu Profitzwecken statt. Die Unterordnung der gesamten gesellschaftlichen
38 Produktion unter den Zweck der Anhäufung von Kapital (also Geld, was investiert wird, um mehr Geld
39 zu erhalten) führt dazu, dass die Wirtschaft nicht den Bedürfnissen dient. Der Kapitalismus scheitert
40 also nicht aufgrund irgendwelcher böser Machenschaften daran, ein gutes Leben zu erreichen – dies
41 ist gar nicht sein Ziel.

42

43 Und hatte Marx auch eine Alternative hierzu? Diese Frage stellen sich wohl einige. Doch anstatt dem
44 Kapitalismus in der Manier eines Verkünders vollendeter Weisheit eine genau ausgearbeitete Gesell-
45 schchaftsorganisation entgegenzusetzen, kritisierten Engels und er genau dies. So schrieb Engels:

01 „Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit
02 endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen
03 Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden“ ([http://www.mlwerke.de/
04 me/me22/me22_538.htm](http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_538.htm))

05 Statt einem konkreten Plan ist bei Marx der Kommunismus ein philosophischer Begriff, der abstrak-
06 te Begriff, um die universelle Versöhnung der Menschheit und die Aufhebung der Ausbeutung des
07 Menschen durch den Menschen zu bezeichnen: „Kommunismus als positive Aufhebung des Privatei-
08 gentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen
09 Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen
10 Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesell-
11 schaftlichen, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist [...] die wahrhafte Auflösung
12 des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung
13 des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung,
14 zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“ ([http://www.mlwerke.de/
15 me/me40/me40_533.htm](http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_533.htm))

16 Marx denkt den Kommunismus als Gesellschaft, in der der Widerspruch zwischen Individuum und
17 Kollektiv aufgehoben ist, als Gesellschaft, in dem der Mensch durch die Umwälzung der Produktions-
18 verhältnisse zu einer wahren Freiheit gelangen kann und seine von den Sachzwängen der bürgerlichen
19 Gesellschaft unterdrückten Potentiale entfalten kann. Kurzum: Der Kommunismus stellt die univer-
20 selle Befreiung der Menschheit dar, er ist ein radikalemanzipatorisches Projekt. Dabei affirmiert Marx
21 nicht bürgerliche Emanzipationsideale, sondern kritisiert diese:

22
23 „Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen
24 selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der
25 bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staats-
26 bürger, auf die moralische Person.

27 Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als
28 individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuel-
29 len Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine eigenen Kräfte als gesell-
30 schaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der
31 Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“
32 (http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_347.htm)

33
34 Die Linksjugend sieht in der marxschen Kapitalismusanalyse und seinen Ansätzen für einen eman-
35 zipatorischen Kommunismus einen zentralen Bezugspunkt für ihre Theorie und Praxis. Die Basis der
36 Linksjugend ist herzlich eingeladen, sich hiermit zu beschäftigen und in den Basisgruppen auch über
37 solche Fragen zu diskutieren.

38
39 **Begründung:**
40 Erfolgt mündlich

41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A4 Antrag zur Unterstützung von „Ende Gelände“

Projektantrag

Antragssteller*in: BAK Umpflügen

Der Bundeskongress der linksjugend [ˈsolid] möge beschließen: 01
Als linksjugend [ˈsolid] sind wir weiter aktiv für den Kohleausstieg und für konsequenten Klimaschutz. 02
Dabei wollen wir uns als Jugendverband weiterhin im Bündnis Ende Gelände beteiligen und das Bünd- 03
nis bei seinen Aktionen unterstützen. 04
Im Jahr 2018 plant Ende Gelände wieder eine Massenaktion im Rheinischen Braunkohlerevier. Um 05
diese und weitere Aktionen und Kampagnen zu unterstützen werden wir dem Bündnis 1.000 Euro als 06
Spende zur Verfügung stellen. 07

Begründung: 08
erfolgt mündlich 09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50



A5 Stadtpolitische Vernetzung

Projektantrag

Antragssteller*innen: Basisgruppe Frankfurt am Main

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

02

03 Die linksjugend [solid] beteiligt sich an der Mieten-Kampagne der LINKEN und erstellt eigenes the-
04 matisches Material.

05

06 Der Bundesverband veranstaltet im kommenden Jahr ein wohnpolitisches Wochenende auf dem sich
07 stadtpolitisch aktive Basisgruppen und Interessierte über ihre Projekte vor Ort austauschen und ver-
08 netzen können und Aktionen planen können.

09

10

11 Begründung:

12 Der Kampf gegen hohe Mieten und für mehr bezahlbaren Wohnraum ist eine der zentralen Aufgaben
13 in vielen deutschen Großstädten.

14

15 Immer mehr – gerade junge – Menschen finden keinen bezahlbaren Wohnraum in den Städten oder
16 müssen große Teile ihres knappen Einkommens dafür aufwenden ihre Miete zu bezahlen. Gleichzeitig
17 sehen sie die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus bildlich vor ihren Augen – denn es werden für alle
18 sichtbar teure Luxuswohnungen und Büros gebaut. Das Problem ist drängend und die Wut ist groß –
19 wir haben ein gutes Feld um mit unseren Forderungen hegemonial zu werden.

20

21 Gleichzeitig sind die Kämpfe um die Stadt überwiegend Kämpfe die vor Ort geführt werden müssen
22 und bei denen gutes bundesweites Material nur bedingt hilft. Dafür hilft es Ideen auszutauschen und
23 voneinander zu lernen welche Methoden in den jeweiligen Orten gut geklappt haben. So haben Ge-
24 noss*innen in Bielefeld einen aktiven Kampf mit einem Einwohner*innenantrag geführt, wir sind in
25 Frankfurt an einem Bündnis für einen Mietenbürger*innenentscheid beteiligt. Die Erfahrungen wollen
26 wir mit einem Arbeitswochenende vernetzen um den Kampf überall zu führen.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A6 Antimuslimischem Rassismus konsequent entgegenzutreten

Positionierungsantrag

Antragssteller*innen: Nadine Bendahou (NRW), Jakob Migenda (Hessen, BSPR), Jens Feldmann (BG Duisburg), Basisgruppe Essen, Basisgruppe Kamp-Lintfort, Ismael Al-Kayed (Brandenburg), Oleg Gussew (Schleswig-Holstein), Tom Heilmann (SDS Duisburg-Essen), Charlotte Nebel (NRW)

Die linksjugend [´solid] beschließt die folgende Positionierung. Der Bundesverband der linksjugend [´solid] wird die klare Haltung gegen antimuslimischen Rassismus fortan als einen der zentralen Punkte seines antirassistischen Selbstverständnisses artikulieren.

„Kriminalität, Terrorismus und Ehrenmorde“ - Ist das „der Islam“?

Wie alle anderen Religionen auch dient der Islam einigen Gruppierungen als Rechtfertigung für Gewalt und terroristische Angriffe. Deswegen ist der Islam aber genauso wenig eine Religion der Gewalt, wie es beispielsweise das Christentum oder das Judentum sind. Die mutwillige Gleichsetzung von Islam und gewalttätigem islamischem Fundamentalismus ist ein Kernstück des antimuslimischen Rassismus. „Der“ Islam bedrohe „unsere westlichen Werte“, gehört nicht „hierher“, „wir“ importieren Homophobie, Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die AfD, alle etablierten Parteien und die Medien bauschen das Feindbild Islam weiter auf und Sarrazin, Broder und Schwarzer predigen einen „Kampf der Kulturen“ – leider erfolgreich. 61% der Deutschen sagen 2016, dass der Islam nicht in „die westliche Welt“ gehöre. Die Identitäre Bewegung agiert unter dem Motto „Reconquista!“. Reconquista bezeichnet die christliche Rückeroberung der iberischen Halbinsel von arabischen Eroberern. Diese historischen Ereignisse werden einfach umgedeutet und auf die heutige Zeit übertragen - auch aktuell müssten sich wieder „Europäer*innen“ gegen die „einfallenden Muslime“ wehren, um „den kulturellen (Selbst-)Mord“ aufzuhalten.

Selbsternannte „Islamkritiker*innen“ zeichnen ein Bild von Kriminalität, Terrorismus, „Ehrenmorde“, traditionelle Rituale und Praktiken in der „muslimische Parallelgesellschaft“, um das Bild eines fremden Islams zu untermauern und den vermeintlichen „Ängsten“ eine unverdiente Berechtigung zu verleihen. Muslim*innen und Menschen, die als Muslim*innen wahrgenommen werden, werden zur Zielscheibe von zahlreichen Anfeindungen, körperlichen Angriffen und Diskriminierungen. Sie werden nicht bloß zu „Fremden“, sondern zugleich zu einer Bedrohung für die Sicherheit und das Zusammenleben erklärt. Als Belege dafür dienen neben Verweisen auf Terroranschläge vor allem einzelne Suren des Korans. Nun verhält es sich mit dem Koran wie mit der Bibel oder der Tora: es lassen sich sowohl Stellen finden, die als Rechtfertigung von Gewalt dienen könnten, als auch Stellen, die als Verurteilung von Gewalt zu lesen sind. Zudem lassen sich einzelne Suren nicht sinnvoll ohne die Berücksichtigung ihres Kontextes interpretieren. Ein Blick auf die Debatten in der islamischen Theologie offenbart, dass um die Auslegung des Korans ebenso vielfältige und heftige Diskussionen geführt werden wie in anderen Religionen auch.

Antimuslimische Ressentiments beziehen sich grundlegend auf vermeintliche religiöse und kulturelle Kollektivmerkmale, die „muslimisches Verhalten“ als unvereinbar mit hier geltenden sozialen Normen erklären sollen. Das Berufen auf Religion und Kultur, um dadurch das Bild zu konstruieren, dass es sich um integrationsunwillige, frauenverachtende und gewaltvolle Menschen handle, normalisiert dualistische Denkfiguren in der Mehrheitsgesellschaft, schreibt Menschen genetischbedingte „muslimische“ Charaktereigenschaften zu und macht so einen antimuslimischen Rassismus salonfähig. Die unter diesen Bedingungen am Wesensmerkmal Islam gezogene Differenzierungslinie wird der Pluralität muslimischer Bezüge nicht gerecht, sie subsumiert spezifische problematische Äußerungen und Handlungen unter ‚Islamkritik‘ und sie spezifiziert grundsätzliche Religionskritik als „Islamkritik“ bei gleichzeitigem Fehlen einer analogen „Christentumskritik“ oder „Judentumskritik“.

Wir alle müssen uns schützend vor diejenigen stellen, die Opfer von rassistischer Gewalt werden oder von dieser bedroht sind

Fakt ist, dass Hass auf Muslim*innen die am weitesten ausgreifende Form von Rassismus in Deutschland ist. Innenpolitisch werden Menschen muslimischen Glaubens oder auch nur jene, die irgendwie „muslimisch aussehen“ unter Generalverdacht gestellt und sind polizeilicher Willkür ausgeliefert. Die faschistische Rechte (NPD, Republikaner, Pro Deutschland) hat seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts

01 ihre Wahlkampagnen auf diese neue und dominante Form des Rassismus ausgerichtet. Auch konser-
02 vative Rechte wie die CSU (aktuell sei der „Heimatsminister“ Horst Seehofer genannt, der als erste
03 Amtshandlung in einem Interview erklärte, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre) oder die AfD
04 konzentrieren ihren Rassismus auf die Islamfeindlichkeit. (Das heißt nicht, dass es keine anderen For-
05 men von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geben würde, oder dass diese nicht mehr relevant
06 wären.)

07
08 Antimuslimischer Rassismus ist in Deutschland längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die
09 Forderung nach mehr „Islamkritik“ auch durch Linke, gibt dem rechten Rand Rückenwind und legiti-
10 miert die Hetze gegen Muslim*innen. Das bedeutet eben nicht, dass man sich dem Irrglauben hingibt,
11 dass man durch „Islamkritik“ den Rechten das Wasser abgräbt. Die Aufgabe von progressiven Kräften
12 ist Rassismus gegen religiöse Minderheiten entschieden zurückzuweisen und praktische und konkrete
13 Solidarität zu üben. Weder Frauen mit Kopftuch, noch Moscheen sind das Problem, sondern deren
14 gesellschaftliche Stigmatisierung. Es mangelt nicht an Islamkritik, sondern an einer klaren Haltung
15 gegen antimuslimischen Rassismus. Wir alle müssen uns schützend vor diejenigen stellen, die Opfer
16 von rassistischer Gewalt werden oder von dieser bedroht sind. Dieser gemeinsame Widerstand bietet
17 die beste Basis für eine Überwindung von konservativen Ideologien.

18
19 **>>I can't imagine a feminism that is not anti-racist!<<**

20 Sexuelle Gewalt ist nach wie vor eines der großen Tabuthemen unserer Gesellschaft und wird deshalb
21 als wesentlich weniger alltäglich wahrgenommen, als es ist. Von Staat und Justiz können Frauen*
22 bislang auf wenig Unterstützung hoffen. Die Ereignisse der Silvesternacht 2015/2016 führten nicht
23 zu einer breiten Debatte über den in unserer Gesellschaft tief verankerten Sexismus. Vielmehr folgte
24 eine ausufernde rechte Hetze gegen Geflüchtete und Muslime in Deutschland. Beispielsweise schrieb
25 Björn Höcke, der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag, auf seiner Facebookseite: „Die
26 Silvesternacht hat unserem Land mit den Ereignissen am Kölner Hauptbahnhof einen Vorgeschmack
27 auf den drohenden Kultur- und Zivilisationszerfall gegeben.“ Pegida-Demonstrierende brachten gar
28 den Slogan „Rapefugees not welcome“ auf ein Banner.

29 Frauen*rechte werden in diesem Zusammenhang lediglich als Vorwand benutzt, um Rassismus zu
30 schüren: Es formieren sich rechte Bürgerwehrstrukturen und Demonstrationen für den Schutz „deut-
31 scher Frauen“. Hooligan-Gruppierungen fordern in sozialen Medien, es müsse das „Hausrecht“ ge-
32 genüber Geflüchteten durchgesetzt werden – also das Recht der deutschen Männer auf die Frauen in
33 Deutschland. Besonders offensichtlich wird diese Einseitigkeit, wenn man die Situation geflüchteter
34 Frauen* in Deutschland betrachtet. Der vielbeschworene Schutz gilt also keineswegs Frauen* und
35 ihren Rechten, sondern vielmehr konservativen Rollen- und Wertvorstellungen. Entsprechend viel Ge-
36 genwind von rechts bekommen diejenigen, insbesondere Frauen*, die sich öffentlich gegen die rassis-
37 tische Instrumentalisierung der Ereignisse stellen.

38 Weder Religion noch Herkunft können Sexismus erklären. Hilfreicher ist es, die strukturelle Unterdrü-
39 ckung der Frau* im Kapitalismus in den Blick zu nehmen. Wo Rassismus hilft, Sozialabbau und innere
40 Aufrüstung zu rechtfertigen, wird durch institutionalisierten Sexismus die Reproduktionsarbeit kosten-
41 günstig abgesichert und Druck auf Löhne ausgeübt.

42 „Sexism sells“ – Männer* wie Frauen* sind von der herrschenden Ideologie der kapitalistischen Gesell-
43 schaft geprägt. Das ist keine Frage der Religion, sondern Ausdruck der Klassengesellschaft.

44 Nicht genug, dass ankommende Menschen an den Grenzen in zwei Klassen eingeteilt werden (konkret
45 in „Wirtschaftsflüchtling“ aka „böser Flüchtling“ und „Kriegsflüchtling“ aka „guter Flüchtling“ – der
46 europäische Kultorexport Nummer eins, nämlich Rüstungsgüter, sorgt dafür, dass unsere „Werte“ uns
47 vorseilen und andere Gesellschaften in den hoffnungslosen Ruin stürzen. Vor allem Deutschland
48 zementiert genau die vielgescholtenen „Kulturen“ in den Herkunftsländern der Migrant*innen – indem
49 es Infrastrukturen zerstört, Bodenschätze plündert und Kräfte unterstützt, die Frauen*bilder propa-
50 gieren, die dem Westen vorgeblich so fremd sind. Kommen Frauen* aus zerstörten Regionen dann hier
51 an, steht ihnen dank Asylpaket II nicht einmal ein Schutzraum in den Unterkünften zu. So sind sie auf
52 jeder Seite dieser kapitalistischen Weltordnung die Leidtragenden.

53
54 **Konsequenter Antirassismus in der linksjugend ['solid]!**

55 Selbstverständlich darf antimuslimischer Rassismus auch innerverbandlich keine Legitimation erhal-
56 ten. Um einen konsequenten, glaubhaften Antirassismus praktizieren zu können, beschließt die Links-
57

jugend ['solid], dass islamfeindliche Aussagen und Handlungen keinerlei Daseinsberechtigung genießen dürfen. Dazu zählen wir konkret: 01
 Jegliche Fremdzuschreibungen, die einer ethnisch oder religiös definierten Gruppe bestimmte Merkmale zuordnen. 02
 Die Zusammenarbeit und das Durchführen von Veranstaltungen mit bzw. die positive argumentative Bezugnahme auf prominente antimuslimische Rassist*innen wie Sarrazin, Elsässer, Broder usw. 03
 Die Rechtfertigung kriegsbefürwortender, militaristischer Positionen unter der Konstruktion eines scheinbaren Islamfaschismus bzw. eines vermeintlich notwendigen Kampfes gegen den „muslimischen Terror“ oder „den Islamismus“. 04
 Rassistische Denkmuster einer angeblich westlichen Zivilisation als Gegenpart zu einer fiktiven, unziivilisierten Outgroup (bspw. einer „islamischen Barbarei“). 05
 Islamophob motivierte Religionskritik, die sich – unter dem Deckmantel einer emanzipatorischen Analyse – doppelter Standards bedient; also eine Religionskritik, die sich ausschließlich am Islam festmacht und andere Bewertungskriterien als für sonstige Religionen anlegt (bspw. durch eine explizite Positionierung gegen „islamistischen Fundamentalismus“ statt gegen sämtlichen religiösen Fundamentalismus) 06
 Undifferenzierte, pauschalisierende Urteile über religiöse oder (scheinbare) kulturelle Praktiken aus einer überlegenen, eurozentrischen Perspektive („Das Kopftuch steht per se für die Unterdrückung der Frau“) usw. 07
 08
 09
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20

Begründung: 21

Erfolgt mündlich 22

23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57

A7 Was für eine LINKE wollen wir?

Positionierungsantrag

Antragssteller*in: BAK Revolutionäre Linke

01 Die politische Krise nach der Bundestagswahl hat eine Große Koalition ins Amt gebracht, die in der
02 Bevölkerung nur wenig Unterstützung hat. Während es eine parlamentarische Rechtsverschiebung
03 gibt, existiert eine Wut auf die herrschenden Verhältnisse und die soziale Ungerechtigkeit, die auf der
04 Linken noch ungenügend Ausdruck findet. Nur wenn erfolgreich Widerstand organisiert wird, können
05 die drohenden sozialen Angriffe gestoppt und verhindert werden, dass die Rechten weiter zulegen.

06
07 DIE LINKE ist die einzige Partei im deutschen Bundestag, die Umverteilung von unten nach oben,
08 Auslandseinsätze und Asylrechtsverschärfungen ablehnt. Linksjugend [solid] ist der parteinahe und
09 unabhängige Jugendverband der Partei DIE LINKE. Parteinahe bedeutet, dass viele unserer Mitglieder
10 auch in der Partei aktiv sind, wir an Wahlkämpfen für DIE LINKE teilnehmen und eng zusammenarbei-
11 ten. Unabhängig bedeutet einerseits, dass eine Mitarbeit in der linksjugend [solid] auch unabhängig
12 von der Partei möglich ist, andererseits, dass wir uns mit unserer eigenen Sicht in die Debatten und
13 Geschehnisse der Partei einbringen. Als Bundesverband möchten wir hiermit zu den Debatten der
14 letzten Monate Stellung beziehen und umreißen, was für eine Partei uns wichtig ist und wie sie sich in
15 der kommenden Zeit aufstellen sollte:

16
17 1. DIE LINKE soll eine lebendige Partei sein, in der alle möglichen unterschiedlichen Ideen, wie der
18 Kapitalismus am besten zu überwinden sei, offen und breit diskutiert werden können. Das ist eine
19 Partei in der Jugendliche ihren festen Platz auf allen Ebenen der Partei haben und unterschiedliche
20 Strömungen sich einbringen können.

21
22 2. Pluralismus heißt nicht, dass die Partei keine Grundsätze haben kann. Wir setzen uns dafür ein,
23 dass Zustimmung zu Auslandseinsätzen, Privatisierungen, Umverteilung von unten nach oben, Ab-
24 schiebungen oder Asylrechtsverschärfungen kein Platz in dieser Partei haben. Eine SPD 2.0 braucht
25 kein Mensch.

26
27 3. Die Linke ist größer als die Partei DIE LINKE. Es gelingt ihr nicht ausreichend, unterschiedliche
28 Bewegungen, Organisationen oder Initiativen und AktivistInnen aus sozialen, antirassistischen, an-
29 tisexististischen Kämpfen zusammenbringen und zu organisieren. Der Vorschlag für eine „Sammlungs-
30 bewegung“ von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine hat damit jedoch nichts zu tun. Die Idee
31 einer „linken Volkspartei“ zielt ohne sozialistisches Programm und demokratische Strukturen in erster
32 Linie auf jetzige Mitglieder von SPD und Grünen ab und würde mit einer inhaltlichen Anpassung einher
33 gehen – eine Entwicklung, die wir bei der Fraktionsvorsitzenden schon länger mit Sorge betrachten.
34 Mit einer stärkeren Orientierung der Partei und ihrer Ressourcen auf außerparlamentarische Bewegun-
35 gen und einem radikalen Programm wird es ihr gelingen enttäuschte Wähler*innen der SPD zu gewin-
36 nen oder Leute zu erreichen, die der pseudo Anti-Establishment Rhetorik der AfD auf den Leim gehen.

37
38 4. Wir wollen ein klar antirassistisches Profil der Partei, die sich konsequent für die Rechte von Ge-
39 flüchteten, MigrantInnen und Menschen nichtdeutscher Herkunft einsetzt. Nur mit klarer Solidarität
40 zwischen allen Unterdrückten egal welchen Landes kann Widerstand erfolgreich aufgebaut werden.
41 Deshalb weisen wir die Äußerungen von Wagenknecht in Bezug auf die Essener Tafeln oder zu Fragen
42 von Einwanderung zurück. Wir lehnen außerdem den Vorstoß von Katja Kipping und anderen Funk-
43 tionsträger*innen der Partei ab, im bürgerlichen Rahmen ein Einwanderungsgesetz vorzulegen, das
44 aus linker Sicht Abschiebungen im kapitalistischen Rahmen ordnet. Stattdessen sollte sich die Partei
45 konsequent für Bleiberecht, eine Ausweitung des Asylrechts und Abschaffung aller Sondergesetze für
46 Migrant*innen sowie soziale Verbesserungen für alle Menschen einsetzen. Außerdem gehören Ab-
47 schiebungen in Bundesländern, wo DIE LINKE mitregiert, beendet oder aus den Beteiligungen ausge-
48 stiegen.

49
50 5. DIE LINKE kann ihre Positionen nur glaubhaft vertreten, wenn ihre Vertreter*innen sich nicht ma-
teriiell von denen entfernen, die sie vertreten sollen. Wir bekräftigen deshalb die 2017 beschlossene

Forderung des Jugendverbandes nach einer verbindlichen Abgabe der Diäten aller Abgeordneten über das Brutto Durchschnittsgehalt hinaus an Partei und soziale Bewegungen. 01
02
03

6. Eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch die Überführung des enormen Reichtums und Privateigentums der größten Banken und Konzerne in Gemeineigentum mit demokratischer Kontrolle und Planung ist möglich. Die drängendsten Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Pflegenotstand, zerfallenden Schulen ließen sich schnell lösen. Unsere Alternative heißt Sozialismus. Unsere fortschrittlichen Forderungen und das Programm dürfen nicht konterkariert werden, in dem DIE LINKE sich an Regierungen mit prokapitalistischen Parteien beteiligt, mit denen eine Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist und die jetzigen Verhältnisse damit rechtfertigt und zementiert. Die Zustimmung und Rechtfertigung von Braunkohleabbau, Autobahnprivatisierung, Abschiebungen, Sonntagsöffnungszeiten uvm. in Berlin, Brandenburg und Thüringen sind ein paar Beispiele, die das belegen. 04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14

7. Wir wollen eine Partei, die sich mit einem großen Teil ihrer Ressourcen und Mitglieder aktiv in Bewegungen und Auseinandersetzungen einbringt. Seien es Streiks von Beschäftigten, Proteste am Frauen*kampftag, Demonstrationen gegen den Einmarsch der Türkei in den kurdischen Gebieten Syriens, Proteste gegen die AfD, Pflegestreiks, Mietendemonstrationen, Besetzungen und und und... Wo sich Menschen solidarisch selbst organisieren und bewegen, sollte DIE LINKE und ihr Jugendverband dabei sein. DIE LINKE sollte keine Bewegungen vereinnahmen, aber auch nicht nur unkritisch mitmachen, sondern sich in Debatten in Bewegungen und Gewerkschaften mit eigenen Vorschlägen einbringen und sie mit einer sozialistischen Klassenpolitik zusammenbringen und verallgemeinern. 15
16
17
18
19
20
21
22
23

Wenn DIE LINKE sich im Sinne dieser sieben Punkte aufstellt, kann sie als glaubwürdige Opposition gegen die herrschende Politik noch stärker an Zustimmung und Mitgliedern gewinnen und eine Kraft werden, die heutigen Verhältnisse grundlegend zu ändern. 24
25
26
27

Begründung:

 28

Erfolgt mündlich 29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A8 „Der Kampf gegen die Religion ist der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.“

Positionierungsantrag

01 **Antragstellerin: Nadine Bendahou (NRW)**

02

03 Der Bundeskongress der linksjugend [ˈsolid] möge beschließen nachfolgenden Text als Positionierung
04 des Bundesverbandes anzunehmen.

05

06 **Der Kampf gegen die Religion ist der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die
07 Religion ist!**

08

09 **Die Kritik der Religion**

10 „Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das
11 Selbstbewusstsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben
12 oder schon wieder verloren hat. [...] Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen
13 jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist. Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des
14 wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seuf-
15 zer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist.
16 Sie ist das Opium des Volks. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die
17 Forderung seines wirklichen Glücks: Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben,
18 ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also
19 im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ [1]

20 Marx zeichnet in seinen Ausführungen den Doppelcharakter von Religion nach. Als „Opium des Volks“
21 kann Religion den Menschen helfen, das Leid in einer kapitalistischen Gesellschaft hinzunehmen, weil
22 sie auf Besserung im Jenseitigen vertrauen. Gleichzeitig kann der Glauben die Menschen im Wider-
23 stand gegen Ungerechtigkeiten lähmen, indem die Religion sie veranlasst, den Trost in einer anderen
24 Welt zu suchen und nicht das Hier und Jetzt zu verändern.

25 Marx und Engels waren Anhänger einer materialistischen Weltsicht. Eine materialistische Sicht macht
26 menschliche Handlungen und Interaktionen mit der Welt als bestimmende Faktoren des gesellschaft-
27 lichen Zusammenlebens aus. Das bedeutet aber nicht, dass sie einem statischen, geschichtlich unbe-
28 wussten Verständnis von Religion als ausschließlich reaktionärer Ideologie im Interesse der herrschen-
29 den Klassen anhängen oder dass aus ihrer Sicht religiöse Menschen und religiöse Ideen in bestimmten
30 Epochen der Geschichte nicht auch fortschrittliche und sogar revolutionäre Wirkung haben konnten.
31 Deshalb lehnten sie auch einen militanten Atheismus ab, der Unterdrückung und sogar Verbot von
32 Religion als politische Ziele der Arbeiterbewegung festschreiben wollte. Ihrer Meinung nach würde
33 Religion nicht abgeschafft, sondern im Verlaufe der gesellschaftsverändernden Klassenauseinander-
34 setzungen von selbst an Bedeutung verlieren und schließlich „eines natürlichen Todes sterben“.

35 Marx wollte auch die Bevorzugung einzelner Religionen gegenüber denen von Minderheiten nicht dul-
36 den. In einem Artikel kritisierte er die Behauptung, dass die Privilegierung des Christentums in Europa
37 gerechtfertigt sei, weil alle europäischen Staaten das Christentum als Grundlage hätten. Im Gegenteil,
38 erklärte er, die Verteidigung des säkularen Staates bedeute nicht die Privilegierung einer Religion,
39 sondern die Gleichbehandlung aller. [2]

40

41 **Doppelcharakter von Religion**

42 Weil Religion zum einen ein Mittel zur Unterdrückung und zum anderen Ausdruck des Kampfes gegen
43 Ungerechtigkeiten sein kann, konnte die Bibel eine Inspiration für Martin Luther King wie auch für
44 rassistische Ku-Klux-Klan-Mitglieder sein. Unter Berufung auf den Koran und die Bibel werden Frauen
45 unterdrückt. Gleichzeitig aber ließen sich die Revolutionärinnen der arabischen Revolution vom Ko-
46 ran inspirieren. Unter bestimmten Umständen kann sich in Religion auch das Streben nach radikaler
47 Veränderung ausdrücken. Zudem sind religiöse Ideen höchst anpassungsfähig an gesellschaftliche
48 Entwicklungen, denn nicht die Religion macht den Menschen, sondern der Mensch die Religion. So war
49 die christliche Religion in ihren ersten drei Jahrhunderten eine revolutionäre Kraft zur Befreiung von
50 Sklaverei [3], dann war sie als katholische Staatskirche bis ins späte Mittelalter eine reaktionäre Ideo-
logie der besitzenden Feudalklasse [4], um dann als Protestantismus und Calvinismus als Ausdruck

der frühbürgerlichen Befreiungsbewegung erneut revolutionäre Sprengkraft zu entfalten. [5] Gerade weil Religion ebenso oft Motor des gesellschaftlichen Fortschritts war wie Hemmschuh im Sinne der jeweils herrschenden Klassen, ist es erforderlich nicht von „der Kirche“ oder „der Religion“ zu sprechen, sondern jeweils genau zu analysieren, welche gesellschaftlichen Kräfte sich dahinter verbergen. Das marxistische Verständnis geht davon aus, dass die Religion eine geistige Ausdrucksform der scheinbar unausweichlichen Härten des Lebens ist. Das erklärt den Aufstieg von Bewegungen wie der Befreiungstheologie in Lateinamerika, wo viele katholische Priester ihr Leben dem Kampf gegen USImperialismus, Despotismus und Korruption in ihren Heimatländern widmeten. Die Religion kann als Waffe [6] leicht in die Hände entgegengesetzter Kräfte fallen. Sie kann von den Kräften der Reaktion ebenso genutzt werden wie von den Unterdrückten in Aufstandsbewegungen für demokratische Ziele. Ein solches Verbot würde, wie der US-amerikanische Marxist Paul Siegel schrieb, eine Abwendung vom politischen Kampf bedeuten und die Rolle der Religion nur stärken, weil die Angegriffenen sich in eine defensive Position zurückziehen und Trost und Hilfe in ihren religiösen Gemeinden suchen. [7]

Teile der Linken berufen sich bei ihrer Verteidigung des Säkularismus oft auf die französische Aufklärung und ihre Forderung nach rationalem Denken und Materialismus, aus der heraus ein Angriff auf die katholische Monarchie erfolgte. Engels wies allerdings darauf hin, dass der Materialismus der Aufklärungsphilosophen hauptsächlich »mechanisch« war, woraus sich die »Unfähigkeit, die Welt als einen Prozess, als einen in einer geschichtlichen Fortbildung begriffenen Stoff aufzufassen«, erklärte. [8] Sie sahen das Universum als konstant arbeitende Maschine an, die jedoch »zu ewiger Wiederholung stets derselben Prozesse verdammt ist«. [9] Dieses Bild übertrugen die französischen Materialisten [10] des 18. Jahrhunderts auf die menschliche Gesellschaft, die nach ihrer Vorstellung auch von außen durch große Individuen manipuliert wurde, statt prozesshaft von inneren Widersprüchen und innerer Dynamik getrieben zu sein. So sahen sie die Massen dem Willen und der Willkür ihrer Herrscher unterworfen und »neigten dazu, Religion als Verschwörung von Königen, Priestern und Adligen anzusehen, damit die Menschen ›ruhig in ihren Fesseln schliefen‹, wie einer ihrer Vertreter schrieb. Der Marxismus sieht diese Theorie [...] als eine grobe Vereinfachung an.« [11] Die Aufklärungsphilosophen hielten die katholische Kirche zu Recht für einen Feind des Fortschritts, aber ihre Schlussfolgerung, dass alle Religion notwendigerweise reaktionär sei, war einseitig.

Linker Umgang mit Religion

Ein Beispiel für den Umgang mit Religion lieferten die russischen Bolschewiki. Schon vor der Oktoberrevolution 1917 war ihr Parteiprogramm zwar klar atheistisch ausgerichtet, Atheismus galt aber niemals als Voraussetzung für die Parteimitgliedschaft. Vielmehr war für die Bolschewiki Religion Privatsache aller Bürger*innen. Im Jahr 1905 hielt Lenin eine Schmäherei gegen diejenigen, die den Atheismus in das Parteiprogramm aufnehmen wollten. Dort betonte er: „Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf [...] aufgeklärt wird!“ [12]

Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis, dass es die Aufgabe von Linken sei, einen besonderen Kampf gegen die Religion zu führen. Folgt man den Lehren von Marx und Engels, so gilt es die Ursache des Schmerzes - den Kapitalismus - zu beseitigen, um so die Einnahme von „Opium“ überflüssig zu machen. Daraus folgt: Sozialist*innen kämpfen für die vollständige Trennung von Staat und Kirche - aber nicht für die Verfolgung, Niedermachung und Unterdrückung von Religion. Die heutige Linke sollte nicht hinter diese Position zurückfallen - nur so werden wir Muslime, Jüd*innen und Christen für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus gewinnen.

Linke müssen daher die Religionsfreiheit aller bedingungslos verteidigen. Andernfalls beteiligen wir uns nicht nur an dieser Form der Unterdrückung, sondern wir schneiden uns von eben jenen Menschen ab, die wir motivieren wollen, gemeinsam mit uns für umfassende - nicht nur religiöse - Freiheit zu kämpfen.

Quellenverzeichnis

Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976. S. 379

»Rheinische Zeitung« Nr. 195 vom 14. Juli 1842.

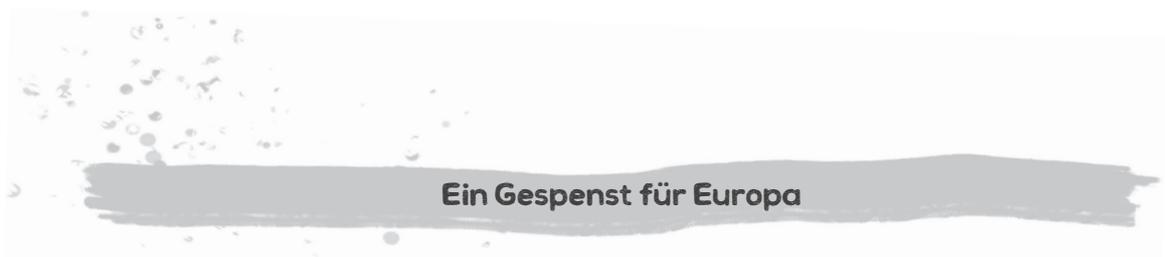
Zitelmann, 2004: Die Geschichte der Christen, Campus Verlag, S. 223ff.

Borgolte, 1996: Sozialgeschichte des Mittelalters, R. Oldenburg Verlag, S. 34ff.

01 Institut für Theologie und Politik (Hg.), 2011: Der doppelte Bruch. Das umkämpfte Erbe des Zweiten Vatikani-
02 schen Konzils, Münster [6] Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 7,S. 327-413
03 Siegel, Paul N., 1986, The Meek and the Militant: Religion and Power Across the World, London und New Jersey,
04 S. 22.
05 Engels, Friedrich (1886), 1975: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, in:
06 MEW Band 21, Berlin, S. 278–279.
07 Siegel, Paul N., 1986, The Meek and the Militant: Religion and Power Across the World, London und New Jersey,
08 S. 195 [10] Engels, 1975, MEW Band 21, S. 279.
09 Vgl. La Mettrie (1709 – 1751)
10 W.I. Lenin, Sozialismus und Religion, 1905. Erstmals erschienen in: Nowaja Shisn, Nr.28, 3. Dezember 1905. W.I.
11 Lenin, Sochineniia, Moskau 1941, Bd.10, S.70-75. Übersetzung nach: W.I. Lenin, Über die Religion: eine Auswahl,
12 Berlin 1981, S.39-44.

13 .
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

Begründung:
Erfolgt mündlich



A9 Für eine antirassistische Offensive auf Bundesebene!

Projektantrag

Antragsteller*innen: Der Bundessprecher*innenrat

Auch im neuen Jahr stehen wir als Jugendverband vor gewaltigen Aufgaben. Wir haben es in Deutschland und Europa weiterhin mit einem erstarkenden rechten Block zu tun. Während die Union sich für das "schärfste" Asylrecht seit der Wiedervereinigung feiert, erlebt die AfD Höhenflüge. Klare Bekenntnisse zu einem humanen Asylrecht kommen in der öffentlichen Diskussion praktisch nicht mehr vor, wohingegen die repressive bestehende Politik von Vielen als "links der Mitte" rezipiert wird. Wohin solche Entwicklungen führen können, zeigt ein Blick nach Österreich nur all zu gut.

Wir haben als linksjugend ['solid] eine klare Position dazu, was unserer Meinung nach falsch läuft. Wir wollen in einer Welt leben in der das Recht auf Bewegungsfreiheit und die freie Wahl des Wohnorts eine Selbstverständlichkeit ist, in der keine Grenzen und Pässe mehr das Schicksal von Menschen bestimmen. Eine Welt in der Menschen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Kultur, Religion oder anderer willkürlicher Zuschreibungen Angst vor Gewalt, Diskriminierung und gesellschaftlichen Ausschluss haben müssen. Eine Welt in der die Scheinargumente der rassistischen und nationalistischen Ressentiments keine Bedeutung mehr haben.

Über langfristige Ziele haben wir uns als Verband ausführlich verständigt. Was unserer Meinung nach auf Bundesebene fehlt, sind zuverlässige Strukturen, die unsere inhaltlichen Forderungen in eine Praxis übersetzen. Deswegen möchten wir im kommenden Jahr folgende Schritte einleiten:

- Wir werden den Bundesarbeitskreis No Borders reaktivieren.
- Wir werden einen Austausch der Landesverbände über antirassistische Praxis organisieren.
- Wir werden eine innerverbandliche Debatte zum Umgang mit der Situation führen.
- Wir werden mehr Bildungsarbeit nach Innen und nach Außen zum Themenkomplex Antirassismus betreiben.
- Wir werden zu den Protesten gegen den diesjährigen AfD Bundesparteitag in Augsburg vom 30.6 bis 1.7. mobilisieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A10 Die Zukunft der sozialen Sicherung

Projektantrag

Antragssteller*innen: Bundessprecher*innenrat

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

02

03 Unsere Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Die Digitalisierung und die daraus folgen-
04 de Industrie 4.0 ist ein Produktivkraftwechsel, der vergleichbare Auswirkung auf die gesamte Gesell-
05 schaft hat, wie die Entwicklung von Dampfmaschinen, Kunststoffen und Computern. Parallel zu der
06 technischen Entwicklung schreitet auch die soziale und ökonomische voran – allerdings in eine völlig
07 falsche Richtung: Der Neoliberalismus setzt sich fort und die Ungleichheit und Unsicherheit nimmt wei-
08 ter zu. Die Zukunft wird kommen und wir müssen uns Gedanken machen wie wir sie gestalten können.

09

10 Wenn wir über die Zukunft nachdenken, müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie wir die
11 sozialen Sicherungssysteme verteidigen und ausbauen können, damit wir keine Angst vor Armut ob im
12 Alter oder wegen Arbeitslosigkeit haben müssen. Wie das gehen kann, wird heiß diskutiert und es ste-
13 hen sich vor allem die Modelle Solidarische Mindestsicherung und Bedingungsloses Grundeinkommen
14 (BGE) gegenüber. Auch mit Blick auf den angestrebten Mitgliederentscheid zum BGE in der LINKEN
15 sollten wir dazu eine ernsthafte Debatte führen.

16

17 Unserer Meinung nach ist der Bundeskongress nicht der Ort, an dem diese Debatte mit der notwen-
18 digen, inhaltlichen Tiefe geführt werden kann. Es geht schließlich nicht nur um das herumschubsen
19 von ein paar Zahlen, sondern darum wie unsere Vision für eine solidarische Gesellschaft aussieht und
20 welche Strategien wir haben um die soziale Lage zu verbessern.

21

22 In diesem Sinne wollen wir uns die Zeit nehmen und die Themen BGE und solidarische Mindestsiche-
23 rung mit in das nächste Jahr nehmen.

24

25 Wir werden:

- 26 • der Debatte Raum bei unseren Bildungsveranstaltungen geben.
- 27 • Texte zu dem Thema auf unserem Debattenblog veröffentlichen.
- 28 • die Landesverbände organisatorisch unterstützen, Veranstaltungen dazu zu machen z.B. durch
29 einen Referent*innenpool.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A11 Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – 200 Jahre Karl Marx

Projektantrag

Antragssteller*innen: linksjugend [`solid] Thüringen

Der Bundeskongress möge beschließen:

Die linksjugend [`solid] nimmt den 200. Geburtstag von Karl Marx zum Anlass, eine interne Kampagne zu Karl Marx und „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ zu initiieren. Der BSPR beruft hierfür zeitnah ein AG-Treffen ein auf welchem alle Interessierten gemeinsam mit dem BSPR und der Kommission Politische Bildung sich über die konkrete Umsetzung und Gestaltung der folgenden Punkte Gedanken machen:

1. Auf dem Sommercamp 2018 wird ein Lesekreis zu „Das Kapital, Band 1“ angeboten.
2. Auf den jährlich stattfindenden Bildungsveranstaltungen des Bundesverbandes, wie das Sommercamp oder die Winterakademie, werden Themenschienen zur marxischen Theorie angeboten. Dabei soll das Verhältnis von Theorie und verändernder Praxis, die Frage nach den Subjekten der Transformation/Revolution, die Kunst der Politik revolutionärer Realpolitik (Rosa Luxemburg), einer neuen Klassenpolitik und die Utopie einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus im Vordergrund stehen.
3. Der Bundesverband erstellt einen inhaltlichen Flyer oder Reader, der sich jugendgerecht mit unserem Verhältnis zur Theorie Karl Marx auseinandersetzt und dazu aufruft, sich diese Theorie anzueignen. Grundlage dafür kann die „Einführung ins Marxsche Kapital“ auf unserer Homepage sein.
4. Die Landesverbände und Basisgruppen werden dazu aufgerufen Lesekreise zu initiieren, für inhaltliche Veranstaltungen zum Thema wird ein Referent*innenpool angelegt.

Begründung:

Viele wollen dieses Jahr Karl Marx feiern, als einen der größten Denker aller Zeiten. Wir halten es für wichtig, dass wir uns im Verband dieses Jahr inhaltlich mit Marx auseinandersetzen. Für eine kritische Rückgewinnung für eine radikale Perspektive der Emanzipation und Befreiung, für das Einfache, das so schwer zu machen ist, eine Zukunft, eine Hoffnung, eine Utopie, die uns Antrieb sein kann, hier und heute, um „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Wir verstehen Marx theoretische Bemühungen als Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus, an seine Theorie haben sich eine Vielzahl von intellektuellen Strömungen, gesellschaftsverändernden Aktivitäten, Organisationen und Parteien angeschlossen. Auch in unserem verbandseigenen Programm beziehen wir uns auf Marx, deshalb ist es vor allem auch für unsere Mitglieder wichtig, sich mit den Grundlagen linker Kapitalismuskritik inhaltlich auseinanderzusetzen. Linke Kapitalismuskritik muss sich die Frage stellen, wie der Kapitalismus funktioniert, um daraus erklären zu können, wie uns warum viele gesellschaftliche Phänomene mit dem kapitalistischen System zusammenhängen. Wir wollen, dass unser Jugendverband sich die Frage stellt, was es heute für uns bedeutet Marxist*innen zu sein – in den Feldern der materialistischen Theorie, der Gesellschaftsanalyse und des politischen Aktivismus.

A12 Linksjugend 4.0

Projektantrag

Antragssteller*innen: linksjugend [`solid] Thüringen

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

02

03 Die sogenannte „Digitale Revolution“ eröffnet neue Welten und sprengt alte Dimensionen. In
04 ihr steckt sowohl das Potential nie gesehenen gesellschaftlichen Reichtums als auch der
05 offeneren und subtilen Beseitigung von Rechten und bekannten Arbeits- und
06 Lebensverhältnissen. Diese Ämbivalenz macht es unserer Ansicht nach notwendig, die
07 Digitalisierung zu begreifen und einen Umgang mit ihr zu finden. Auf all die Fragen, die sich
08 aus diesem Komplex ergeben hat bisher noch keine Partei für uns akzeptable Lösungen und
09 schlüssige Antworten gefunden. Für uns ist eindeutig, dass es Bedarf an einer zukunftsorientierten
10 und kuluroptimistischen, einer grenzenlosen und solidarischen Politik gibt, welche die Chancen der
11 digitalen Revolution aufgreift. Durch Digitalisierung verändert sich nicht nur die Arbeit, sondern die
12 Welt allgemein. Die wachsende Menge an nutzbaren Daten kann nicht nur für Überwachung einge-
13 setzt werden, im Zusammenspiel mit ständigen Innovationen wird das, was wir bisher vor allem über
14 Science-Fiction-Serien und Filme kennen zum Alltag. Wir müssen aber dafür sorgen, dass sich die
15 utopischen Science-Fiction Zukunftsvisionen bewahrheiten, und nicht die zahlreichen dystopischen!
16 Digitalisierung, Robotisierung und künstliche Intelligenz revolutionieren bereits unser Leben
17 und unsere Arbeit. Unsere Fähigkeit Natur zu manipulieren führt in stetig wachsendem Maße
18 zu einer Veränderung des menschlichen Körpers. Selbstfahrende Autos, humanoide Roboter,
19 3D-Drucker sind nicht mehr der Anfang und erst Recht nicht das Ende. Wir sind der Ansicht,
20 dass man vor all dem keine Angst haben sollte.

21 Der Themenkomplex, der sich daraus für uns ergibt ist weitläufig: Digitalisierte Bildung,
22 Datenschutz, der alle was angeht, oder das Urheberrecht in Bezug auf Medizin, Kultur und
23 Medien. Ob Infrastruktur, denn Digitalisierung ist mehr als Breitbandausbau, Utopien jenseits
24 des Kapitalismus oder Gaming. All diese Punkte sind wichtig in Bezug auf linke
25 Zukunftsperspektiven im Zusammenhang mit Digitalisierung, aber es sind nicht die einzige,
26 zahlreiche lassen sich ergänzen!

27 Wir haben das Gefühl, dass unser Verband die eigene Digitalisierung nur halbherzig umsetzt.
28 Ein Großteil der bürokratischen Abläufe funktioniert mittels Papier, seinen es
29 Fahrtkostenabrechnungen, Tischvorlagen, etc. In unserem Verband existiert kaum verknüpftes Wis-
30 sen über Online-Auftritte oder Aktionsformen im Internet. Es gibt keinen Online Layout- Pool, über
31 welchen alle aktiven Mitglieder, Landesverbände und OGs Flyer oder Sticker austauschen können.
32 Arbeitsgruppen, BAKs und OGs organisieren ihre Arbeit teilweise über Facebook-Gruppen. Kaum eine
33 OG oder ein Gremium kommuniziert verschlüsselt. Ohne in paranoide Argumentationen zu verfallen,
34 kann trotzdem gesagt werden, dass sich die Repression gegenüber Linken zunehmend zuspitzt, ge-
35 rade in Anbetracht dieser Tatsache, ist es wichtig, dass wir uns mit sicherer interner Kommunikation
36 auseinandersetzen. Die Razzia in der Landesgeschäftsstelle der linksjugend [,solid] Thüringen ist nur ein
37 aktuelles Beispiel von vielen. Wir haben das Gefühl, dass die Nazis rechts an uns vorbeiziehen, was
38 Online-Auftreten (Propaganda) angeht und in der inhaltliche Bearbeitung dieser Themen, überholt uns
39 die FDP von rechts.

40 Dabei liegt es an uns, diese Themen von links zu besetzen um der zunehmenden
41 kapitalistischen Verwertungslogik des Bereichs Digitalisierung eine linke Perspektive
42 entgegenzusetzen. Damit wir wissen worüber wir reden, müssen wir uns Kompetenzen in
43 diesen Bereichen aneignen, anfangen uns aktiv damit auseinanderzusetzen und uns nicht von
44 der Angst vor dem Berg an Arbeit lähmen lassen, der damit auf uns zurollt.

45 Kurzum: All diese Themen dürfen im Verband nicht zu kurz kommen. Dieser Antrag soll ein
46 erster Anstoß zur Debatte in unserem Verband sein, er soll zeigen, wie groß und weitläufig
47 das Themenfeld ist und dass wir dringend Nachholbedarf haben, uns inhaltlich mit all den
48 angeschnitten und nichtangeschnitten Themen auseinanderzusetzen. In der Vergangenheit gab es
49 unterschiedlichste Versuche, Strukturen zu gründen, die sich mit Digitalisierung
50 auseinandersetzen wollten, wie z.B. den BAK Hipster oder den BAK Netzpolitik. Sie alle sind
wieder eingeschlafen.

- Deshalb möchten wir mit diesem Antrag 01
1. die Gründung eines BAKs initiieren. Er soll Platz bieten um den Themenkomplex inhaltlich zu 02
bearbeiten. Er soll aber auch Raum ermöglichen, Vorschläge für die innerverbandliche Organi- 03
sation, Kommunikation, Arbeit und den Austausch zu machen. Er soll den Verband auf progres- 04
siven Austauschplattformen wie dem Chaos-Communication-Congress (Internationales Treffen 05
der Hackerszene) vertreten. Ob Hacker*innen, Nerds, ob Trekkies, oder Verschlüsselungfans, ob 06
Expert*innen oder Neueinsteiger*innen wir wollen, dass der BAK allen, die sich in dem Themen- 07
feld engagieren wollen, eine Möglichkeit bietet an ihren Themen zu arbeiten und den BAK zum 08
Austausch untereinander zu nutzen. 09
 2. Darüber hinaus soll dieser BAK gemeinsam mit dem BSPR gegen Ende des Jahres (November) 10
einen Kongress organisieren. Es braucht eine Perspektive für die Zukunft, die utopisches Denken 11
möglich macht und die Chance bietet für die eigenen Ideen zu brennen. Solche Perspektiven 12
wollen wir auf einem solchen Kongress erarbeiten und Wege, wie sie zu einer Umsetzung finden 13
können beginnen. Die Zielsetzung eines solchen Kongresses soll es sein, neben möglichst viele 14
Menschen innerhalb und außerhalb des Verbandes zu erreichen, Menschen die Möglichkeit bieten 15
sich zu bilden und konkrete Positionen für die Linksjugend [`solid] auszuarbeiten. 16

Begründung: (erschließt sich aus dem Antrag) 17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A13 Gedenken an unsere Geschichte

Projektantrag

Antragssteller*in: Bundessprecher*innenrat

Unterstützer*innen: Linksjugend [`solid] Thüringen

01

02 Der Bundeskongress möge beschließen:

03

04 Der Bundesverband ruft vom 24.10.-09.11., zu einer Aktionswochen zum Gedenken an die ermorde-

05 ten Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen Europas auf.

06 Alle Landesverbände und Basisgruppen sind aufgerufen in dieser Zeit Veranstaltungen vor Ort durch-

07 zuführen.

08 Der Bundesverband stellt eine PowerPoint Präsentation an alle Verbandsstrukturen zur Verfügung. Die

09 ppp bildet den Rumpf für eine Gedenkveranstaltung.

10 Es soll ein Video für die social Media Kanäle des Verbandes erstellt werden, welches sich auf die histo-

11 rischen Ereignisse bezieht und mit heutigen Kämpfen und dem Verband verknüpft.

12 Alle Geschichtsinteressierten sind dazu aufgerufen lokale Kämpfe in der BRD zu recherchieren. In der

13 Bundesgeschäftsstelle werden Informationen und Material zu den Kämpfen gesammelt und den jewei-

14 ligen Landesverbänden und Basisgruppen zur Verfügung gestellt, damit diese vor Ort Veranstaltungen

15 durchführen können und die Veranstaltungen um einen lokalen Bezug erweitern können.

16

17 **Begründung:**

18 Die europäische Gedenkkultur ist recht vielfältig. Doch dabei wird immer eine relevante Gruppe, aus

19 politische Gründen, nicht erwähnt und totgeschwiegen. Es mag vereinzelte Hinweise, gerade auf die

20 Berühmten Persönlichkeiten, geben. Doch es waren viel mehr, die sich für eine sozialistische Gesell-

21 schaftsveränderung eingesetzt und auch ihr Leben dafür gelassen haben. Denn ihr Wirken ist bis heute

22 in den verschiedenen Staaten sichtbar (durch Sozialsysteme, Gewerkschaften etc).

23

24 Deshalb ist es an der Zeit auch ein Denkmal für die Ermordeten Sozialist*innen, Kommunist*innen

25 und Anarchist*innen Europas zu fordern. Diese wurden nicht erst mit der Wahl der Nazis verfolgt und

26 ermordet. Ihre Verfolgung und Ermordung begannen viel früher und geht bis heute, zwar in anderer

27 Form, weiter.

28

29 Um ein gemeinsames (Verbands-)Geschichtsbewusstsein (Wo kommen wir her? Wo wollen wir hin?)

30 zu schaffen, wollen wir 2 Wochen des Gedenkens an unsere Vergangenheit ausrufen. Seien es die

31 Anfänge der Arbeiterbewegung 1830 mit der Vormärzrevolution bzw. Julirevolutionen in Frankreich,

32 1847 mit dem Kommunistischen Manifest spätestens aber mit den 1848/49er Revolutionen und der

33 damit einhergehenden gemeinsamen Bewusstseins-schaffung und Organisierung, 1863 gründete sich

34 die erste Arbeiter Organisation mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, bis hin zur Gründung

35 der SPD 1890 und zu dem historischen und einmaligen gelingen einer Revolution 1917 in Russland

36 sowie die Einführung des Frauenwahlrechts 1918; von 1936-1939 bei der Verteidigung der spanischen

37 Republik gegen die Faschisten um Franco, bis hin zu den in jüngerer Vergangenheit getöteten wie Ben-

38 no Ohnesorg, Rudi Dutschke und 2001 in Genua auch Carlo Giuliani. Wenige Ermordete sind bekannt,

39 die überwiegende Zahl ist nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses.

40

41 In dieser Zeitspanne von 1830-2018 haben sich Linke nicht nur organisiert und gegen die Verhältni-

42 se gewehrt. Sie wurden von der Reaktion verfolgt, eingesperrt, und ermordet und erhalten auch bis

43 heute noch Berufsverbote (siehe Bayern). In Gegnerschaft zu den Monarchien Europas, den faschisti-

44 schen Regimen, in Arbeitskämpfen Streiks und in vielfältigen Kämpfen gegen Unterdrückung, wurden

45 Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen Opfer der Gewalt der Reaktion, die bisweilen

46 auch unter der roten Fahne marschierte.

47

48 Die Orte der Auseinandersetzung sind mittlerweile nicht mehr sichtbar und auch in Vergessenheit ge-

49 raten. Diese wollen wir wieder zum Leben erwecken, in dem Gedenken an sie, ihre Forderungen und

50 ihre Kämpfe.

Geschichte ist kein mystischer Ort, an dem sich gebündelt politische und gesellschaftliche Ereignisse vollzogen haben. Sondern Geschichte fand und findet überall statt.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A14 „Gegen jeden Antisemitismus! - Keine Zusammenarbeit mit antisemitischen Boykott-Bewegungen und ihren Unterstützern“

Positionierungsantrag

Antragsteller*in: Linksjugend Augsburg

01
02 Der Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] möge beschließen, dass die Linksjugend ihren antifa-
03 schistischen Grundkonsens ernst nimmt und entschieden gegen Antisemitismus in all seinen Erschei-
04 nungsformen eintritt. Dazu gehört, aktuelle antisemitische Entwicklungen wachsam zu beobachten,
05 als solche wahrzunehmen und aktiv gegen sie vorzugehen.

06
07 Der erstarkende Antisemitismus in Deutschland und weiteren europäischen Ländern ist ein reales
08 Problem. Von tendenziöser Medienberichterstattung, Verschwörungstheorien und antisemitischen Kli-
09 schees in der Bevölkerung über Israel-Boykottbewegungen und Angriffe auf Synagogen hin zu offen
10 propagierten Vernichtungsfantasien, ziehen sich antisemitische Ressentiments quer durch die Gesell-
11 schaft.

12 Auch in der Linken finden sich antisemitische Denkmuster und Argumentationen, besonders in Form
13 von ressentimentgeladener „Israelkritik“ und regressivem Antikapitalismus. Werden antisemitische
14 Ressentiments als solche benannt, gerieren sich Beschuldigte häufig als Opfer und kritische Geister,
15 indem sie behaupten, ihre „legitime Israelkritik“ sei ein Tabubruch. Solche Aussagen sind angesichts
16 der Regelmäßigkeit, mit der Kritik an Israels Politik geäußert wird, schlichtweg falsch. Auch sind sie
17 Zeugnis eines mangelnden und verkürzten Verständnisses von Antisemitismus, das sich bspw. in der
18 Reduktion des Antisemitismusbegriffs auf seinen Ausdruck in der Massenvernichtung niederschlägt.

19
20 Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel und unter Berücksichtigung des
21 Gesamtkontextes können folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:
22 Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die
23 Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.

- 24 • Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem
25 anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- 26 • Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung
27 stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die
28 Israelis zu beschreiben. - Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der National-
29 sozialisten.
- 30 • Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.
31 - Die Unterstellung, Israel begehe einen Genozid an den Palästinensern.
- 32 • Die Dämonisierung Israels als „Apartheidsstaat“.
- 33 • Darstellungen, nach denen Israel, die Zionist_innen oder die USA die Medien kontrollieren. - Aus-
34 sagen über eine allmächtige „jüdische Lobby“ oder „zionistische Lobby“.
- 35 • Verschwörungstheorien über Gruppen, die angeblich im Hintergrund die Fäden ziehen (FED, Ro-
36 thschilds).

37
38 Es ist die historische Erfahrung aus Auschwitz, dass die dem Antisemitismus immanenten Vernich-
39 tungsfantasien real sind und im Zweifelsfall kein Staat den Schutz der Jüd_innen vor Antisemitismus
40 zu garantieren bereit war. Israel ist die unerlässliche Konsequenz der Erfahrung der Shoa.

- 41
42 • Die Linksjugend [‘solid] steht solidarisch zu Israel und bekennt sich zu Israels Recht auf Existenz
43 und Selbstverteidigung und verurteilt den weitverbreiteten Antisemitismus aufs Schärfste.
- 44 • Die Linksjugend [‘solid] unterstützt keine Veranstaltung oder Demonstration, auf der antisemiti-
45 sche Positionen vertreten werden.
- 46 • Die Linksjugend [‘solid] stellt sich deutlich gegen Israel-Boykott-Kampagnen und macht es sich
47 zur Aufgabe über diese aufzuklären.

48
49 **Begründung:**
50 Erfolg mündlich.

A15 Alle nach Augsburg! – Proteste gegen den Bundesparteitag der AfD unterstützen

Projektantrag

Antragsteller*in: Linksjugend Augsburg

Am 30.06. und 01.07.2018 veranstaltet die „Alternative für Deutschland“ ihren Bundesparteitag in der Augsburger Messe. Dieser beginnt am Samstag um 11:00 Uhr.

Ab 09:00 Uhr ist eine Kundgebung an der Messe angemeldet, ab 11:00 Uhr wird sich eine Großdemo in Richtung Innenstadt bewegen. Gerade in Anbetracht des rassistischen Aufwinds, antisemitischer Ausfälle in Wort und Tat, sexistischen Übergriffen und der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern bedarf es eines breiten antifaschistischen Protests. + Die Linksjugend [‘solid] mobilisiert für die Protestaktionen gegen den Bundesparteitag der AfD in Augsburg. + Die Linksjugend [‘solid] beauftragt den BSpR zu prüfen, inwieweit die Anreise zu den Protesten unterstützt und koordiniert werden kann.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

A16 Wider dem völkischen Geist – Kein „Schild und Schwert-Festival“ in Sachsen oder anderswo!

Positionierungsantrag

01 **Antragssteller*innen: Linksjugend [,solid] Sachsen**

02

03 Der Bundeskongress beschließt folgende Positionierung zum geplanten Neonazi-Festival in Ostritz und
04 ruft zum Gegenprotest auf.

05 Positionierung

06 Wider dem völkischen Geist - kein „Schild und Schwert-Festival“ in Sachsen oder anderswo!

07 Vom 20.-22. April findet in Ostritz in der Ostlausitz auf dem Gelände des „Hotel Neißeblick“ das „Schild
08 und Schwert-Festival“ statt.

09 Ein Neonazi-Festival, welches allein durch die Wahl des Datums und die direkte Nähe zur polnischen
10 Grenze eine enorme Provokation darstellt. Das „Schild und Schwert-Festival“ soll ein europaweites
11 Szene- und Netzwerktreffen der Neonazis werden, mit dem auch viel Geld zur Finanzierung von Neo-
12 nazistrukturen eingenommen werden und wird unter anderem vom Thüringer NPD-Funktionär Thors-
13 ten Heise organisiert. Die Organisator_innen haben für ihre Versammlung 750 Anwesende angemel-
14 det. Bei der breiten Mobilisierung, dem Datum und der Größe des Geländes ist jedoch mit mehreren
15 tausend Teilnehmer_innen zu rechnen, auch die Polizei und das Ordnungsamt gehen inzwischen von
16 mehr Teilnehmer_innen aus.

17 Die Konzerte werden wohl mit weiteren Events aus der Kampfsportreihe „Kampf der Nibelungen“, ver-
18 knüpft. Die bisher bekannten Bands - unter anderem Szenegrößen wie „Die Lunikoff-Verschwörung“,
19 „Kategorie C“ und „Oidoxie“ - stehen zudem in enger Verbindung zum rechtsradikalen und in Deutsch-
20 land verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk. Die Redner_innenliste liest sich als who-is-who der
21 rechtsradikalen Szene. Neben Heise sollen unter anderem der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt so-
22 wie Michael Brück, ehemals in der verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ und
23 heute als Kader von „Die Rechte“ aktiv, Redebeiträge halten. Gegen einen der geplanten NPD-Redner
24 wird im Zusammenhang mit dem Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016 ermittelt. Besonders ab-
25 surd ist, dass die Veranstaltung nicht als Festival oder Konzert, sondern als Kundgebung angemeldet
26 ist und die Neonazis demnach von der Polizei geschützt werden müssen. Ähnlich war es im Juli 2017
27 beim „Rock gegen Überfremdung“ im thüringischen Themar, bei welchem rund 6.000 Neonazis unter
28 dem Schutz der Polizei und der Versammlungsfreiheit in aller Ruhe Hitlergrüße zeigen, „Sieg Heil“
29 brüllten und verbotene Symbole tragen konnten - und das ohne, dass die Polizei eingriff und die Ver-
30 anstaltung beendete. Ähnliches muss wohl auch im April in Ostritz befürchtet werden.

31 Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht, das es um jeden Preis zu schützen gilt. Es kommerzielles
32 Neonazi-Festival (Eintrittspreis für zwei Tage: 45€ im Vorverkauf), bei dem - wie Themar zeigt - mit
33 Volksverhetzung und dem Zeigen von verfassungswidrigen Symbolen zu rechnen ist, fällt jedoch nicht
34 darunter. Wir nehmen nicht hin, dass das demokratische Gut der Versammlungsfreiheit für völkische,
35 rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche

36 Hetze missbraucht wird und fordern daher von den Versammlungsbehörden, derartige als Kundge-
37 bung getarnte Neonazi-Festivals zu verbieten.

38 Aufgrund der sächsischen Verhältnisse, wird sich das Neonazifestival vermutlich nicht verhindern las-
39 sen. Gerade deshalb rufen wir dazu auf, sich an dem Gegenprotest und Gegenfest „Rechts rockt nicht!“
40 teilzunehmen, das vom 20.-21. April ebenfalls in Ostritz stattfindet.

41

42 **Begründung:**

43 Erfolgt mündlich.

44

45

46

47

48

49

50

A17 Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: LSpR Hamburg

Im Jahr 2017 wurden von der großen Koalition so viele Waffen in Krisengebiete verkauft, wie noch nie (ARD Bericht). Dies ist mit mehr als 60 % aller Einzelgenehmigungen der höchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Und dies, obwohl Exporte nicht genehmigt werden dürfen, wenn „die Gefahr besteht“, dass die gelieferten Waffen „bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg“ verwendet werden (§6 Abs. 3 Kriegswaffenkontrollgesetz). Doch Rüstungsfirmen wie Rheinmetall scheren sich nicht um die deutschen Kontrollen. Mit seinen Firmenablegern auf Sizilien und in Südafrika macht sich der Konzern die laxeren Exportgesetze vor Ort zu Nutze und exportiert die todbringende Fracht z.B. nach Saudi Arabien. Dieses könnte mindestens stark erschwert werden durch ein Rüstungskontrollgesetz, welches die Zustimmung deutscher Behörden vorschreibt, wenn deutsche Firmen im Ausland Rüstungsgüter entwickeln und exportieren wollen.

Doch die neue/alte GroKo sieht so einen Richtungswechsel nicht vor:

- Die Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Russland soll weiter aktiv mit vorangetrieben werden. Deutsche Truppen sollen an der Westgrenze Russlands bleiben, wider aller historischen Vernunft!
- Das von der Trump-Regierung nachdrücklich geforderte Ziel, dass alle NATO-Länder ihren Verteidigungshaushalt bis 2024 auf 2 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes hochrüsten sollen, bleibt auf der Tagesordnung. Für Deutschland hieße das die Ausweitung des Rüstungsetats auf bis zu 75 - 80 Milliarden Euro.
- Die US Atomwaffen sollen in Deutschland und das Nein zum Atomwaffenverbotsvertrag bestehen bleiben.
- Mehr Soldaten sollen nach Afghanistan und Mali geschickt werden und trotz gegenteiliger Behauptungen soll die Kampfdrohne angeschafft werden.

Wohin der Kurs der deutschen Regierung und die Aufrüstungspolitik Von der Leyens führen, wird aktuell zugespitzt deutlich am türkischen Militärangriff auf Afrin, den westlichen Kanton Rojavas (Nord-Syrien). Mit deutschen Leopard-II-Panzern geht die Diktatur gegen das friedliche, demokratische, soziale wie plurale kurdische Selbstverwaltungsprojekt vor. Dagegen mehrt sich international der zivile Protest.

Als linksjugend[,solid] protestieren wir in der BRD – dem weltweit drittgrößten Rüstungsexporteur

- weil dieser Kampf ein gemeinsamer Kampf um eine menschliche Gesellschaft ist. Mit den Worten der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“, einer Kooperation von Aktiven aus der Friedensbewegung, aus Gewerkschaften, der LINKEN und anderen gesellschaftlichen Organisationen, sagen wir: „Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.“
- Wir unterstützen alle Aktiven, die an der Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr arbeiten und fordern den Austritt aus der NATO und PESCO sowie ihren militärischen Strukturen
- Wir setzen uns ein für ein generelles und schlupflochfreies Verbot der Rüstungsexporte und stärken die neu entflammte Diskussion, Rüstungskonversion wieder gesellschaftlich auf die Tagesordnung zu setzen. [Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte in ihrem Kampf, Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen zu verbieten und arbeiten nach unseren Möglichkeiten mit in der Hamburger Plattform Frieden.]
- Wir beteiligen uns an den Aktivitäten von „Bildung ohne Bundeswehr“ und in der Bewegung an den Hochschulen für friedenschaffende, gesellschaftlich eingreifende Wissenschaften.
- Wir setzen uns ein für die Überwindung der tödlichen Austeritätspolitik (Kürzungspolitik) zugunsten reichhaltiger Investitionen in das öffentliche Gemeinwesen: Soziales, Kultur, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur für alle.
- Wir streiten für die Beendigung neoliberaler Freihandelsabkommen und ihrer Verhandlungen
- Wir treten ein für eine humane Flüchtlingspolitik, die Einhaltung des Völkerrechts und die Verwirklichung der in der UN-Charta formulierten sozialen, politischen und kulturellen Rechte aller Menschen

- 01 • Wir sind Teil der weltweiten antifaschistischen Bewegung gegen jegliche Ungleichheitsideologien
02
03 Als linksjugend [,solid] fertigen wir zu Mobilisierungszwecken, aber auch zur Weiterbildung des Ver-
04 bands thematische Flugblätter und Plakate zu den oben genannten Themen an, unterstützen Aktivitä-
05 ten dazu, sammeln Unterschriften und mobilisieren zu Demonstrationen und Kundgebungen.
06 Ebenso wirken wir innerhalb der LINKEN für eine klare und kämpferische Friedensposition und bringen
07 uns auf Landes- wie auf Bundesebene mit den oben gefassten Positionen ein.
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A18 50 Jahre 1968

Projektantrag

Antragssteller*innen: Jakob Migenda (Frankfurt/Main, BSpR), Oleg Gussew (Kiel), Benny Schwarz (Greifswald, LSpR MV), Bettina Gutperl (SDS), Nicolas Schickert (Darmstadt), Daniel Kerekeš (Essen), Daphne Weber (SDS)

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen hat 2016 in seiner Leitrede zum Stuttgarter Programmparteitag den Kampf gegen das „versifft links-rot-grüne 68er Deutschland“ ausgerufen.

Dieser martialische Aufruf zum Kulturkampf ist keineswegs zufällig, markiert doch das Jahr 1968 nach 1945 schon die zweite große Niederlage der Rechten im zwanzigsten Jahrhundert. Das Jahr symbolisiert den Schritt Westdeutschlands aus dem miefigen postfaschistischen Adenauerstaat in ein zumindest halbwegs lebenswertes Land: Die zweite Frauenbewegung, die Lehrlingsbewegung, die Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden und natürlich auch die Studierendenbewegung nahmen hier ihren Ausgangspunkt. 1968 und seine Nachwehen stehen deshalb für vieles, was wir heute gegen Rechte und Neoliberale verteidigen müssen: Die Legalisierung männlicher Homosexualität, das Recht von Frauen selbstständig Berufe ergreifen zu dürfen, BAFöG, linke Universitätsinstitute, gestärkte Jugendvertretungen in den Betrieben usw. usf.

Gleichzeitig gilt es für uns auch vieles kritisch zu reflektieren: 1969 zerbrach die breite Bewegung in zahllose ultralinke Sekten bis hin zu isolierten Terrorzellen, ein Großteil dieser Generation linker Aktivist*innen wechselte später ins bürgerliche Lager bis hin zum Bundesinnenminister und nicht zuletzt markiert das Jahr 1968 und die neue Linke auch, dass die Brücke zur alten Linken und der Arbeiter*innenklasse oft nichtmehr geschlagen wurde was die Linke nachhaltig schwächte.

50 Jahre später heißt es für uns Bilanz zu ziehen und einen Blick zurück zu werfen, um nach vorne auf die kommenden Aufgaben zu schauen. Was können wir von 1968 lernen um in einer polarisierten gesellschaftlichen Situation mit einer starken Rechten Bewegungen und Siege zu organisieren ohne die gleichen Fehler noch einmal zu machen?

Um diese Diskussionen zu führen unterstützt die linksjugend [‘solid] den Kongress des SDS zu 50 Jahren 1968 und verankert außerdem die Auseinandersetzung im Verband.

Das bedeutet konkret:

- Wir bringen uns in die Erarbeitung des Programmes ein
- Wir mobilisieren intern und extern zum Kongress
- Wir übernehmen die Fahrtkosten für unsere Mitglieder
- Wir erstellen in Zusammenarbeit mit dem SDS einen Referent*innenpool und Bildungsmaterialien um die inhaltliche Auseinandersetzung in den Basisgruppen über ein einzelnes Event hinaus zu fördern.

Begründung:

Ergibt sich aus dem Antragstext.

A19 Basisdemokratie muss auch digital sein – digitalen Austausch ermöglichen

Projektantrag

01 **Antragssteller*innen: Jakob Migenda (Frankfurt/Main, BSpR), Benjamin Schwarz (Greifswald, LSpR MV), Nadine Bendahou (Essen), Oleg Gussew (Kiel), Nicolas Schickert (Darmstadt), Daniel Kerekeš (Essen), Bettina Gutperl (SDS)**

04

05 Der Bundeskongress möge beschließen:

06

07 BSpR und BGS werden damit beauftragt eine geeignete digitale Kommunikationsplattform für eine
08 breite innerverbandliche Vernetzung und Diskussionsmöglichkeit zu schaffen.

09

10 **Begründung:**

11

12 Obwohl wir uns als Basisdemokratischen Jugendverband definieren ist die digitale Kommunikations-
13 struktur in unserem Bundesverband sehr zentralistisch ausgerichtet.

14

15 Abgesehen von einer durch laissee-faire ins Chaos abgerutschte Facebook-Gruppe, die zudem inoffi-
16 ziell ist, gibt es keine Möglichkeit für Menschen aus Basisgruppen und Landesverbänden andere Mit-
17 glieder über erfolgreiche Aktionen zu informieren, Position zur Debatte zu stellen, auf Veranstaltungen
18 hinzuweisen oder Fragen zu stellen. Existierende Kommunikationskanäle wie der Newsletter oder
19 der Telegram-Kanal können nur von BSpR und BGS gefüttert werden und der LV-Verteiler der einen
20 Austausch im Ansatz ermöglichen könnte, kommt bei den Basismitgliedern nicht an. Ein wirklicher
21 Austausch ist so nicht möglich.

22

23 Als geeignete Plattformen kommen mehrere Kanäle in Frage, wir wollen die Frage der technischen
24 Umsetzung bewusst an BSpR und BGS geben, da eine solche Debatte auf einem BuKo, wo es weniger
25 ums Abwägen von Details als um das Ringen um Mehrheiten geht, schwer zu führen ist. Wir haben
26 uns natürlich dennoch Gedanken um das Für und Wider verschiedener Varianten gemacht.

27

28 In Frage kommen aus unserer Sicht in erster Linie eine Mailingliste oder eine Facebook-Gruppe, beide
29 haben ihre Vor- und Nachteile.

30

31 Eine Mailingliste hat den Vorteil, dass sie mit geringem Aufwand moderierbar, gut archivierbar und
32 durch die Mitgliederdatenbank leicht umfassend einzurichten ist. Als Nachteil steht zu Buche, dass
33 Mails heute für jüngere Menschen oft nicht mehr das erste Kommunikationsmittel der Wahl ist und es
34 relativ wenig interaktiv ist.

35

36 Für eine facebookgruppe spricht, dass sie relativ interaktiv ist und die Seite stärker frequentiert wird,
37 auf der anderen Seite ist deutlich mehr Moderationsaufwand nötig – und eine deutlich härtere Mode-
38 ration als in der jetzigen inoffiziellen Gruppe, inklusive Ausschluss von Trollen – sie wird mit längerem
39 Zeitverlauf unübersichtlicher und ist mit etwas höheren Zugangsvoraussetzungen verbunden, da die
40 nötigen Daten dafür nicht in der Mitgliederdatenbank gespeichert sind.

41

42 Andere Plattformen über die diskutiert werden kann, aber die weniger geeignet scheinen sind Foren
43 oder andere nicht alltäglich genutzten Seiten wie Slack etc., da sie von kaum einem Menschen täglich
44 frequentiert werden und so außerhalb von Interessengruppen oder relativ professionellen Arbeitszu-
45 sammenhängen zwangsläufig zum Einschlafen tendieren. Durch fehlende Moderation und noch grö-
46 ßere Unübersichtlichkeit als Facebook, sind Plattformen wie Telegram vermutlich trotz ihrer großen
47 Reichweite auch weniger geeignet.

48

49

50

A20 Solidarität und die Vielfalt des Widerstands sind unsere Stärke!

Positionierungsantrag

Antragsstellerin: Nadine Bendahou (NRW)

Der Bundeskongress möge beschließen folgende Solidaritätserklärung mit den Protesten in Dortmund augenblicklich nach Annahme zu veröffentlichen:

Gemeinsam gegen Nazis!

Für den heutigen 14. April 2018 rufen Dortmunder Nazis der Partei „Die Rechte“ im Verbund mit anderen europäischen Nazis zu einer Demonstration unter dem Motto „Europa Erwache!“ in Dortmund auf. Ob die „Patriotischen Europäer“ in Dresden und anderen Städten, die „Identitäre Bewegung“ oder Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“: Sie alle haben sich die vermeintliche Verteidigung Europas auf die Fahnen geschrieben. Dabei wird eine Bedrohung durch nach Europa gelangende Geflüchtete herbeigeschworen, die man abwehren müsse. Für Nazis und „die neue Rechte“ stellt Europa das „Abendland“ dar, das gegen das als muslimisch markierte „Morgenland“ in Stellung gebracht wird.

Die Aufgabe von progressiven Kräften ist Rassismus gegen religiöse Minderheiten entschieden zurückzuweisen und praktische und konkrete Solidarität zu üben. Weder Frauen mit Kopftuch, noch Moscheen sind das Problem, sondern deren gesellschaftliche Stigmatisierung. Wir alle müssen uns schützend vor diejenigen stellen, die Opfer von rassistischer Gewalt werden oder von dieser bedroht sind. Dieser gemeinsame Widerstand bietet die beste Basis für eine Überwindung von konservativen Ideologien.

Für ein besseres Morgen! Und das geht am besten, wenn wir alle zusammenarbeiten: Nazigegner*innen, Antifa-Aktivist*innen, Aktive aus Parteien, Gewerkschaften, Migrant*innen-Organisationen, Kirchengemeinden, LGBTI-Aktivist*innen, Leute aus den Stadtteilen, Schüler*innen, Studierende etc. oder kurz: wir alle!

Die linksjugend [‘solid] solidarisiert sich mit allen Formen des Gegenprotestes und allen, die heute auf der Straße sind, um deutlich zu machen, dass wir alle Nationalismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit den Kampf ansagen!

Begründung:

Erfolg mündlich.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

A21 100 Jahre Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – der Kampf geht weiter!

Projektantrag

01 **Antragsteller*in: linksjugend [,solid] Dortmund**

02

03 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehören untrennbar zur politischen Traditionslinie, in der wir
04 stehen. Sie waren in Deutschland tätige revolutionäre SozialistInnen, prägende Figuren im links-re-
05 volutionären Flügel der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, führten die Antik-
06 riegsopposition in der SPD ab 1914 an, und spielten eine entscheidende Rolle bei der Gründung der
07 Kommunistischen Partei und in der Revolution der Jahre 1918/19. Am 15. Januar 1919 wurden sie auf
08 Geheiß der mehrheitssozialdemokratisch-geführten Reichsregierung von rechtsradikalen Freikorps er-
09 mordet. Die sozialdemokratische Führung – allen voran Parteichef Ebert und die Regierungsmitglieder
10 Scheidemann und Noske – war dabei direkt involviert.

11

12 100 Jahre später ist die SPD noch immer für Repression gegen Linke, Krieg, Leid und Sozialabbau ver-
13 antwortlich. Zum G20-Gipfel im Juli 2017 verwandelte die sozialdemokratische Stadtregierung Ham-
14 burg in eine beispiellose Polizeifestung. Sozialdemokratische Außenminister lassen Waffen an reaktio-
15 näre Regimes wie Saudi-Arabien oder die Türkei liefern, die aktuell im Begriff ist, einen Völkermord im
16 kurdischen Afrin zu begehen. Die SPD war an allen großen Angriffen auf die Arbeits- und Lebensbedin-
17 gungen der arbeitenden Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten – vor allem an der Agenda 2010 der
18 Schröder-Regierung – federführend beteiligt. Wo es die Macht der Banken und Konzerne zu schützen
19 gilt, ist die Sozialdemokratische Partei nicht weit – ob 1918 oder 2018.

20

21 Wir wollen den 100. Jahrestag der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht nutzen, um öffent-
22 lichkeitswirksam an die historischen und aktuellen Verbrechen im Namen der SPD zu erinnern. Dazu
23 werden wir eine auf diesem Antragstext fußende Erklärung auf der Verbandswebseite veröffentlichen,
24 eine Pressemitteilung herausgeben und rufen alle Basisgruppen der linksjugend [,solid] dazu auf, im
25 Vorfeld des Jahrestages kreative Aktionen vor Ort zu organisieren, für die wir auch finanzielle Hilfe
26 bereitstellen. Dazu können zum Beispiel zählen:

27

28 In eigener Regie organisierte „Ausstellungen“ mit selbst gemachten Infotafeln und Schildern vor
29 SPD-Parteibüros, um an Leben, Werk und vor allem Ermordung von Luxemburg und Liebknecht durch
30 Faschisten und Sozialdemokratie zu erinnern.

31 Kundgebungen vor SPD-Büros mit Redebeiträgen zur Rolle der SPD damals und heute, zur Ermordung
32 von Luxemburg und Liebknecht, zu Waffenexporten von SPD-Regierungen, zu Sozialabbau und Neoli-
33 beralismus von sozialdemokratischer Seite.

34 Eigene Veranstaltungen zum Leben und Werk von Luxemburg und Liebknecht, zur Rolle der SPD wäh-
35 rend der Revolution 1918/19 und zur neoliberalen Politik der SPD heute.

36

37 In den 100 Jahren nach der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht hat es nie eine offizielle Ent-
38 schuldigung seitens der SPD gegeben. Ihre Politik für den Machterhalt der Reichen und Mächtigen
39 wurde nie verändert. Das sollte nicht in Vergessenheit geraten!

40

41 **Begründung:**

42 Wir stehen in einer historischen Linie mit Luxemburg und Liebknecht, DIE LINKE erwähnt sie auch in
43 ihrem Programm. Wenn wir uns gegen Waffenexporte, Sozialabbau und Repression gegen Linke weh-
44 ren, wehren wir uns immer auch gegen die real existierende Politik der SPD. Die SPD ist für Linke ein
45 Gegner, kein Bündnispartner – das hat sich vor 100 Jahren genauso gezeigt wie heute.

46

47

48

49

50

A22 Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Positionierungs- und Projektantrag im Kontext der #meToo-Debatte

Antragsteller*innen: BAK Feminismus, Sarah Rambatz, Markus Konradi, Jan Schiffer

Seit der Bundestagswahl trenden antifeministische und sexualisierte Beleidigungen und Drohungen in den neuen Medien. Die Bandbreite reicht von Onlineaktivist*innen auf rechtsradikalen Plattformen, bis hin zu Social Media Beiträgen deutscher Parteien oder Leitmedien wie der BILD. Besonders auf eine sexistische Weise angegriffen und mit sexueller Gewalt bedroht werden hierbei weibliche Politiker*innen seit Anbeginn.

Politik ist prozentual noch immer überwiegend männlich und weibliche Politiker*innen sind unterrepräsentiert. Es ist auch im Jahr 2018 somit noch immer schwer, als Frau in der Politik Fuß zu fassen. Es werden weibliche Kandidat*innen, dann etwa gefragt, ob neben der Politik noch genügend Zeit für die Kinder bleibe. Nur bei weiblichen Politiker*innen wird in Frage gestellt, ob ein zukünftiger Kinderwunsch nicht der politischen Karriere entgegenstehe. So zielten auch die Bedrohungen, die weibliche Politiker*innen erhielten, größtenteils auf die vermeintliche Gebärfähigkeit ab. Es wurden beispielsweise sexualisierte Beleidigungen bis hin zu Vergewaltigungsdrohungen als Mittel in der politischen Auseinandersetzung genutzt.

Weibliche Politiker*innen werden auch 2018 noch immer dafür angegriffen, dass sie die gesellschaftliche Ordnung durch den Kampf um Gleichberechtigung bedrohen. Emanzipierte Frauen, werden als Bedrohung für männliche Privilegien geächtet und somit gezielt zurück in die eigenen vier Wände verwiesen, in denen sie sich zu dem regressiven Familienbild zurückbesinnen sollen, welches dem männlichen Gegenüber hörig ist. Aktiver Widerstand gegen sexualisierte Gewalt wird mit dem Verweis auf die vermeintlich verletzlichen Rolle der Frau in der Gesellschaft abgewiesen. Frauen werden zu Freiwild erklärt, welche in die gesellschaftliche Rolle zur Not mit sexualisierter Gewalt zurückgewiesen werden müssen.

Wir als linksjugend [ˈsolid] kämpfen für Gerechtigkeit auch im Geschlechterverhältnis:

- Soziale Gerechtigkeit bedeutet als Mensch keine Angst mehr davor haben zu müssen, dass die vermeintliche Gebärfähigkeit zum Verhängnis wird! Es kann nicht sein, dass selbst im Jahr 2018 Sexismus in allen Lebensbereichen noch immer zum Problem wird!
- Soziale Gerechtigkeit bedeutet weiter, dass endlich ausreichend vor häuslicher Gewalt geschützt wird! Der Umstand dass tausende hilfeschende Frauen und Kinder abgewiesen werden und in lebensbedrohliche Situationen zurückgeschickt werden ist beschämend!
- Soziale Gerechtigkeit bedeutet weiter, dass Sexismus in der Politik kein Hindernis mehr darstellt und nicht mehr dazu führt, dass Frauen im Bundestag unterrepräsentiert sind!
- Gerechtigkeit bedeutet letztendlich als Frau nicht länger unter sexualisierter Gewalt leiden zu müssen!

Die linksjugend [ˈsolid] veranstaltet in Kooperation mit dem Bundesarbeitskreis Feminismus die »Geschlechtergerechtigkeit jetzt!« Kampagne, welche mit eigenem Material, einer Veranstaltungs-, sowie Workshopreihe und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit auf die fehlende Gleichberechtigung von Frauen im 21. Jahrhundert aufmerksam macht und weibliche Genoss*innen in ihrem Kampf um gleichberechtigung unterstützt!

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A23 My body my choice!

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: BAK Feminismus, Sarah Rambatz, Markus Konradi, Jan Schiffer

01 Es bleibt dabei, dass es 2018 noch immer dazu kommt, dass Menschen jenseits der heterogeschlechtlichen
02 Männlichkeit diskriminiert, unsichtbar gemacht, weder monetär noch auf non-monetärer Basis gleich-
03 berechtigt werden und wenn sie doch zur Geltung kommen, dann nur als sexualisiertes Werbeobjekt.
04

05 Der gesellschaftliche Diskurs verschiebt sich nach rechts. Die rechtskonservativen Parteien sug-
06 gerieren der Bevölkerung vermehrt es nähere sich eine Bedrohung von Außen, von den Frem-
07 den gegen die sie die Frauen und »unsere Familien« schützen müssten, aber sie sind mit ihrem
08 regressiven Menschen- und Familienbild eine Antriebsfeder hinter der Bedrohung der feministi-
09 schen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und dies gilt es zu demaskieren und zu benennen!
10

11 Mit den selbsternannten »Lebensschützern« versammelten sich in dem letzten Jahr bundesweit
12 Rechtsradikale, christliche Fundamentalist*innen bis hin zu Konservativen in Veranstaltungen mit dem
13 Titel »Marsch für das Leben« um das Ende von »Abtreibungen und Selektionen« zu fordern. Sie zo-
14 gen durch die Straßen, um ein striktes Abtreibungsverbot zu fordern – getarnt unter dem Deckman-
15 tel der Menschenfreundlichkeit und dem Einsatz für die Rechte etwa behinderter Menschen. Mit der
16 Parole »Willkommenskultur für Ungeborene« machten diese stattdessen mobil gegen Geflüchtete.
17

18 Unterbundene Infos für Frauen

19

20 §219a StGB - Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft wird mit diesem Absatz aus der Zeit der
21 Nationalsozialist*innen verboten - dagegen rührt sich Widerstand. Die SPD ruderte bei der Initiative ge-
22 gen das Werbeverbot bei Schwangerschaftsabbrüchen, welches in der juristischen Praxis auf ein völliges
23 Informationsverbot hinausläuft, zurück: Kein SPD-Antrag gegen 219a, aber DIE LINKE kritisierte den
24 Rückzug: Die SPD darf sich nicht »rückwärtsgewandten Position der CDU/CSU und AfD anschließen«.
25

26 Es kann nicht sein, dass die SPD sich für die GroKo entscheidet und damit feministische Werte zugun-
27 sten der CDU für entbehrlich hält! Es geht darum nationalsozialistische Bevölkerungspolitik, welche den
28 Paragraphen 219a 1933 erließ, endlich hinter sich zu lassen und es ist unfassbar, dass Ärzt*innen wie Kris-
29 tina Hänel, dafür bestraft werden, dass sie Informationen über Schwangerschaftsabbrüche anbieten.
30

31 Wer das Leben ungewollt schwangerer Menschen schützen will, muss Abtreibungen end-
32 lich legalisieren, denn repressive Abtreibungsregelungen treiben Menschen weltweit
33 (wie z.B. Polen) zu illegalen Schwangerschaftsabbrüchen und diese sind oft sehr teu-
34 er und führen teilweise bis hin zum Tod. Die Gleichstellung aller sexuellen Lebensweisen
35 muss gleichberechtigt anerkannt werden und der Zugang zu Abtreibungen muss legal sein!
36

37 Wir fordern den Paragraphen §219a endlich abzuschaffen!

38

39 **Begründung:**

40 Erfolgt mündlich.

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A24 Stoppt das Pinkwashing der AfD!

Positionierungs- und Projektantrag

Antragsteller*innen: BAK Feminismus, Sarah Rambatz, Markus Konradi

Quer durch Europa befinden sich die Rechte auf dem Vormarsch. Nationalist*innen, Rassist*innen, Rechtsradikale, Abtreibungsgegner*innen, queer- und frauenfeindliche Akteur*innen ziehen in nationale und regionale Parlamente ein, besetzen öffentliche Plätze und vernetzen sich. Der gesellschaftliche Diskurs verschiebt sich nach rechts.

Lange wurde im Zusammenhang von Rechtspopulismus nur über frauen- und queerfeindliche Rhetorik, sowie Gewalt von rechts außen gesprochen. Frauen und queere Menschen waren und sind Opfer und Zielscheibe von Rechtsradikalen. Mit der »Neuen Rechten« in Europa haben sich die Beziehungsgeflechte allerdings ausdifferenziert. Zunehmend finden sich »geoutete« queere Politiker*innen als Parteiverantwortliche in rechtspopulistischen Bewegungen, die selbst gegen Minderheiten mobilisieren.

Die Spitzenkandidatin der AfD für die Bundestagswahl, Alice Weidel, lebt mit einer Frau zusammen. Das Paar zieht zwei Kinder auf. Die AfD ist offiziell vom durch Alice Weidel personalisierten Pinkwashing natürlich begeistert. Denn eine Spitzenkandidatin wie Alice Weidel suggeriert Toleranz und spricht die LGBTIQ* Wähler*innengemeinschaft an, die ohnehin in den letzten Jahren vermehrt dazu neigt, rechts zu wählen. Frauen und queere Menschen vordergründig in Schutz zu nehmen, gehört zum Prozess der »Entdämonisierung«, den die Partei bei dem gleichzeitigen Schwenk nach Rechts und der Stärkung des Höcke-Flügels schon vor der Bundestagswahl begann. Dieser sollte das von Faschismus geprägte Bild der AfD glätten und ihre Bürgerlichkeit betonen. Die scheinbare Öffnung der Partei dient ihrer gezielten Normalisierung in der politischen Landschaft Deutschlands.

Wie das Beispiel des Front National in Frankreich zeigt, kann dies eine durchaus erfolgreiche Strategie sein. »Das französische Meinungsforschungsinstitut IFOP ermittelte in seine Umfragen einen »konstanten Fortschritt der Nationalen Front unter den homosexuellen WählerInnen«. Mit 16,5 Prozent lag der Anteil der schwulen, lesbischen und bisexuellen Menschen, die den Front National im letzten Herbst unterstützten, um 2 Prozentpunkte höher als der Anteil der gesamten Wähler, so die Untersuchung von IFOP.[1]

Die AfD macht keine LGBTIQ*-Politik

Dem Versuch der »Entdämonisierung« steht allerdings die Programmatik der AfD gegenüber. Die AfD macht keine LGBTIQ*-Politik. Bekämpfung von Homo-, Trans-, Frauen- und Queerfeindlichkeit ist kein Thema für die Partei – nirgends. Ihre Familien-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik ist ein kaum verhüllter Frontalangriff auf Emanzipations- und Gleichstellungserfolge. In ihrem im April beschlossenen Wahlprogramm forderte die Partei, am Ehe-Verbot für homogeschlechtliche Menschen festzuhalten, außerdem lehnte sie die Anerkennung von Regenbogenfamilien ab und empörte sich über Homo-»Propaganda« an Schulen, die Rehabilitierung der nach dem alten Paragraphen 175 verurteilten Männern lehnt sie ab, LGBTIQ*-inkludierende Bildungspläne werden von ihr bekämpft.

In den Schriften der AfD wird »Gender Mainstream« (ein Schirmbegriff, mit dem die AfD alles von einfachen Gleichstellungsmaßnahmen bis hin zu radikal-dekonstruktivistischen Ansätzen der Gendertheorie in einen Topf werfen) wird als »Vergewaltigung der natürlichen Toleranz« bezeichnet, unter deren Flagge »frustrierte Emanzen und linksgrüne Protagonisten« zum Kampf gegen das »männliche Geschlecht« und »gegen die traditionelle Familie aufgerufen« hätten, bezeichnet. Der Kampf der AfD gegen die EU ist auch ein Kampf gegen die Rechte von Frauen, queeren Menschen und Minderheiten, denn die EU spielt mit ihren Vorgaben eine wichtige Rolle bei dem Schutz von LGBTIQ* Personen. Der EU, deren Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands die AfD so sehr ablehnt haben wir z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu verdanken. Auch gehört die (neuerliche) Entrechtung von LGBTIQ* in den bereits nach rechts abgedrifteten EU-Staaten Ungarn und Polen mit zum Repertoire der alltäglichen Politik völkisch-nationalistischer rechter Regierungen – vom Russland Wladimir Putins ganz zu schweigen.

01

02 Diesen Fakten zum Trotz erfreut sich die AfD unter Teilen der queeren Bevölkerung großer Beliebtheit.
03 Die AfD queere Menschen an, die den Allgemeinen Kampf für Minderheitenrechte nicht als den ihren
04 fechten. Sie suggeriert queeren Menschen das »Angebot« durch ein Kollektiv aufgewertet zu werden,
05 welches sie einschließt und vor der Bedrohung von außen, von »den Fremden« schützt und damit
06 Ängste, sowie Bedrohungsszenarien aufbaut. [2]

07

08 Die queeren Menschen, die mit der AfD sympathisieren verorten sich selber als zu der Mitte der Gesell-
09 schaft gehörend. Darum stört es diese zu wenig, dass die AfD schulische Aufklärung über Homo- und
10 Transgeschlechtlichkeit abschaffen will und sie als »Frühsexualisierung« »unserer Kinder« diffamiert.
11 Auch dass die AfD die Geschlechterforschung sowie staatliche Maßnahmen, die auf die Gleichstellung
12 von Mann und Frau zielen (Gender-Mainstreaming), stoppen will, gefällt manchen. Schwule AfD-An-
13 hänger halten Gleichstellungspolitik für einen Angriff auf ihre Privilegien als Männer.

14

15 **Brückenschlag zwischen LGBTIQ* und AfD**

16

17 Die zentrale Motivation für den Brückenschlag zwischen LGBTIQ* und AfD ist das anti-muslimische
18 Ressentiment, Angst vor und Hass gegen Muslim*innen, Geflüchtete, »Fremde«. Die AfD setzt auf
19 eine toxische Drohkulisse aus Gewaltbereitschaft und Religionszugehörigkeit. Die damit verbundene
20 Drohungskulisse ist tagespolitisch austauschbar, je nach Stimmungslage. Einmal müssen Frauen ge-
21 schützt werden, dann sind es queere Menschen, dann wieder die Kinder und dann Jüd*innen.

22

23 Der Erfolg der »Neuen Rechten« scheint dabei nach einer einfachen Formel zu funktionieren. Die
24 Aufwertung »des Eigenen« und die Abwertung »des Fremden«. Aufwertung »des Eigenen« bedeutet
25 konkret in diesem Fall, dass LGBTIQ*- und Frauenfreundlichkeit zu einem Grundwert der Aufklärung
26 und Kernelement der christlich-abendländischen Kultur erhöht wird. Dazu muss aber gleichzeitig ge-
27 gegenwärtige LGBTIQ*- und Frauenfeindlichkeit in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und besonders
28 im christlichen Fundamentalismus klein geredet werden. Abwertung bedeutet hier, dass der Islam als
29 inkompatibel mit der »abendländischen« Gesellschaft aufgebaut und jede*r Muslim*a pauschal unter
30 Verdacht gestellt wird, mit religiösem Fundamentalismus zu sympathisieren und homophob eingestellt
31 zu sein.

32

33 Das Feindbild des Islam spielt wieder in die Abgrenzung zum als Feindbild konstruierten »Establish-
34 ments« hinein. Denn Schuld sei die gegenwärtige Einwanderungs- und Religionspolitik, eine Politik
35 der »falschen Toleranz«, die entweder direkt daran arbeitet das Grundgesetz an die Scharia anzu-
36 passen oder ihr eigenes Versagen zumindest bewusst verschweigen oder schönreden würde – alles
37 auf Kosten der LGBTIQ*, die zu den Opfern »importierter Intoleranz« erklärt werden. »Importierte
38 Intoleranz« muss dabei genauso verstanden werden wie »importierter Antisemitismus«: Der Versuch,
39 die deutsche Mehrheitsgesellschaft von LGBTIQ*- und weiblicher Diskriminierung und -Gewalt freizu-
40 sprechen und stattdessen zu suggerieren, dass diese fast nur noch ausschließlich von (muslimischen)
41 Migrant*innen ausgehe.

42

43 Die vermeintliche Akzeptanz von queeren Menschen in den eigenen Reihen wird als Beweis für die
44 vermeintliche »Überlegenheit des Westens« gegenüber einem als rückständig verunglimpften Islam
45 angeführt. So stilisiert sich diese »Neue Rechte« in Europa nicht nur als offen und inklusiv, sondern
46 vor allem als letzte Verteidiger*in von »westlichen Werten« und so als Bewahrer*in von Rechten und
47 Freiheiten, die sich LGBTIQ* und Frauen hier erst erkämpfen mussten. Mit islamfeindlicher und ras-
48 sistischer Rhetorik werden Muslim*innen und Immigrant*innen zur Gefahr für diese Freiheit erklärt.
49 Dabei werden muslimische und/oder migrantische queere Menschen, queerfeindliche Gewalt durch
50 weiße, nichtmuslimische Deutsche, strukturelle Diskriminierung gegen queere Menschen und Frauen
51 (zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt) oder staatliche Gewalt (ungleiche Rechte) ausgeblendet.

52

53 Auch in der Community sind in den letzten Jahren neue Hassobjekte und Feindbilder entstanden, die
54 besonders im Netz zum Ausdruck kommen: Anti-muslimische Ressentiments innerhalb der LGBTIQ*
55 Communities sind deutlich erkennbar. Auch hier gilt: nur weil eine*r diskriminiert ist, kämpft eine*r
56 nicht automatisch für die Rechte von anderen diskriminierten Gruppen.

57

Queere Menschen sind eine der Minderheiten, deren lang erkämpften Ansätze gesellschaftlicher Gleichberechtigung gegenwärtig zur Disposition gestellt werden – von eben auch von jenen Kräften, die vorgeben, uns vor den »grünlinken Männerhasser*innen«, dem »Genderwahn der EU« und »der Einführung der Scharia« beschützen zu wollen. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen: durch die gesellschaftliche Rechtsentwicklung sind sämtliche emanzipatorischen Errungenschaften dieser Gesellschaft in Gefahr!

Queere Emanzipation geht nur gesamtgesellschaftlich

Politiker*innen der AfD behaupten, dass Queer- und Frauenfeindlichkeit nur von zugewanderten Muslim*innen ausgeht, also von »außen« kommt. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft hingegen sei längst darüber hinweg. Die Muslim*innen stören nach dieser Erzählung, die einem Märchen der Gebrüder Grimm gleicht, den Frieden der aufgeklärten, toleranten Deutschen. Die AfD instrumentalisiert LGBTIQ*feindliche Übergriffe entsprechend. Dass Hass auf LGBTIQ* in Wahrheit tief in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert ist wird dabei ausgeblendet und verleumdet.

Rechtspopulismus instrumentalisiert die Opfer LGBTIQ*- und frauenfeindlicher Gewalt, um anti-emanzipatorische Positionen salonfähig zu machen. Queere Rechtspopulist*innen sind keineswegs »masochistische« oder »in die Irre geführten Mitläufer*innen«, sondern eigenständig handelnde politische Akteur*innen.

Das Staunen, besondere von Heterosexuellen darüber, dass queere Politiker*innen wie Alice Weidel für die AfD kämpfen beweist zwei Dinge: Erstens, das auch linke Heteros nicht akzeptieren wollen, das queere Menschen ebenso Menschen wie sie selbst sind und darum auch als Angehörige einer sexuellen und/oder geschlechtlichen Minderheit ebenso reaktionär sein können wie Teile der Mehrheitsgesellschaft. Und zum anderen, das das Thematisieren der sexuellen Orientierung z.B. von Alice Weidel in Zusammenhang mit ihrer politischen Einstellung ein Akt der Diskriminierung darstellt. Wir möchte mal Heteros sehen, wenn in Zeitungen stehen würde »Angela Merkel: Heterosexuell, und trotzdem CDU-Frontfrau.«.

Ganz schnell würden wir erfahren, das die heterosexuelle Veranlagung der Bundeskanzlerin nichts mit ihren Politischen Entscheidungen zu tun hat. Bei Alice Weidel hingegen sind Zeitungsüberschriften wie »Alice Weidel: Lesbisch, und trotzdem AfD-Frontfrau« [3] bis tief in die Politische Linke hinein akzeptiert. Wir können uns oftmals des Eindrucks nicht erwehren, das unter antifaschistischen Vorzeichen Homophobie toleriert und Heterosexismus an den Tag gelegt wird. Für uns steht fest, queere Menschen sind keine Heiligen und nicht qua sexueller Orientierung oder aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität frei von diskriminierendem Verhalten. Darüber müssen wir uns klar sein und queere Rechtspopulist*innen als das bekämpfen was sie sind: Rechtspopulist*innen!

Für uns gilt, das Emanzipation niemals auf dem Rücken anderer Minderheiten erfolgen kann und wird. Wir müssen eine intersektionale Perspektive entwickeln und entsprechend politisch agieren. Progressive Gleichstellungspolitik muss sich notwendigerweise, neben den Kampf gegen die ökonomischen Verhältnisse auch gegen Sexismus und antimuslimisches Ressentiment positionieren. Emanzipation, einschließlich queerer Emanzipation, geht nur gesamtgesellschaftlich.

»Für uns LGBTIQ* heißt das: den Kampf gegen Homo- und Transphobie in die ganze Gesellschaft zu tragen und klarer zu begreifen, wie eng er mit Themen wie Rassismus, Sexismus und Xenophobie verknüpft ist. Die freie Gesellschaft verteidigen, heißt: sie stets neu erkämpfen, sie ausbauen, sie weiter entwickeln. Denn eines ist sicher, wir werden alle verlieren, wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen.«[4]

Was folgt daraus?

Ersteinmal viele Fragen, die wir diskutieren und beantworten müssen um eine Perspektive des queer- und feministischen Kampfes gegen Rechts zu entwickeln wird die linksjugend [solid] in im Jahr 2018 eine Veranstaltung zu dem »Pinkwashing der AfD« durch.

01 Dabei sollen zwei Fragen im Vordergrund stehen zum einen die »Wie organisieren wir uns gegen den
02 Rechtsruck?« und wie können wir emanzipatorische Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Kräften
03 eingehen, um unsere Vision von gelebtem Anti-Rassismus, Feminismus und sexueller Emanzipation
04 gegen die Konterrevolution der Rechten zu verteidigen? Zum anderen die nach der Perspektive Eman-
05 zipation. Emanzipation kann und wird niemals auf dem Rücken anderer Minderheiten erfolgen können.
06 Wir müssen eine intersektionale Perspektive entwickeln und entsprechend politisch agieren. Progres-
07 sive Gleichstellungspolitik muss sich notwendigerweise auch gegen Sexismus und antimuslimisches
08 Ressentiment positionieren. Emanzipation geht nur gesamtgesellschaftlich. Feministische Errungen-
09 schaften und die Sicherheit von Frauen und LGBTIQ* müssen gleichermaßen gegen die europäische
10 Rechte als auch gegen Islamismus verteidigt werden. Wer glaubt, die AfD oder andere Rechte wahren
11 Verbündete im Kampf für LGBTIQ*- und Frauenrechte, der irrt sich gewaltig.

12
13

14 [1] ‚Pinkwashing‘ populism: Gay voters embrace French far-right [http://www.dailymail.co.uk/wires/ap/artic-
15 le-4390336/Pinkwashing-populism-Gay-voters-embrace-French-far-right.html](http://www.dailymail.co.uk/wires/ap/article-4390336/Pinkwashing-populism-Gay-voters-embrace-French-far-right.html)

16 [2] Warum wählen Schwule und Lesben die AfD? [https://www.freitag.de/autoren/juloeffl/warum-waehlen-
17 schwule-und-lesben-die-afd](https://www.freitag.de/autoren/juloeffl/warum-waehlen-schwule-und-lesben-die-afd)

18 [3] Alice Weidel: Lesbisch, und trotzdem AfD-Frontfrau, [https://www.merkur.de/politik/afd-frau-alice-wei-
19 del-lesbisch-aber-fuer-traditionelle-familienbild-zr-8635881.html](https://www.merkur.de/politik/afd-frau-alice-weidel-lesbisch-aber-fuer-traditionelle-familienbild-zr-8635881.html)

20 [4] Nach der Bundestagswahl – Wie geht es weiter? [https://www.l-mag.de/news-1010/wahlergebnis-
21 se-2017-fuer-lgbt.html](https://www.l-mag.de/news-1010/wahlergebnisse-2017-fuer-lgbt.html)

22
23

24 **Begründung:**
25 Erfolgt mündlich.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57



A25 Antrag Bundeskongress: Barrierefreie Sprache in der Linksjugend. Und in der Partei DIE LINKE.

Sonderantrag

Antragsstellende: Natalie Prautsch (LV Sachsen), Marie Wendland (LV Sachsen)

Antragsstellende: Natalie Prautsch (LV Sachsen), Marie Wendland (LV Sachsen)

Antragstitel: Barrierefreie Sprache in der Linksjugend. Und in der Partei DIE LINKE.

Antrag:

Wir finden:

Alle sollen an Politik teilhaben können.

Barrieren machen das oft schwer.

Eine Barriere ist Sprache.

Barrieren können in Texten sein.

Und in Diskussionen.

Barrieren können sein:

- lange Sätze
- schwierige Wörter
- viele Aussagen in einem Satz
- keine Aussagen in einem Satz
- schwierige Zitate
- zu lange Texte

Texte und Diskussionen sind deswegen manchmal schwer zu verstehen.

Auch bei der Linksjugend.

Und bei der Partei DIE LINKE.

Das wollen wir ändern.

Deswegen fordern wir:

Für die Linksjugend:

- alle Anträge an den Bundes-Kongress sollen in Leichter Sprache gestellt werden*
- alle politischen Programme sollen in Leichter Sprache sein*
- politische Diskussionen sollen in Leichter Sprache sein
- Die Finanzordnung soll in Leichter Sprache übersetzt werden**
- Die Geschäftsordnung soll in Leichter Sprache übersetzt werden**
- Die Wahlordnung soll in Leichter Sprache übersetzt werden**
- Die Satzung soll in Leichter Sprache übersetzt werden**
- Es soll ein Bundes-Arbeits-Kreis für Leichte Sprache gegründet werden

Für die Partei DIE LINKE

- Bei DIE LINKE sollen Anträge in Leichter Sprache gestellt werden*
- politische Diskussionen sollen in Leichter Sprache sein.
- das soll auf dem Bundes-Partei-Tag angesprochen werden
- dazu soll die Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE angefragt werden
Sie soll uns unterstützen

Wir wollen:

alle sollen Politik verstehen können.

alle sollen daran teilhaben können.

Leichte Sprache hilft dabei.

* Leichte Sprache muss von einer Prüfgruppe geprüft werden.

Das kostet Geld.

Und benötigt Zeit.

Zeit und Geld sind nicht immer da.

Wir versuchen Leichte Sprache zu nutzen.

Auch wenn es nicht geprüft wird.

Leichte Sprache hilft allen Menschen.

**

Die Texte sind da.

Sie können von einem Übersetzungs-Büro übersetzt werden.

Eine Prüfgruppe kann die Texte in Leichter Sprache prüfen.

Das kostet Geld.

Leichte Sprache hilft allen Menschen.

Begründung:

Barrieren gibt es viele.

Zum Beispiel Treppen können Barrieren sein.

Oder enge Gänge im Supermarkt.

Aber auch Texte haben Barrieren.

Auch Diskussionen können eine Barriere sein.

Sie sind manchmal schwer zu verstehen.

Nicht alle können komplizierte Texte und Diskussionen verstehen.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Lern-Behinderung
- Menschen mit geistiger Behinderung
- Menschen die nicht gut Deutsch verstehen

- Menschen die keine komplizierten Texte mögen
- Menschen die neu in der Linksjugend sind
- Menschen die neu in der Partei DIE LINKE sind

Diese Menschen gibt es in der Linksjugend.
Und in der Partei DIE LINKE.

Leichte Sprache hilft Menschen komplizierte Texte zu verstehen.

Was ist Leichte Sprache?

Für die Leichte Sprache gibt es Regeln.
Diese Regeln haben Menschen mit Behinderung entwickelt.

Zum Beispiel:

Es werden kurze Sätze verwendet.

Jeder Satz hat eine Aussage.

Es gibt keine Fach-Wörter.

Lange Wörter werden mit einem Binde-Strich getrennt.

Komplizierte Wörter werden erklärt.

Bilder helfen den Text zu verstehen.

Das Netzwerk Leichte Sprache hat die Regeln aufgeschrieben.

Du findest sie hier: http://www.leichte-sprache.de/dokumente/upload/21dba_regeln_fuer_leichte_sprache.pdf

Auch andere Internet-Seiten haben Infos zu Leichter Sprache.

Die Texte werden von einer Prüfgruppe geprüft.

Die Prüfgruppe sagt:

Das ist Leichte Sprache.

Wir haben das überprüft.

Dann ist der Text in geprüfter Leichter Sprache.

Wir brauchen Leichte Sprache in der Linksjugend

In der Linksjugend gibt es viele Menschen die Leichte Sprache brauchen.

Die Schwere Sprache ist für sie eine Barriere.

Sie verstehen die Finanzordnung schwer.

Sie verstehen die Geschäftsordnung schwer.

Sie verstehen die Wahlordnung schwer.

Sie verstehen die Satzung schwer.

Sie verstehen Anträge schwer.

Sie verstehen Diskussionen schwer.

**Vielleicht fühlen sie sich deswegen ausgegrenzt.
Oder wollen nichts Falsches sagen.**

**Jede Person soll politische Texte verstehen können.
Dabei hilft ihnen Leichte Sprache.**

**Menschen mit einer geistigen Behinderung haben ein Recht darauf.
Dies steht in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention. Es steht im Artikel 29.
Dieser sagt, dass jeder Mensch mit Behinderung in der Politik mitmachen darf.**

**Manche Sachen sind in der Politik schwer zu verstehen.
Leichte Sprache hilft Politik zu verstehen.**

**Die Linksjugend steht für Inklusion.
Die LINKE steht für Inklusion.
Inklusion bedeutet:**

- ALLE können teilhaben
- niemand wird ausgeschlossen
- bedeutet Vielfalt.

**Durch Leichte Sprache können mehr Menschen bei der Linksjugend mitmachen.
Auch bei der Partei DIE LINKE.
Wir finden: alle sollen mitmachen können.
Leichte Sprache verstehen alle - schwere Sprache verstehen nicht alle.**

Warum brauchen wir einen Bundes-Arbeits-Kreis Leichte Sprache?

**Beim Bundes-Arbeits-Kreis Leichte Sprache treffen sich Menschen.
Menschen aus der Linksjugend.
Diese interessieren sich für Leichte Sprache.
Oder brauchen sie selbst.
Weil sie Deutsch lernen.
Oder eine Behinderung haben.
Oder Texte schwer verstehen.
Dieser soll mit der Inklusionsbeauftragten der Partei DIE LINKE zusammenarbeiten.**

**Sie helfen der Linksjugend.
Und der Partei DIE LINKE.
Sie helfen Texte einfacher zu machen.
Und schreiben Informations-Material für Leichte Sprache in der Politik.
Damit alle daran teilhaben können**

Der Bundes-Arbeits-Kreis ist ein Ansprechpartner.

Menschen aus der Links-jugend und Partei DIE LINKE können ihn Fragen.

Das sind unsere Ideen für den Bundes-Arbeits-Kreis.
Vielleicht möchten die Menschen andere Sachen machen.

Der Bundes-Arbeits-Kreis soll auf das Thema Inklusion aufmerksam machen.

Denn wir wollen mehr Inklusion in der Linksjugend.
Und in der Partei DIE LINKE

Quellen:

http://www.leichte-sprache.de/dokumente/upload/21dba_regeln_fuer_leichte_sprache.pdf

<https://www.behindertenrechtskonvention.info/teilhabe-am-politischen-und-oeffentlichen-leben-3934/>

* so nah wie dran

** echte geprüfte LS

A26 ‚Internationaler Kurdistankongress – Feminismus, Ökologie, Sozialismus neu denken!‘ unterstützen

Projektantrag

01 **Antragsteller*innen: Mathilda Emily Rademacher, Nikolai Dehdarian**

02

03 Linksjugend [,solid] möge den Internationalen Kurdistankongress, der im Herbst diesen
04 Jahres an der TU Berlin stattfindet mit 5.000 Euro unterstützen und folgenden Aufruf
05 unterzeichnen:

06

07 Seit 2013 wird im nördlichen Teil Syriens ein Gesellschaftsmodell etabliert, das auf Feminismus,
08 Ökologie, Sozialismus und demokratischem Konföderalismus basiert. Kurd*innen, Jesid*innen,
09 Araber*innen, Assyrer*innen und andere Minderheiten leben hier friedlich zusammen. International
10 bekannt wurden die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ, die in Kobane erfolgreich
11 Widerstand gegen den IS leisteten, und danach eine maßgebliche Rolle dabei spielten diesen zurück-
12 zudrängen und schließlich dessen „Hauptstadt“ Raqqa zu befreien. Jetzt, wo eine politische Lösung
13 des Konfliktes in Syrien immer näher rückte, startete die Türkei einen Angriff auf die demokratischen
14 Kräfte in Nordsyrien. Und das auch mit deutschen Waffen. Der Krieg wird damit neu angeheizt und
15 hunderttausende Menschen, die aus der Region stammen oder dort Zuflucht gefunden haben, sind
16 nun gefährdet.

17

18 Nachdem die USA jahrelang einen sinnlosen Krieg in Vietnam geführt hatten, haben 1968
19 Studierende an der TU Berlin einen Internationalen Vietnamkongress organisiert, um für eine Beendi-
20 gung des Krieges zu demonstrieren. Über 5.000 Teilnehmer*innen und Delegationen aus der ganzen
21 Welt nahmen daran teil.

22

23 Wir wollen an das Erbe von 1968 anknüpfen und diesmal unsere Solidarität mit den Kurd*innen zei-
24 gen, die als Minderheit im Nahen Osten seit langer Zeit Unterdrückung erleben. Sie werden nun wie-
25 der Zielscheibe eines weiteren Krieges, der von (Groß)Mächten forciert wird. Ihr Widerstand verdient
26 unsere Unterstützung mehr denn je.

27

28 Der Angriff auf die Revolution in Nordsyrien ist allerdings nicht nur ein Angriff auf die
29 Kurd*innen, sondern er ist ein Angriff auf alle fortschrittlichen Kräfte in der Region und weltweit. Denn
30 die dortige Revolution hat nicht nur den Anspruch das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethni-
31 en zu garantieren, sondern feministische, ökologische und sozialistische Ideale umzusetzen.

32

33 Der Internationale Kurdistankongress hat zum Ziel diese Ideale und deren Umsetzung in den
34 verschiedenen Teilen Kurdistans zu untersuchen und bekannt zu machen. Er will darüber hinaus eine
35 internationale Vernetzung feministischer, ökologischer und sozialistischer Bewegungen ermöglichen.
36 Da wir die fortschrittlichen Kräfte in Kurdistan nicht als isoliert betrachten, wird sich der Blick auch auf
37 die Kämpfe hier in Europa und weltweit richten.

38

39 **Begründung:**

40 Die Demokratische Konföderation Nordsyrien und der Kanton Afrin sind in den
41 letzten Jahren und Monaten zu Widerstandssymbolen gegen den globalen Kapitalismus geworden.
42 Viele Mitglieder, Basisgruppen, Landesverbände und der Bundesverband von Linksjugend [,solid] be-
43 teiligen sich an lokalen und bundesweiten Unterstützungsaktionen. Die Befreiung der Frau, der de-
44 mokratische Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, das ökologische Denken und die Emanzipation
45 der Kurd*innen von Unterdrückung und Krieg inspirieren uns. Alle Angriffe auf dieses fortschrittliche
46 Projekt - ob durch den IS, die Türkei oder andere Mächte - machen uns wütend und wir stehen da-
47 mit nicht allein. Der Internationale Kurdistankongress soll Bewegungen in Europa zusammenführen
48 und noch mehr Unterstützung für die Revolution in Rojava und Nordsyrien erreichen. Genoss*innen
49 von Linksjugend [,solid] beteiligen sich von Beginn an an den Planungen. Bei dem Kongress werden
50 1.000 Teilnehmer*innen erwartet und ca. 35 Referent*innen sprechen. Die Kosten belaufen sich auf
ca. 40.000 Euro, die durch Spenden und Unterstützungsaktionen erreicht werden sollen. Der Kongress

bietet auch die Möglichkeit für Teilnehmer*innen von anderen internationalen Bewegungen und Erfahrungen zu lernen. Als größter linker Jugendverband in Deutschland möge Linksjugend [solid] das Vorhaben deshalb ideell und finanziell unterstützen.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A27 Abschiebung konsequent entgegen stehen! – Widerstand 31 Mai supporten!

Antragsteller*innen: BG Nürnberg

01 Die Linksjugend solid' möge beschliessen dem Bündnis Widerstand 31 Mai einen Spendenbeitrag von
02 2000 Euro zu überweisen.
03 Die Delegierten zum Bundesparteitag der Linken verpflichten sich selbigen, oder in höher dotierten,
04 Antrag ein zu bringen.

05
06

07 **Begründung:**

08 Am 31. Mai 2017 rief in Nürnberg die versuchte Abschiebung des afghanischen Berufsschüler Asef
09 Proteste von Seiten der Mitschüler*innen, Teilen des Lehrkörpers und weiterer, sich solidarischer
10 Menschen hervor. Insgesamt ca. 300 Menschen blockierten Fahrzeuge der Polizei, worauf diese mit
11 massiver Gewalt und Repression reagierte. Mittlerweile laufen viele Prozesse, die Anwalts- und Ge-
12 richtskosten für die Aktivist*Innen erzeugen.

13

14 Das Bündnis Widerstand 31. Mai bildete sich als Reaktion auf diese rechtlichen und finanziellen Re-
15 pressionsmassnahmen gegen einzelne Personen im Nachgang zu diesen Geschehnissen. Die Betroffen-
16 en und Zuwiderhandelnden der Polizeigewalt soll ein unterstützendes Umfeld, sowie die Möglichkeit
17 ihre Prozesse kämpferisch zu gestalten zu Teil werden.

18

19 Im Hintergrunde des Bündnis steht die radikale Einsicht, dass jede Abschiebung eine zu viel ist, und
20 das unsere Solidarität all jenen zu gelten hat, die blockiert haben, was wir alle ablehnen.

21

22

23 Mit dem Inkrafttreten der verschärften Paragraphen 113 (Widerstand) und 114 (tätlicher Angriff), noch
24 vor dem 31 Mai, komme diese jetzt erstmalig bei den betreffenden Prozessen in Benutzung und er-
25 zeugen ein bedrohliches Klima der Kriminalisierung von Widerstand.

26 Diese Präzedenzfälle werden bei mangelnder Unterstützung zu abschreckenden Beispielen, sich gegen
27 Polizeigewalt zur Wehr zu setzen.

28 Reibungslose, im Hinterzimmer ablaufende Verurteilungen werden die zukünftigen Perspektiven wi-
29 derständischer Praxis prägen und eine Grundstimmung der problemlosen Abfertigung subversiver
30 Praxis schaffen.

31

32 Deshalb muss den Betroffenen der nötige Rückhalt gegeben werden, für eine offensive Prozessführung
33 ohne Angst.

34

35 Gegen jegliche Form von Einschüchterungsversuch von Seiten Staat und Polizei.

36

37 Keine Alleinstellung der Aktivist*Innen des 31. Mai vor den juristischen Repressalien und den erstma-
38 ligen Anwendungen der Paragraphen 113 und 114.

39

40 Kein Präzedenzfall für die Isolierung linker Akteur*Innen.

41

42 Solidarität mit dem Widerstand gegen Abschiebung.

43

44

45

46

47

48

49

50

A28 Polizeigesetzverschärfungen kontern - Aktivist*Innen ausbilden!

Projektantrag

Antragsteller*in: Landesverband Bayern , BG Nürnberg

Bundesverband möge beschliessen eine Veranstaltungsreihe in Nürnberg, bestehend aus einem Samstag im Mai zum Thema Aktionismus und Antirepression und einem Wochenendseminar im Juni zum Thema Prozessführung, mit 700€ zu bezuschussen und bayernweit Fahrtkosten zu erstatten.

Begründung:

Das politische Klima im deutschen Süden zieht über uns zu. Im Eilverfahren werden Änderungen am Polizeigesetz praktisch ohne Gegenwehr durch den bayrischen Landtag gebracht. Jurist*Innen sprechen vom härtesten Polizeigesetz seit 1945.

Mit dem Inkrafttreten der verschärften Paragraphen 113 (Widerstand) und 114 (tätlicher Angriff), macht sich eine bedrohliche Atmosphäre der Kriminalisierung von Widerstand breit.

Laufende Verurteilungen in Bayern nach neuster Gesetzgebung schaffen eine Grundstimmung der Abschreckung und der Resignation innerhalb der schrumpfenden Aktivist*Innen, die noch gewillt sind ihr bürgerliches Leben für widerständische Praxis zu gefährden.

Wir möchten der Repression subversiver Perspektiven Konzepte der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung im Umgang mit Staat und Polizei entgegen setzen.

Dem Süden, und allen anderen, die von einer aktionistischen Kompetenz wie in Hamburg oder Berlin nur träumen können, sollen Werkzeuge in die Hand gegeben werden praktische Potentiale aus zu leben, ohne in der Unsicherheit zu versinken vom juristischen Apparat erschlagen zu werden.

Mit Aufklärung über Taktik und Funktionsweisen von Widerstand möchten wir gemeinsam den Rahmen unserer Möglichkeiten abstecken und lernen uns selbstsicher der Repressionsmaschinerie entgegen zu stellen.

Für das Eintagesseminar am Samstag zum Thema „Aktionismus und Antirepression“ ist hierzu ein Demonstrations- und Blockadetraining geplant, ergänzt durch eine Aufarbeitung der rechtlichen Grundlagen und Folgen in Form einer Juraeinführung.

Es folgt ausserdem eine Anleitung an das Konzept der „Vermögensoffenbarung“ als Mittel gegen finanziellen Druck.

Für das Wochenendseminar mit eingeplanten Übernachtungen ist das Thema „Prozessführung-Von der Festnahme bis zur letzten Instanz“ in dem wir Gesetzestexte und auslegende Gesetzeskommentare behandeln, Aktenbeispiele einsehen und Prozessrollenspiele mit realen Akten durchführen. Im Rahmen dessen planen wir zudem ein Konzert am Samstagabend und ein Cryptocafe des LAK IT Bayern, indem ihr die Chance habt safer communication zu lernen und eure Geräte zu verschlüsseln.

Wir werden nicht schweigend dulden wie Kontrollmechanismen und Überwachung ausgebaut wird.

Gegen die polizeiliche und staatliche Einschüchterungsversuche praktisch angehen.

Trotz alledem, und jetzt erst recht!

A29 Gemeinsam kämpfen: Kein „Weiter so“ mit Niedriglöhnen und Sozialabbau! Zurückschlagen gegen die unsoziale Politik der Merkel-Regierung!

01 Projektantrag

02

03 Antragstellerin: BAK Revolutionäre Linke

04

05 Nach Hartz IV und anderen „Reformen“ unter Rot-Grün und der Rente mit 67 kam es nur zu wenigen
06 verallgemeinerten Angriffen auf den Lebensstandard breiter Massen. Trotzdem ist es in einigen Sekto-
07 ren der lohnabhängigen Bevölkerung schrittweise zu deutlichen Verschlechterungen gekommen.

08

09 Die Liste der sozialen Missstände in Deutschland ist lang:

10

11 Nach einer schleichenden Deindustrialisierung in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen ist die
12 Arbeitslosigkeit in vielen Gebieten sehr hoch

13 Nur 30 Prozent von Unternehmen sind heute noch tarifgebunden, die Löhne aller Beschäftigten ohne
14 Tarifbindung sinken

15 2,7 Millionen Beschäftigte werden unter Mindestlohn bezahlt – darunter viele Jugendliche

16 Viele soziale Dienste wie Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen wurden privatisiert und haben den
17 heutigen Pflegenotstand durch Kürzungen mitverursacht

18 Eine Reichensteuer gibt es nicht, und die Politik der Schwarzen Null verhindert weitergehende soziale
19 Verbesserungen, wie eine Ausfinanzierung von Kitas und Gesundheitssystem, Renten oder sozialer

20 Arbeit

21 Mit Angriffen wie dem Tarifeinheitsgesetz wurde versucht, kämpferische Gewerkschaftsarbeit weiter
22 zurückzudrängen

23 Die gesetzliche Rentenversicherung wird Schritt für Schritt zugunsten privater Modelle zerstört

24 Ein großer Teil der Rentnerinnen und Rentner lebt in Armut – gerade Frauen erhalten im Schnitt noch-
25 mal die Hälfte weniger Rente als Männer!

26 Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt heute dauerhaft in Armut

27 ...

28

29 Während fünfzehn Menschen in Deutschland jeweils mehr als zehn Milliarden Euro Privatvermögen ha-
30 ben, sind zwölf Millionen Menschen arm. Während die Superreichen weltweit letztes Jahr ihr Vermögen
31 um 18 Prozent erhöht haben, sind die Armen und abhängig Beschäftigten die Verlierer der aktuellen
32 Entwicklung.

33

34 Um davon abzulenken und gemeinsamen Widerstand zu erschweren, schüren die Herrschenden ras-
35 sistischen und sexistischen Hass, oder auch Diskriminierung gegen Religion oder sexuelle Orientie-
36 rung. So wollen sie uns gegeneinander aufbringen und für ihre Politik von Rassismus, Ausbeutung und
37 Krieg fit machen, statt die Grenze zwischen oben und unten zu ziehen.

38

39 Auch die kommende Bundesregierung stellt sich gegen Arme und arbeitende Leute in diesem Land!

40

41 Wenn man sich das Leben der meisten Menschen in Deutschland heute ansieht, ist auch die neue Bun-
42 desregierung nur ein schlechter Witz! Im Amt, das in der Merkelregierung anscheinend scherzhaft als
43 „Gesundheitsminister“ bezeichnet wird, behauptet Jens Spahn „Hartz IV ist nicht Armut“, schlägt eine
44 weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung für Pflegekräfte vor und steht für eine weitere Kriminalisierung
45 von Abtreibungen. Olaf Scholz holt einen Goldman-Sachs Mitarbeiter als Staatssekretär ins Finanzmi-
46 nisterium, Außenminister Heiko Maas verweigert sich der klaren Kritik an seinem Militärpartner Türkei
47 für den Angriffskrieg auf Afrin, Kriegsministerin von der Leyen wirbt fleißig für noch mehr Aufrüstung
48 und Krieg und Horst Seehofer bewirft Muslime und Muslima in Deutschland mit seinem rassistischen
49 Schmutz.

50

In einer Welt, in der „Politik“ immer nur heißt, dass die da oben sich bereichern, während Armut, Ausbeutung und Krieg herrschen, wollen wir nicht leben! Statt die Interessen privater Profite zu verteidigen, wie es die etablierten Parteien tun, wollen wir Widerstand aufbauen und an der Seite der Werktätigen, Arbeitslosen, Alten und Jugend kämpfen!

Ran an die soziale Frage

Noch wissen wir nicht genau, an welchen Themen sich im nächsten Jahr Widerstand entzündet. Wir sind an einer breiten Vielfalt von Themen aktiv: sei es der Widerstand gegen die deutsche Außenpolitik, gegen verschärfte Polizeigesetze, gegen die Repressionen gegen die kurdische Bewegung, die Zerstörung unserer Umwelt, feministische Proteste wie gegen den §219a und gegen sexualisierte Gewalt, der Kampf gegen Rechts, für gutes Wohnen und vieles mehr. Das tun wir mit der Perspektive, am Aufbau einer starken Arbeiterbewegung mitzuwirken. Dabei ist es wichtig, dass wir es schaffen, eine einende Kraft in der Arbeiterbewegung zu sein und unsere Gemeinsamkeiten als Klasse in unseren Kämpfen nach vorne zu stellen. Viele davon liegen in der sozialen Frage, in unseren gemeinsamen Interessen gegen die Politik für „die da oben“. Eine solche Orientierung wird uns dabei helfen, Spaltung und Diskriminierung zurückzudrängen und gleichzeitig den Widerstand gegen die herrschende Politik zu stärken.

Deshalb nehmen wir uns vor, soziale Themen stärker in unsere Arbeit aufzunehmen und klar zu machen: Die Interessen von Auszubildenden, Erwerbslosen und Beschäftigten sind unsere Interessen.

Wir unterstützen deshalb die Bewegungen und Streiks an den Krankenhäusern gegen Personalnotstand und fordern bessere Vergütung und eine bessere Qualität der Ausbildung im Pflegebereich! Privatisierte Krankenhäuser müssen sofort rekommunalisiert werden und deutlich mehr Ausbildungsplätze anbieten!

Wir erstellen ein Flugblatt / Kopiervorlage, das/die zum 1. Mai aber auch darüber hinaus auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen, vor Berufsschulen, bei Streiks und Demonstrationen eingesetzt werden kann, sich positiv auf die letzten gewerkschaftlichen Kämpfe wie im Metallbereich bezieht und folgende Forderungen in den Mittelpunkt stellt:

Ein Ausbildungsgehalt von mindestens 1.400 € brutto!

Wir brauchen eine garantierte, unbefristete Übernahme per Gesetz!

Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Die sofortige Abschaffung von Leih- und Zeitarbeit

Weg mit Hartz IV! Für eine soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 1050 Euro – ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen!

Einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro ohne Ausnahmen!

Kein Zwang zur Schwarzarbeit: Arbeitsrecht für alle!

Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit! Deutliche Lohnerhöhungen in frauendominierten Berufszweigen! Gleichheit auch bei der Rente!

Für eine Reichensteuer von 75 % ab Einkommen von 1 Million und eine sofortige Vermögensabgabe von 10% ab 1 Million Euro

Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaftskomitees und die arbeitende Bevölkerung!

Basisgruppen der Linksjugend beteiligen sich nach Möglichkeit an der Seite der Gewerkschaftsjugendlichen am 1. Mai. Wir unterstützen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihrer Tarifrunde, bei der zum Beispiel 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung gefordert wird.

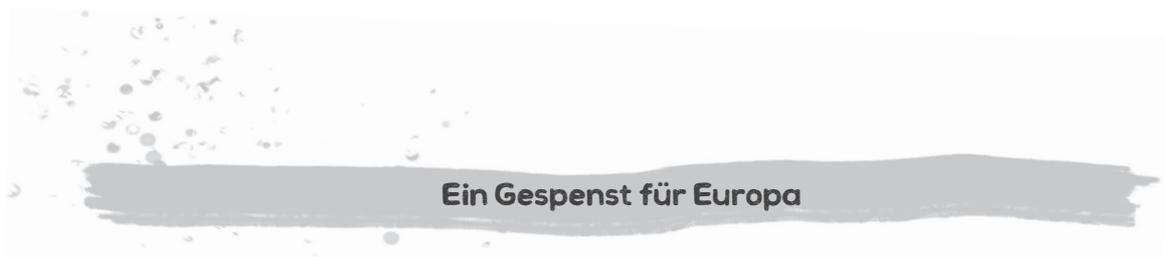
In Orten, an denen Rechte sich in Betriebsräten breitmachen wollen, organisieren wir nach Möglichkeit Aktionen vor den Betrieben und versuchen Kontakte zu den Belegschaften zu knüpfen.

Begründung:

Dieser Antrag beabsichtigt nicht eine alleinige Festlegung auf gewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Im Gegenteil: es geht darum, dass Klassenfragen, die soziale Frage und Fragen der Diskrimi-

01 nierung untrennbar zusammengehören. Im nächsten Jahr wollen wir in unserer Arbeit einen starken
02 Fokus auf die soziale Frage legen und die aktive Beteiligung unserer Kräfte in wichtigen Klassenausei-
03 nandersetzung (wie in den Krankenhäusern) fördern.
04 Und bei gewerkschaftlichen Kämpfen tut sich wieder mehr. 2018 gab es jetzt bereits so viele Streik-
05 tage, wie im ganzen Jahr 2017. Die (noch viel zu bescheidenen) Lohnerhöhungen im Metall- und
06 Elektrobereich, die Debatte um Arbeitszeitverkürzung oder die Proteste gegen Werkschließungen bei
07 Siemens zeigen trotz aller Grenzen, dass man durch Kämpfe etwas verändern kann.

08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57



A30 Solidarische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität

Positionierungsantrag

Antragssteller*in: BAK Umpflügen

Der Bundeskongress von linksjugend ['solid] möge beschließen: 01
02

Die linksjugend ['solid] spricht sich für Projekte der solidarischen Landwirtschaft und somit gleich- 03
zeitig für regionale Produkte aus. Die „Solidarische Landwirtschaft“ ist ein Netzwerk unter welchem 04
deutschlandweit verschiedene Projekte laufen. Diese sind gemeinschaftlich organisierte und ökologi- 05
sche Landwirtschaften und funktionieren wie Genoss*innenschaften. Die Lebensmittel werden nicht 06
über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen organisierten Wirtschaftskreislauf, wel- 07
cher von den Teilnehmer*innen finanziert wird. Die Vorteile solcher Landwirtschaften liegen in der 08
Erhaltung der natürlichen Vielfalt, der Regionalität und der Gemeinschaft. Außerdem wird durch die 09
festen Teilnehmer*innen die Existenz der dort arbeitenden Menschen sichergestellt. 10

Die Kommunen sollten verpflichtet werden, Freiflächen für bezahlbare Preise zur Verfügung zu stellen, 11
um Gärtnern vor Ort zu ermöglichen. Hierfür sind Förderprogramme (ähnlich derer für Start-Up Un- 12
ternehmen) und Subventionen von staatlicher Seite notwendig. 13
14

Begründung:

 15

Unser Ziel als linksjugend ['solid] ist ein Alltag, in dem anders produziert wird. Somit sollten wir uns 16
für die genoss*innenschaftlich organisierten solidarischen Landwirtschaften aussprechen. Mit der Un- 17
terstützung von regionalen, saisonalen und ökologisch angebauten Lebensmitteln leisten wir außer- 18
dem einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigen Entwicklung. 19

Wir rufen alle dazu auf, sich bei solchen Projekten einzubringen und dafür zu sorgen, dass alternative 20
Wirtschaftsgemeinschaften publik gemacht werden. 21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

A31 Keine Finanzierung von tierischen Produkten – ökologische, regionale und saisonale Lebensmittel bevorzugen!

Projektantrag

Antragsteller*in: BAK Umpflügen

01

02 Der Bundeskongress möge beschließen, dass linksjugend [,solid] in Zukunft keine tierischen Produkte
03 mehr finanziert. Dies schließt die Verpflegung für Teilnehmer*innen von Veranstaltungen ein. Jeder*m
04 Teilnehmer*in von Veranstaltungen bleibt es selbstverständlich weiterhin freigestellt tierische Pro-
05 dukte zu Verbandsveranstaltungen mitzubringen und zu konsumieren. Darüber hinaus soll besonders
06 darauf geachtet werden, dass die verwendeten Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung stammen
07 und Obst und Gemüse vor allem regional und saisonal bezogen werden.

08

09 **Begründung:**

10 Als ökologischer Jugendverband wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und in Zukunft keine tie-
11 rischen Produkte mehr finanzieren. Die heutige Tierhaltung und der massenhafte Konsum tierischer
12 Produkte verursachen in hohem Maße ökologische Schäden. Sie sind für einen großen Teil der weltwei-
13 ten Treibhausgasemissionen verantwortlich, führen zur Abholzung von Regenwäldern, Belastung der
14 Böden mit Nitrat und massiver Flächennutzung. Indirekt sind sie damit auch für die Verknappung und
15 Verteuerung von Lebensmitteln und Hunger mitverantwortlich.

16 Dies und moralische Bedenken bei der Ausbeutung und Tötung von Tieren sind Grund dafür, dass bei
17 vielen linken und ökologischen Veranstaltungen seit langem eine vegane Ernährung Standard ist. Wir
18 möchten uns dieser Tradition anschließen.

19 Mit dem Konsum regionaler und saisonaler Lebensmittel, lassen sich viele klimaschädliche Emissionen
20 die durch den langen Transportweg der Lebensmittel entstehen, vermeiden. Während Obst und Ge-
21 müse meist unreif geerntet, mit Chemikalien behandelt wird, um nach dem langen Transportweg die
22 optimale Reife bei der Ankunft im hiesigen Supermarkt zu haben, enthalten an der Pflanze ausgereifte
23 Früchte mehr Vital- und Nährstoffe. Der Kauf regionaler, saisonaler Lebensmittel ist gut fürs Klima und
24 die Gesundheit. Mit einer Umstellung auf ökologische Landwirtschaft könnten zudem Treibhausgase-
25 missionen stark reduziert werden.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A32 Verkehrswende

Positionierungsantrag

Antragssteller*innen: BAK Umpflügen

Der Bundeskongress von linksjugend ['solid] möge folgende Positionierung beschließen: 01
Wir fordern eine grundlegende Verkehrswende - weg vom bürgerlichen Dogma Individualverkehr, 02
hinzu einem nachhaltigen Verkehrskonzept mit solidarischem fahrscheinfreien ÖPNV, mehr Raum für 03
Radverkehr und Transportumlagerung auf die Schiene (da wo es möglich ist). Der Dieselskandal hat 04
uns gezeigt, wie unreformierbar die (deutsche) Automobilindustrie ist. Deshalb braucht es klare Ein- 05
griffe von außen. Die Verbraucher*innen, die von VW und Co betrogen wurden, müssen entschädigt 06
werden und die Autos auf Kosten der Hersteller*innen umgerüstet werden. Außerdem brauchen wir 07
eine Ausweitung der Umweltzonen in den Städten und perspektivisch einen Produktionsstopp von 08
Verbrennungsmotoren. 09
Es gibt bereits gute alternative Mobilitätskonzepte, mit denen wir die bestehenden Probleme lösen 10
können. Wir sollten sie nutzen, denn die Städte und Straßen gehören allen - reclaim the streets! 11

Begründung:

Gemessene Stickoxidwerte von Dieselmotoren haben seit Jahren gesetzlich vorgegebene Grenzwerte 14
überschritten. Die Emissionsreduzierungen, beschlossen im Abkommen auf der Pariser Klimakonfe- 15
renz werden immer unrealistischer. Tatsächlich verursachte der Verkehrssektor nach Umweltbundes- 16
amt noch im Jahr 2015 18% der Gesamtemissionen der BRD. Nach Angaben des Umweltbundesamtes 17
können von 2007 bis 2015 in der BRD im Durchschnitt jährlich rund 46. 000 frühzeitige Todesfälle mit 18
erhöhter Feinstaubbelastung in Verbindung gebracht werden. Das ist nicht mehr hinnehmbar! 19
Für das Umrüsten der, durch Softwaremanipulationen für sauber verkauften Dieselfahrzeuge muss 20
zunächst die Automobilindustrie zur Kasse gebeten werden. Es kann nicht sein, dass die Kosten für 21
verantwortungslosen, unökologischen und maßlosen Wettbewerb am Ende immer auf Bürger*innen 22
abgewälzt werden. 23
Zudem müssen die vom Bundesverwaltungsgericht beschlossenen Fahrverbote innerstädtisch endlich 24
angegangen werden. 25
Letztlich muss aber auch klar sein, dass eine zukunftsweisende, emanzipatorische Alternative, nicht 26
das Festhalten an Individualverkehr darstellen kann. 27
Neben dem perspektivischen Umrüsten auf zB. E - Mobilität und einem unbedingt notwendigen Produk- 28
tionsstopp von Verbrennungsmotoren, muss endlich ein Fokus auf Investitionen in flächendeckenden 29
und vor allem kostenlosen ÖPNV gesetzt werden. Bahnhofskultur und Netzausbau müssen bedarfsori- 30
entiert und zukunftsweisend in Angriff genommen werden. Nur so kann das Grundrecht auf Mobilität 31
neben emanzipierten, ökologischen Ansätzen wahrgenommen werden, denn auch E - Motoren werden 32
häufig durch hohen Energieaufwand betrieben und gefertigt, oder werden unter Verwendung endlicher 33
und seltener Ressourcen produziert. 34
Nur eine Perspektive neben dem Individualverkehr ist eine emanzipatorische Perspektive. 35

A33 Eine soziale Transformation muss eine ökologische sein, oder sie wird nicht sein!

Positionierungsantrag

01 Antragssteller*in: BAK Umpflügen

02
03 Der Bundeskongress von linksjugend [´solid] möge beschließen:

04 „Als sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband fordern
05 wir das gute Leben für alle. Diese Forderung kann nur Realität werden, wenn wir die Zusammenhän-
06 ge zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Zustand der Umwelt aufdecken und als
07 integralen Bestandteil unserer Politik begreifen! Für uns bedeutet das konkret, dass das Elend der
08 Menschen im Kapitalismus in einem Zusammenhang mit der kapitalistischen Verwertung der Umwelt
09 steht. linksjugend [´solid] setzt sich für eine Umweltpolitik ein, in der Umwelt und Soziales nicht als
10 Antagonisten gelten, sondern in der das eine Eine auch immer als die Voraussetzung des Anderen
11 begriffen wird. Dies bedeutet für uns auch Umweltpolitik nicht ausschließlich für den Eigenwert der
12 Natur zu machen. Wir werde die Vielzahl der Beiträge der Umwelt zum menschlichen Wohlergehen
13 immer wieder aufzeigen, die profitorientierte Naturbeherrschung als Teil der kapitalistischen Verwer-
14 tungslogik kritisieren und deren Folgen für Mensch und Natur anprangern. Praktisch heißt das für uns
15 bei umweltpolitischen Entscheidungen die gemeinnützigen Aspekte der Natur sichtbar zu machen,
16 in den Vordergrund zu stellen und gegen Kapitalisierung und Privatisierung zu verteidigen. Weiter
17 werden wir dagegen kämpfen, dass die Risiken und Kosten dieser Umverteilung von Naturressourcen
18 uns allen auferlegt werden, während die Profite in private Taschen fließen. Um diese Positionen aktiv
19 voranzubringen setzen für uns als linksjugend [solid] auch innerhalb der Partei DIE LINKE. dafür ein,
20 eine solche Betrachtungsweise von Umwelt zur Grundlage für politisches Handeln zu machen.“

21 22 **Begründung:**

23 Eine linke Politik, die das Wohl aller Menschen zum Ziel der eigenen Handlungen hat, kann nur eine Po-
24 litik sein, die erkennt, dass Umwelt, Armut und gesellschaftliche Teilhabe oft untrennbar miteinander
25 verwoben sind. Leider ist Umwelt allzuoft zu einem Anliegen von Nazis, Esoteriker*innen oder bürger-
26 lichen Umweltschützer*innen verkommen, die entweder die Spiritualität der Natur, deren Eigenwert
27 oder die Bedeutung für „Volk und Tradition“ in den Vordergrund stellen. Als linker Jugendverband soll-
28 ten wir dieses Thema keinen Bürgis überlassen, die Umweltpolitik machen, weil sie sich Bio- oder Fair-
29 trade-Marken leisten können oder noch viel schlimmer die Natur für ihr völkisches Weltbild brauchen.
30 Das lässt sich ändern! Die Begründung für einen starken Fokus auf Umweltpolitik von links muss hier-
31 für freilich eine andere sein. Nicht, dass die Natur nicht schön ist, oder sie nur dadurch einen Wert er-
32 hält, doch Umweltpolitik verkommt gerade dann zum Thema von Bürgis und Nazis, wenn die sozialen
33 Aspekte ausgeklammert werden. Die neuesten Berichte von IPBES (Intergovernmental Platform on
34 Biodiversity and Ecosystem Services) zeigen dies sehr deutlich. Weltweit werden 2050 voraussichtlich
35 500-700 Millionen allein durch die Landdegradierung zur Flucht gezwungen sein und bis zu 3,2% Mrd
36 Menschen stark unter dem Rückgang der biologischen Vielfalt leiden. Schätzungen dieser Experten-
37 gruppe zufolge werden alleine Klimawandel und Landdegradierung die Ernteerträge um 10% und in
38 einigen Regionen gar um bis zu 50% reduzieren. Diese Regionen sind Sud- und Mittelamerika und
39 Afrika. Es liegt auf der Hand Wen diese Folgen am härtesten treffen werden.

40 Doch auch heute schon spüren wir die Folgen der Umweltzerstörung und mit wir sind auch jetzt schon
41 vor allem arme Menschen gemeint. Es sind nämlich jene die aufgrund der sozialen Verhältnisse in
42 denen sie Leben von den Leistungen der Natur abhängig sind, welche durch den Rückgang der biologi-
43 schen Vielfalt, den Klimawandel oder auch einfach nur zugunsten anderer, privatisierter Naturleistun-
44 gen reduziert werden. Beispiele sind hier all die Menschen, die

- 45 • sich von der eigenen Ernte ernähren (ganz oder auch nur teilweise aus dem eigenen Garten),
- 46 • nicht auf sauberes Trinkwasser aus der Leitung zurückgreifen können, oder die steigenden Was-
47 serpreise durch Wasserverknappung und Verunreinigung nicht mehr zahlen können
- 48 • von den Produkten ihrer Ernte, dem Fischen, dem Holzabbau, der Jagd oder anderen Naturres-
49 sourcen ihr Einkommen generieren
- 50 • in der Nähe von Flüssen leben und ständig Angst haben müssen weggespült zu werden
- nicht in einem Eigenheim in ländlichen Vorort wohnen, wo die Luft sauber ist, sondern in einer

Großstadt leben	01
• für ihren Urlaub nicht einmal um die Welt fliegen können, um etwas Ruhe genießen zu können	02
• kein Auto haben, um in der Freizeit in den nächsten Wald fahren zu können, sondern den innerstädtischen Park brauchen	03 04
Letztendlich gilt es auch hier den Kapitalismus zu demaskieren und zu zeigen, dass die Umwelt nicht erst zum menschlichen Wohlergehen beiträgt, wenn sie privatisiert ist, sondern gerade dann, wenn sie es nicht ist. Hierfür sollten wir ein Bewusstsein schaffen all die unsichtbaren Aspekte der Umwelt hervorheben, derer wir uns oft nicht klar sind und sie in unsere Analysen des Kapitalismus einfließen lassen. Nur so können wir eine soziale Transformation begründen, in der kein Mensch mehr „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ und nur so lässt sich eine linke Umweltpolitik von der Umweltpolitik von Bürgis und Nazis abgrenzen.	05 06 07 08 09 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57

A34 Für heute und morgen: Klimaschutz sozial und gerecht!

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: **solid Frankfurt am Main**

01 Der Klimawandel ist die größte soziale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Wir steuern derzeit auf
02 eine globale Erwärmung von 3-4° Celsius bis 2100 zu – das bedeutet nie dagewesene Hitzewellen,
03 Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen. Betroffen von den Folgen
04 des Klimawandels sind vor allem die Armen. Doch auch schon heute sind die Folgen des Klimawandels
05 sichtbar. Auf die derzeitige Bundesregierung ist in dieser Frage kein Verlass. Deshalb muss Deutsch-
06 land sich an den Bemühungen beteiligen, alles Mögliche für den Erhalt unseres Planeten zu tun.

07
08 Vor allem wir junge Menschen sind von den Folgen des Klimawandels betroffen. Wir werden diejeni-
09 gen sein, die in 50 Jahren mit den Folgen des Wandels leben müsse. Es ist unsere Pflicht, die Folgen
10 des Wandels so gering wie nur möglich zu halten, damit wir und auch die Generationen nach uns eine
11 Zukunft haben, in der sie gut und gerne leben.

12
13 Aber nicht nur in der Zukunft sind wir von den Folgen des Klimawandels betroffen, sondern auch
14 jetzt schon spüren wir die Veränderungen der Arbeitswelt durch mehr klimafreundliche Arbeitsplät-
15 ze. Doch dieser Wandel ist viel zu langsam. Deshalb ist es wichtig, schon jetzt Ausbildungsplätze in
16 klimafreundlichen Industrien zu fördern statt nicht zukunftsfähige Jobs mit Subventionen am Leben
17 zu erhalten. Die nötige Umstellung auf klimafreundliche Arbeit darf aber nicht auf dem Rücken der
18 Arbeitenden geschehen. Sie müssen umweltfreundliche Arbeit bekommen, dafür brauchen wir eine
19 Umweltabgabe der klimaschädlichen Industrieunternehmen.

20
21 Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammt aus Landwirtschaft und
22 Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn wir weniger tierische
23 Produkte herstellen und essen, werden wir die Klimaziele einhalten. Um den Klimawandel aufzuhalten,
24 brauchen wir eine Trendwende.

25
26 Am klimafreundlichsten ist die Kilowattstunde, die erst gar nicht bereitgestellt werden muss. Effizienz-
27 politik braucht neben Fördermitteln klare gesetzliche Vorgaben für den Energieverbrauch von Produk-
28 ten, Produktionsweisen und Gebäuden. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und
29 energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine
30 effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten.

31
32 Echter Klimaschutz im Einklang mit dem Abkommen von Paris und der Agenda 2030 erfordert einen
33 grundlegenden sozial-ökologischen und demokratischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Die-
34 ser Umbau ist eine einzigartige Chance, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

35 Die linksjugend [^solid] will daher:

36
37 die Übererfüllung der Klimaschutzziele aus dem Pariser Klimaschutzabkommen;
38 einen möglichst unverzüglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung – spätestens bis 2025;
39 eine Energieversorgung durch demokratische und ökologische Stadtwerke statt durch E.ON, Vattenfall
40 und Co.;
41 eine Verkehrswende hin zu einem klimafreundlichen öffentlichen Verkehr;
42 die Umwandlung von klimaschädlichen in umweltfreundliche Arbeitsplätze und eine Sonderabgabe für
43 klimaschädliche Unternehmen;
44 den Stopp der Massentierhaltung in Europa;
45 Sensibilisierung für Klima- und Umweltschutz als Bildungsziel in der Schule verankern.

46
47 **Begründung:**
48 Erfolgt mündlich.

49
50

A35 Ein gutes Leben für alle: Gleichberechtigung und Feminismus

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: solid Frankfurt am Main

Letztes Jahr wurde mit dem Hashtag #MeToo eine neue Welle feministischer Diskussionen ausgelöst. 01
Viele Millionen Frauen* teilten das Hashtag in den sozialen Medien, um zu zeigen, dass auch sie be- 02
reits sexualisierte Gewalt erfahren haben. Ob sie wollten oder nicht – Männer* müssen sich daraufhin 03
damit auseinandersetzen, dass 1/3 aller Frauen* davon betroffen sind. Das Hashtag zeigt: Sexismus 04
ist alltäglich in unserer Gesellschaft! 05

Besonders alleinstehende Frauen*, Mädchen* aus prekären Verhältnissen, und nicht-weiße Frauen* 07
sowie nicht-heterosexuelle Menschen erfahren oft wenig Solidarität für ihre Gewalterfahrungen, die 08
nicht selten heruntergespielt und kleingeredet werden. Ein Hashtag ist ein Anfang – aber nur durch 09
eine aktive Gegenwehr gegen die vorherrschenden Zustände wird Sexismus langfristig auf dem Fried- 10
hof der Geschichte landen! 11

In Deutschland ist ein Schwangerschaftsabbruch immer noch eine Straftat. Frauen* ist es somit wei- 12
terhin strafrechtlich untersagt, selbst über ihren Körper zu bestimmen. Durch das Werbeverbot ist 13
die freie Arztwahl für die Frauen*, die sich dennoch für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, 14
beeinträchtigt. Diese mittelalterlichen Vorstellungen sind frauen*feindlich und schränken sowohl das 15
Recht auf körperliche als auch sexuelle Selbstbestimmung von Frauen* ein. Wir sagen klar und deut- 16
lich: „Our body – our choice!“ Weg mit den Abtreibungsparagraphen! 17

Auch in der Ausbildung und im Job gibt es immer noch Ungleichheit. Vollzeit arbeitende Frauen* ver- 18
dienen in Hessen im Schnitt 14% weniger als Männer. Für den Teilzeitbereich gibt es gar keine Erhe- 19
bungen. Frauen* übernehmen in den meisten Fällen noch Verantwortung für Familienarbeit wie Erzie- 20
hung oder Pflege. Allerdings gibt es auch weiterhin kein Recht auf eine Rückkehr in eine Vollzeitstelle. 21
Da Männer durchschnittlich besser verdienen, entscheiden sich heterosexuelle Paare oft dazu, dass 22
auch weiterhin die Frau* aus dem Berufsleben ausscheidet, um die Familienarbeit zu übernehmen. 23
Im Arbeitsleben leisten Frauen* oft die Arbeit, die zwar für die Gesellschaft sehr wichtig ist, aber 24
dennoch wenig wertgeschätzt und miserabel bezahlt wird: Pflege, Erziehung, Reinigung sowie andere 25
wichtige Dienstleistungen. Diese notwendige Arbeit dient nicht direkt der Vermehrung von Geld, auf 26
die der Kapitalismus angewiesen ist, sondern den Menschen, weswegen sie in den letzten Jahrzehnten 27
weiter abgewertet wurde. 28

Oft sind es jetzt migrantische Frauen*, die unter noch schlechteren Bedingungen diese Arbeit im glo- 29
balen Norden leisten. Diese Abwärtsspirale muss umgehend gestoppt werden und diese „Care-Arbeit“ 30
fair verteilt, anständig bezahlt und aufgewertet werden! 31

Die linksjugend [‘solid] will daher: 33

- die gleiche Bezahlung von Frauen* und Männern* für gleiche Arbeit; 34
- die Streichung des Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch, damit Schwangerschaftsabbrüche 35
nicht mehr strafbar sind; 36
- mehr Mädchenförderprogramme, nicht nur für das Arbeitsleben, sondern auch für selbstbestimm- 37
ten Umgang mit Körper und Sexualität; 38
- eine Quote für Führungspositionen im öffentlichen Dienst; 39
- eine Quote für Männer* im „Care-Bereich“ des öffentlichen Dienstes; 40
- die Geschlechterquotierungspflicht für Wahllisten und Wahlgremien; 41
- dass der Staat Verhütungsmittel für Kindergeldberechtigte übernimmt; 42
- Druck machen auf die Bundespolitik bezüglich des Lohngleichheitsgesetzes sowie dem Rückkehr- 43
recht von Teil- in Vollzeit; 44
- ein europäisches Lohngleichheitsrahmengesetz; 45
- eine Quotierung bei der Ausbildungsvergabe in Betrieben, in denen der Staat ausbildet; 46
- Mädchenbeauftragte an Schulen sowie eine Anlaufstelle für homo-, bi-, trans*- sowie inter*sexu- 47
elle Schüler*innen an jeder Schule. 48

Begründung:

Erfolgt mündlich. 49

A36 Queer – Gleichberechtigung aller Lebensweisen

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: solid Frankfurt am Main

01 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. In den letzten Jahren wurden ei-
02 nige Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz
03 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo-, Trans- und Interphobie – sind leider noch nicht
04 erreicht.

05

06 Zwar ist die sogenannte „Ehe für alle“ ein Fortschritt für die Gleichberechtigung von Lesben und
07 Schwulen, doch noch immer dürfen homosexuelle Paare nicht vollständig adoptieren. Für andere
08 Beziehungsformen gibt es bisher nicht die Möglichkeit, vor dem Staat füreinander Verantwortung zu
09 übernehmen. Während mit der Eheöffnung ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, ist insbe-
10 sondere die Situation für Menschen mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen (Inter*se-
11 xualität) oder für Menschen, bei denen biologische und soziale Geschlechtsmerkmale nicht überein-
12 stimmen (Trans*sexualität), noch immer dramatisch. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts
13 ist der Weg frei, das Geschlecht aus allen rechtlichen Normen zu streichen, um die bisher praktizierte
14 Ungerechtigkeit zu umgehen.

15

16 Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Ent-
17 faltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. Als Anlaufstelle für LSBTTIQ* fehlt es noch an
18 genügend queeren Beratungs- und Aufklärungszentren sowie staatlichen Antidiskriminierungsstellen.

19

20 Es werden weiterhin ohne Zustimmung der Betroffenen medizinisch nicht notwendige Operationen
21 an Menschen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung durchgeführt. Hinzu kommt, dass noch immer
22 queere Menschen überproportional von Übergriffen und Gewalttaten betroffen sind – sowohl im Privaten
23 als auch in der Öffentlichkeit. Homo- und trans*feindliche Übergriffe nehmen seit dem Aufschwung
24 von Rechtspopulismus und anderen extremistischen Gruppen sogar zu. Fast alle queeren Jugendlichen
25 haben bereits Diskriminierung erfahren. Die Selbstmordrate bei queeren Jugendlichen ist um einiges
26 höher als die der restlichen Peer-Group. Die Verfolgung von queeren Menschen im Nationalsozialismus
27 ist immer noch nicht vollständig aufgearbeitet; Rehabilitation und Entschädigung von Opfern gibt es
28 nicht.

29

30 Die linksjugend [‘solid] will daher:

31

- 32 • die Schaffung einer Stelle sowie das Einsetzen einer verantwortlichen Person (Referent*in) für
33 LSBTTIQ*-Angelegenheiten im Bund und in der Europäischen Union;
- 34 • die Mittel der Jugendarbeit für LSBTTIQ* den Herausforderungen anpassen – gerade Jugendliche
35 brauchen in der schwierigen Coming Out-Phase Unterstützung durch Gewaltpräventions- und Be-
36 ratungsangebote;
- 37 • eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung von LSBTTIQ*- Geflüchteten sowie eine
38 bedarfsgerechte Finanzierung von Beratungs-, Wohn- und Hilfsangeboten – dem besonderen
39 Schutzbedürfnis muss Rechnung getragen werden;
- 40 • das Ende der Diskriminierung bei Blut und Organspende;
- 41 • die Gleichberechtigung aller Lebensweisen – Diskriminierung privat, an der Schule, der Univer-
42 sität, der Ausbildungsstätte und am Arbeitsplatz lassen wir nicht zu;
- 43 • das vollständige Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare;
- 44 • die Gleichberechtigung und Emanzipation verschiedener Beziehungsformen und Lebensweisen vo-
45 ranbringen;
- 46 • die Abschaffung des Personenstands oder zumindest die Erweiterung um den Zusatz „inter*/di-
47 vers*“ und damit einhergehend das Verändern aller offiziellen Dokumente;
- 48 • Gewaltprävention und Hilfe für Gewaltopfer;
- 49 • Inter*- und Trans*menschen verstärkt unterstützen;

50

- medizinisch nicht notwendige Operationen nur mit Einwilligung der Betroffenen durchführen – das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden; 01
02
03
- mehr Beratungs- und Aufklärungszentren; 04
- den Schutz vor Diskriminierung durch das Schaffen staatlicher Antidiskriminierungsstellen – der Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und Lebensweise soll in das Antidiskriminierungsgesetz aufgenommen werden; 05
06
07
- den Bewusstseinswandel verstärken – Homosexuelle sowie Trans*- und Inter*menschen, die Opfer staatlicher Repression geworden sind, müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt werden. 08
09

Begründung:

Erfolgt mündlich.

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A37 Feminismus steht bei uns nicht nur im Programm! - Feministische Strukturen in der linksjugend [,solid] stärken!

Antragssteller*innen: Bundes-Awareness-Team

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

- 02 • Der Bundessprecher*innenrat wird in Zusammenarbeit mit dem BAK Feminismus und dem Bundes-Awareness-Team beauftragt, auf bundesweiten Bildungsveranstaltungen wie dem Sommercamp oder der Winterakademie mind. einen Einstiegs-Workshop zu Awarenessarbeit anzubieten. Diese Workshops können unterschiedliche Formate haben, sollen jedoch das Ziel haben, interessierten Genoss*innen die Möglichkeit zu bieten, sich zur Awarenessarbeit zu befähigen.
- 07 • Der Bundessprecher*innenrat wird außerdem in Zusammenarbeit mit dem BAK Feminismus und dem Bundes-Awareness-Team beauftragt, noch im Jahr 2018 ein Wochenendseminar in einer gut erreichbaren Stadt für eine Awareness-Ausbildung sowie zur Weiterentwicklung der Bundes-Awareness-Struktur zu organisieren.

11

12 **Begründung:**

13 Das Bundes-Awareness-Team ist eine in der Satzung verankerte Gruppe, die sich um euch kümmert, wenn ihr grenzverletzendes oder sexistisches Verhalten wahrnimmt oder sogar selbst davon betroffen seid. Dabei definiert jede*r für sich selbst, wo die eigenen Grenzen sind, da diese von persönlichen Faktoren wie z.B. der Sozialisation, vergangenen Erfahrungen und aktuellem Befinden abhängig sind. In unserem Jugendverband treffen auf verschiedensten Veranstaltungen Menschen aufeinander.

18 Auch abseits von den durch Satzungen und Geschäftsordnungen geleiteten und moderierten Sitzungen arbeiten, feiern, reden und agieren wir miteinander. Hierbei kann es schnell zu Grenzverletzungen kommen, denn Grenzen sind immer subjektiv und auch der Jugendverband kann sich nicht dem sexistischen und patriarchalen Zustand der Gesellschaft entziehen.

22 Unter Sexismus fallen dabei z.B. alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie der sexuellen Orientierung einer Person. Dabei kann es sich um Vorurteile und aufgezwungene Rollenbilder handeln, aber auch um Anmachen, anzügliche Witze, Hinterherpfeifen, Sätze wie "sie wollen es doch auch" oder Bemerkungen über Äußerlichkeiten. Dies kann dazu führen, dass betroffene Personen sich stark eingeschränkt und unwohl fühlen.

27 Um Grenzverletzungen zu vermeiden, gibt es unter anderem das Zustimmungskonzept, bei dem jede körperliche Handlung erst nach eindeutiger Zustimmung der anderen Person passiert. Wir wollen mit diesem Antrag für Grenzen sensibilisieren und Anregungen dafür geben, wie jede*r bei sich selbst anfangen kann.

31

32 Das Bundes-Awareness-Team gibt es jetzt seit einiger Zeit und viele von euch werden es auch kennen. Allerdings schrumpft das Team beständig, da es zu wenig Genoss*innen gibt, die sich in die Awareness-Arbeit auf Bundesebene einbringen wollen oder können. Diesen Zustand wollen wir ändern, indem permanent das Angebot von Awareness-Workshops auf bundesweiten Veranstaltungen bestehen soll, da eine Teilnahme an diesen eine Voraussetzung für die Aufnahme ins Bundes-Awareness-Team ist. Außerdem wollen wir nicht nur, dass ein paar Menschen, die sich dann dieser Struktur anschließen, dazu befähigt werden sollen betroffenen Personen zu helfen, sondern dass alle Mitglieder die Möglichkeit bekommen, sich entsprechende Fähigkeiten anzueignen um Betroffenen helfen zu können.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A38 Mobilitätswende – Freifahrt für freie Bürger*innen

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: Eamon Schneider, Lisa Schneider (nicht verwandt, nicht verschwägert), Michael Vrazitulis, Simon Ohliger, Sebastian Borchart, Nadiya Petrenko, Dennis Weber (alle LSp*R, LV Saarland)

Leben findet nicht nur an einem Ort statt. Wir sind zu Hause. Wir besuchen Schule, Uni, Arbeit oder Arbeitsamt. Wir sind bei Freund*innen, im Kino oder im Schwimmbad, auf Konzerten oder in Klubs und Kneipen. Wir sind bei den beiden Muttis oder den Großeltern – drei- bis viermal jährlich besuchen wir Großtante Klothilde. Wir sind im Urlaub, auf Ausflügen, auf Demos, Kundgebungen und Sitzblockaden. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ein Grundpfeiler der Teilhabe an gesellschaftlichem Leben; eine inklusive und solidarische Gesellschaft muss also sicherstellen, dass jede*r gleichermaßen mobil sein kann.

Wir leben aber nicht in einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft, sondern in einer kapitalistischen. Als Dienstleistung wird die Beförderung im öffentlichen Verkehr, ebenso wie auch Fahrzeuge, im Kapitalismus als Ware behandelt und somit nicht nach Bedürfnis verteilt, sondern muss erkaufte werden. Ob und in welchem Ausmaß eine Person ihr Bedürfnis nach Mobilität befriedigen kann, hängt also von ihrer jeweiligen finanziellen Situation ab.

So entstehen Privilegien. Es gibt jene, die es sich leisten können, ein Auto zu besitzen, also autonom zu gesellschaftlichen Anlässen zu gelangen, und jene, denen dies nur zu den Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs möglich ist; jene, die ihren Kindern ein Taxi rufen können, wenn sie am Tag einer Klausur den Schulbus verpassen, und jene, deren Kinder dann durch die Prüfung fallen. Manche fliegen jedes Wochenende nach New York oder Tokio, andere konnten sich seit Jahren keinen Urlaub mehr leisten. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Personen besitzt nicht einmal eine Fahrkarte für den ÖPNV und ist somit völlig an den Radius gebunden, den sie zu Fuß oder (falls sie sich eines leisten kann) mit dem Fahrrad zurücklegen kann.

Die bürgerliche Politik gibt zwar vor, einen vermeintlich „sozial verträglichen“ Rahmen zu schaffen, ist aber in der Tat wie so oft mehr Teil des Problems, also Teil einer Lösung: Die Regierungen liberaler und konservativer, aber auch sozialdemokratischer und grüner Parteien und (seit der weitgehenden Privatisierung des ÖPNVs) in zunehmendem Maße auch die Privatwirtschaft selbst betreiben eine Verkehrspolitik, die lediglich als Teil der Wirtschaftspolitik gedacht wird.

Hinzu kommt die ökologische Dimension. Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen verursacht¹ – und das bei sinkenden Bevölkerungszahlen! Das selbstzerstörerische Element deutscher Verkehrspolitik ist also nicht erst seit dem Abgas- und Feinstaubskandal von 2017 („Diesel-Gate“) zu erkennen. Während durch den Skandal Teile der Öffentlichkeit zumindest vorübergehend für die Thematik sensibilisiert werden konnten, wurde seitens der Bundes- und Landesregierungen unter Rücksichtnahme auf die deutsche Autoindustrie und -lobby bei Feinstaub- und Emissionsbelastungen weggesehen und Abgasbetrug toleriert. Die CSU ging sogar soweit, Subventionen für Diesel-Kfz zu fordern, um den Absatz wieder anzukurbeln.²

Die Linksjugend [‘solid] sieht Mobilität als ein Grundrecht aller Menschen an. Im Rahmen einer kritischen Analyse des bestehenden Systems untersuchen wir, wie und warum Menschen ungleichen Zugang zu Mobilität erhalten. Unter Einbezug antikapitalistischer, emanzipatorischer und ökologischer Gesichtspunkte suchen wir nach Strategien, um allen Menschen gleichermaßen Mobilität innerhalb eines nachhaltigen und solidarisch organisierten Gesamtkonzeptes zu ermöglichen.

Dieses Positionspapier versteht sich als unvollständige Sammlung von Kritikansätzen, Zielvorstellungen, Forderungen und Handlungsoptionen. Es versucht, Anknüpfungspunkte für weitere mobilitätspolitische Programmbausteine und ggf. Kampagnen zu schaffen.

Vernunftgesetz Nachhaltigkeit

Der Mensch ist als biologisches Lebewesen abhängig von seiner natürlichen Lebensgrundlage. Der Verkehrssektor hat einen wesentlichen Anteil an der genau diese Lebensgrundlage bedrohenden Klimakatastrophe – aktuell werden 20% der Treibgasemissionen in Deutschland durch Verkehr verursacht;³ wie bereits erwähnt ist es sogar der einzige Sektor mit steigender Klimabelastung.

Linke Mobilitätspolitik muss darauf abzielen, diesen Anteil auf (nahezu) 0% zu reduzieren. Verbrennungsmotoren jedweder Art sind somit perspektivisch nicht haltbar; sie können nicht Bestandteil seriöser linker Mobilitätsansätze sein und sind folglich nicht förderungswürdig. Eine Forderung à la „Autos

01 für alle“ mag zwar dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit entspringen; es ist aber weder sozial, noch
02 gerecht kommenden Generationen die Lebensgrundlage zu entziehen.

03 Verkehrsraumgestaltung – Wem gehört die Straße?

04 Jahrzehntlang galt der motorisierte Verkehr als Maß aller Dinge. Das Konzept der „autogerechten
05 Stadt“ wurde durch Politiker*innen aller Parteien maßgeblich vorangetrieben. Es galt „freie Fahrt für
06 freie Bürger“ und alles, was sonst noch so auf Straßen unterwegs war, galt als zu beseitigendes Hin-
07 dernis. Straßenbahnen wurden abgebaut, zu Fuß Gehende und Rad Fahrende in den Seitenraum ver-
08 drängt. Es wurden zwei-, drei- und vierspurige Schnell- und Hauptstraßen gebaut und dafür ganze
09 Siedlungen durchschnitten, aber egal – Hauptsache man kam gut durch. Und die Umwelt? Das wächst
10 nach.

11 Hintergrund waren vor allem wirtschaftliche Interessen. Der Bau und Ausbau von Verkehrsinfrastruk-
12 tur erfolgte primär dort, wo dies dem Transport von Gütern zuträglich war. Auch öffentliche Verkehrs-
13 mittel wurden nicht etwa geschaffen, um den Bedürfnissen von Menschen ohne Auto nachzukommen,
14 sondern um Fabriken mit einer ausreichenden Zahl an Arbeiter*innen zu versorgen; ländliche Gebiete,
15 deren Erschließung keine wirtschaftlichen Vorteile bot, erhielten keine oder eine nur mangelhafte An-
16 bindung an den öffentlichen Verkehr (dies äußert sich auch heute noch darin, dass in ländlichen Gebie-
17 ten häufig nur morgens (zur Arbeit) und nachmittags/abends (von der Arbeit) Busbetrieb stattfindet,
18 während am Wochenende nicht selten gar keine Bedienung erfolgt).

19 Nicht-wirtschaftliche Interessen, wie das Interesse von Kindern, auf der Straße vor ihrem Wohnhaus
20 zu spielen, oder die Belange des Naturschutzes fanden keinerlei Beachtung. Die Umweltbewegung und
21 insbesondere die Aktivitäten der grün-alternativen Listen und später der Partei „Die Grünen“ konnten
22 zwar bei einigen Verantwortlichen eine leichte Kurskorrektur erzielen (bspw. entstanden die ersten
23 Tempo-30-Zonen), das Gesamtbild konnte jedoch nicht verändert werden: dem motorisierten Verkehr
24 wird ein unverhältnismäßig hoher Anteil am Verkehrsraum zugestanden, während für rekreative Ele-
25 mente wie Parks und Grünstreifen, Spielflächen sowie für die Verkehrsinfrastruktur Rad Fahrender und
26 zu Fuß Gehender unverhältnismäßig wenig Fläche vorgesehen ist.

27 Beispiel Berlin: 60% des Verkehrsraums sind für Pkw reserviert, obwohl diese nur ein Drittel der Wege
28 zurücklegen. Rad Fahrende erhalten dagegen nur 3% der Fläche, obwohl 15% der Wege mit dem Rad
29 zurückgelegt werden.⁴ Hinzu kommt, dass selbst diese 3% des öfteren zugesperrt, nicht geräumt oder
30 sonstwie blockiert sind.

31 Beispiel Saarbrücken: Radspuren und -wege weisen häufig nicht einmal die gesetzliche Mindestbreite
32 auf. In einer von der Stadt in Auftrag gegebenen Analyse der Verkehrssituation heißt es dazu unter
33 anderem: „Die untersuchten Radfahrstreifen orientieren sich in Saarbrücken entweder an den emp-
34 fohlenen Minimalbreiten oder sind zu gering bemessen. [...] Neben der zu schmalen Bemessung wur-
35 de [an einigen Stellen] der Sicherheitsabstand zu längsparkenden Kfz nicht berücksichtigt.“ Einige
36 Radspuren sind derart schlecht gemacht, dass sie ernsthaft für Parkstreifen gehalten werden: „Neben
37 dem bewussten Parken auf den Radverkehrsanlagen – bspw. aufgrund mangelnder Rücksicht oder
38 fehlender Kontrollen – ist auch ein ‚Bewusstseinsdefizit‘ für die Radverkehrsanlagen wahrscheinlich:
39 Ohne Fahrradpiktogramm werden Radfahrstreifen in einigen Fällen von Autofahre[nden] für Parkstrei-
40 fen gehalten“⁵

41 In aller Regel sind diese Radspuren und -wege dann auch noch benutzungspflichtig. Die Benutzungs-
42 pflicht wird in der Regel willkürlich und häufig auch illegal (d.h. entgegen geltender Gestaltungsvor-
43 schriften) verhängt. Illegalerweise benutzungspflichtige Radwege dürfen von Rad Fahrenden jedoch
44 nicht ignoriert werden, sondern müssen befahren werden, bis die zuständige Behörde die Benutzungs-
45 pflicht wieder aufhebt. Die Linksjugend [‘solid] fordert dem Beispiel der Städte Köln⁶ und Hamburg⁷ zu
46 folgen und die Radwege-Benutzungspflicht bundesweit aufzuheben.

47 Auch gesonderte Busspuren existieren nur sehr selten in hinreichendem Umfang – den Platz hat man
48 ja für die Autos gebraucht. Die Linksjugend [‘solid] fordert ein alltagstaugliches Netz an hinreichend
49 breiten Bus- und Radspuren. Dieses ist gegebenenfalls auf Kosten bestehender Pkw-Spuren anzule-
50 gen.

51 Die wenigsten Straßenräume in Deutschland sind barrierefrei. Deutschlandweit waren zudem im Jahr
52 2009 lediglich 71% der Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut; im Saarland sogar nur 44%.⁸ Auch 2016
53 war dort noch jeder vierte Bahnsteig nicht stufenfrei erreichbar, 35% verfügten nicht über taktile
54 Leitstreifen.⁹ Zwar sind 10% der Menschen zwingend und bis zu 40% situativ auf Barrierefreiheit
55 angewiesen,¹⁰ doch Barrierefreiheit spielt bei der Gestaltung von Verkehrsräumen häufig keine Rolle,
56 da eine barrierefreie Gestaltung teuer und somit oft finanziell nicht rentabel ist. So werden Menschen
57 zusätzliche Steine in den Weg gelegt, die eigentlich besonders darauf angewiesen sind, unabhängig

von Dritten bspw. eine Straße überqueren oder eine Busfahrt antreten zu können. Die Linksjugend [‘solid] fordert die sofortige Versetzung sämtlicher Verkehrsräume (inkl. aller Bahnhöfe, Haltepunkte und Bushaltestellen) in einen barrierefreien Zustand, um die Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlichem Leben sicherzustellen.

Die Linksjugend [‘solid] will neue Maßstäbe zur Gestaltung von Verkehrsräumen entwickeln. Als Globalziel wollen wir die Frage „Wem gehört die Straße?“ stellen. Wir verurteilen alle Ansätze einer wirtschaftlich gedachten Verkehrspolitik, denn für uns steht fest: Der Verkehrsraum steht allen zu, die sich darin bewegen und aufhalten wollen.

vision zero – Für eine Welt ohne Verkehrsunfälle!

Eine weitere, wohl die fatalste, Folge der Straßenraumgestaltung „autogerechter Städte“ ist der Mangel an Verkehrssicherheit. Um dem motorisierten Verkehr nicht die freie Fahrt zu nehmen und um Geld zu sparen (schon der Bau eines Zebrastreifens kostet bis zu 80 000€¹¹), sind Straßenübergänge nicht hinreichend vorhanden und nur äußerst selten wirklich sicher oder gar barrierefrei gestaltet.

Menschen, die aus finanziellen, gesundheitlichen oder Altersgründen keinen Pkw fahren können, dürfen oder wollen, nehmen unter einem erheblich höherem Risiko zu Fuß oder mit dem Rad am Straßenverkehr teil. Jeden Tag verunglücken in Deutschland durchschnittlich drei Menschen tödlich in Folge von Verkehrsunfällen.¹² Viele mehr verletzen sich. Auch indirekte Gesundheitsschäden durch Verkehrslärm und Abgase belasten die Menschen.

Die Linksjugend [‘solid] bekennt sich klar zur vision zero, also dem Ziel von null Verkehrstoten. Im Sinne der Verkehrssicherheit fordern wir ein generelles Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen und Kraftfahrstraßen, sowie eine Herabsetzung der Innerorts-Geschwindigkeit auf 30km/h. Alle Konzepte der Verkehrsberuhigung (bspw. Einbahnstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen, Shared Space, Fahrradstraßen, ...) müssen ausgeweitet werden.

Diese bieten außerdem die Gelegenheit, den Straßenraum umzugestalten und zu begrünen, sodass die Straße wieder Raum des öffentlichen Lebens und die durch Kraftfahrzeuge erzeugten Klimaschäden zumindest partiell kompensiert werden können.

Fahrscheinloser ÖPNV – Wem gehört der Bus?

Zentrales Handlungsfeld linker Mobilitätspolitik ist sicherlich der Öffentliche Personennah- und -fernverkehr (ÖPNV und ÖPFV).

Um diesen ist es aktuell nicht gut gestellt: wurden 1950 noch über 60% des Personenverkehrs im öffentlichen Verkehr zurückgelegt, waren es 2004 weniger als 20%.¹³ Diese Verlagerung hin zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Katastrophe. Mit sinkenden Fahrgastzahlen verschlechtert sich auch das Angebot zunehmend – immer mehr Linien werden ausgedünnt oder komplett eingestellt; zumindest abends/nachts und am Wochenende findet vielerorts keine Bedienung mehr statt. Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, sind somit immer weniger mobil. Fahrgäste müssen Preiserhöhung um Preiserhöhung schlucken, sodass sich bereits heute Viele ein Ticket vom Mund absparen müssen oder es sich gleich gar nicht mehr leisten können. Das alles grenzt Menschen von gesellschaftlichem Leben aus.

Die Linksjugend [‘solid] fordert die vollständige Vergesellschaftung aller Betreiber*innen des Öffentlichen Personenverkehrs. Alle Ortschaften sollen in einem angemessenen Takt und einer angemessenen Fahrzeit rund um die Uhr durch öffentliche Verkehrsmittel, die alle Menschen unentgeltlich nutzen können, verbunden werden. Mobilität und damit die Teilhabe an gesellschaftlichem Leben betrachten wir als ein Grundrecht, das allen Menschen unveräußerlich zusteht.

Die durchgehende, flächendeckende Bedienung muss jederzeit an jedem Ort gewährleistet sein (zu Schwachlastzeiten (bspw. nachts) und/oder in dünn besiedelten Ortschaften können alternative Bedienungsarten wie Rufbusse oder Anrufsammeltaxen zum Einsatz kommen). Hierin versprechen wir uns ein dickes Plus an sozialer Gerechtigkeit. Jede*r kann in gleichem Umfang zu gesellschaftlichen Anlässen an- und abreisen und ist somit nicht von vornherein von diesen ausgeschlossen; wer beispielsweise am Wochenende mit Freund*innen einen trinken gehen möchte, kommt im Anschluss hieran sicher nach Hause. Auch Ausflüge, die Familien mit ihren Kindern beispielsweise zu lokalen Sehenswürdigkeiten durchführen möchten, scheitern nicht bereits am Geldbeutel.

Der Wegfall des Ticketerwerbs für den öffentlichen Verkehr lässt zudem erwarten, dass die Anzahl der Auto Fahrenden drastisch zurückgeht, was unter ökologischen Gesichtspunkt äußerst wünschenswert erscheint. Durch eine Abnahme des Individualverkehrs können Straßenräume verkehrsberuhigend umgestaltet werden, zu Fuß Gehende und Rad Fahrende sich sicherer fortbewegen, Kinder wieder auf der – nun begrünnten – Straße spielen... Damit einher geht eine deutliche Steigerung der Nutzer*innenanzahl des öffentlichen Verkehrs, sodass dieser eine rapide Effizienzsteigerung durchlaufen sollte.

01 In der aktuellen Debatte herrscht das Modell eines fahrscheinlosen ÖPNVs, der über eine Nahverkehr-
02 sabgabe von 20,00 oder 30,00 EUR ähnlich des Rundfunkbeitrags finanziert werden soll, vor. Obgleich
03 bereits dieses Modell einen enormen Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit darstellen würde, ist es aus
04 linker Sicht dennoch zu kritisieren, da Armen genauso tief in die Tasche gelangt wird, wie Reichen.
05 Zudem müssen wir uns gegen jene Modelle des fahrscheinlosen ÖPNVs stellen, die keine Vergesell-
06 schaftung der Verkehrsbetriebe vorsehen, da es sich hierbei um Umverteilung von Geldern der Steu-
07 ern Zahlenden in die Taschen der Privatwirtschaft handelt.

08 Solidarität mit Menschen ohne Fahrschein

09 Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Immer mehr Menschen müssen so genannte
10 Ersatzfreiheitsstrafen ableisten, weil sie ohne Fahrschein in öffentlichen Verkehrsmitteln mitgefahren
11 sind.¹⁴ So wurde ein Siebtel der Gefangenen des Gefängnisses Plötzensee wegen „Erschleichens von
12 Leistungen“ verurteilt.¹⁵

13 Es gibt verschiedene Gründe, ohne Fahrschein mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Diese
14 reichen von politischer Überzeugung über Unwissen bis dahin, dass man schlicht kein Geld hat um
15 einen Fahrschein zu bezahlen. Für uns sind alle diese Gründe legitim. Wir wollen daher Strategien er-
16 arbeiten, um die Menschen, die ohne Fahrschein fahren, zu unterstützen. Ein erster Schritt dürfte die
17 Verbreitung der „Kontrolletti“-Sticker der Linksjugend [‘solid] in öffentlichen Verkehrsmitteln und eine
18 öffentliche Debatte sein ;)

19 Die Linksjugend [‘solid] erklärt sich solidarisch mit Menschen ohne Fahrschein. Wir rufen unsere Mit-
20 glieder und Sympathisant*innen auf, Fahrscheinkontrollen solange wie möglich hinauszuzögern und
21 Menschen ohne Fahrschein bspw. per Zuruf oder durch Apps wie Blackdriver vor Kontrollen zu warnen.
22 Wir fordern die sofortige Freilassung aller wegen „Erschleichens von Leistungen“ Gefangenen.

23 Alle(s) auf die Schienen

24 Dem schienengebundenen Verkehr muss besonderes Augenmerk gewidmet werden, da es sich um
25 eine wenig unfallträchtige, effiziente und ökologische Fortbewegungsart handelt. Der schienengebun-
26 dene Verkehr sollte daher sowohl für den Personen-, als auch für den Güterverkehr das Grundgerüst
27 darstellen. Dem motorisierten Verkehr (der dann Optimalfall elektrisch betrieben wird) soll dabei eine
28 Zubringerfunktion zukommen.

29 Die Reaktivierung stillgelegter sowie der Neubau von Bahn- und Tramstrecken können hier sinnvolle
30 Schlüsselprojekte sein. An bestehenden Bahnstrecken sollten bei Bedarf weitere Haltepunkte einge-
31 richtet werden.

32 Aber können nicht einfach alle mit Elektroautos fahren?

33 In der Bevölkerung geistert ja der Irrglaube umher, der Verkehr könne einfach „auf Elektro umgestellt“
34 werden – dann ginge von Auto ja kein Klimaschaden mehr aus und alles wäre super. Diese Umstellung
35 ist aber alles andere als einfach. Zunächst ist festzuhalten, dass Elektroautos beim Betrieb mit Koh-
36 lestrom nur marginal weniger umweltschädlich sind als Benziner.¹⁶ Daher müsste gewährleistet sein,
37 dass Elektroautos ihren Strom aus erneuerbaren Energien beziehen. Flächendeckende Auflade-Sta-
38 tionen müssten gestellt werden. Zudem würde der Bau einer großen Zahl elektrisch betriebener Pkw
39 viele nicht-regenerative Ressourcen verbrauchen. Auch würde nicht die Spaltung der Gesellschaft in
40 Auto-Besitzer*innen und nicht-Auto-besitzer*innen nicht aufgehoben. Gerade für den Lieferverkehr
41 und/oder für Einsatzfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr ist die Umstellung auf Elektroautos aber
42 eine sinnvolle Alternative. Auch im Bereich des ÖPNV ist eine zeitnahe Umstellung auf Elektromobilität
43 schnellstmöglich umzusetzen.¹⁷ Zudem muss auch der Umfang des (elektrisch oder nicht elektrisch
44 betriebenen) MIV allgemein reduziert werden, um Flächenverbrauch und Landschaftszerschneidung
45 zu unterbinden.

46

47 **Begründung:**

48 Mobilitätspolitik, vor allem in der Tiefe, stellt häufig gewissermaßen eine Leerstelle in linker Program-
49 matik dar, obwohl es sich um eine Thematik handelt, an der soziale Ungerechtigkeit und ökologische
50 Ignoranz besonders gut erkennbar sind.

51 Es handelt sich um ein Thema, das unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden
52 kann, zB. unter dem Aspekt der Diskriminierung (gesellschaftliche Ausgrenzung durch mangelnde
53 Mobilität (> Recht auf Mobilität), Verkehrsraum als barrierenreicher Raum (> Forderung nach barrie-
54 refreier Gestaltung)), unter ökologischen Gesichtspunkten (motorisierter Verkehr als Treibgasverursa-
55 cher) oder auch unter eher technischen Gesichtspunkten (zB. die Frage U-Bahn oder Tram, die zuletzt
56 in der Facebook-Gruppe diskutiert wurde). Diese Aspekte greifen allerdings ineinander über (sind wir
57 wegen der Verkehrssicherheit für die U-Bahn oder wegen der Baukosten für die Tram?). Zu einer sinn-

vollen Lösung kommt man nur, dann wenn diese als zusammenhängender Komplex gedacht werden. 01
Mobilitätspolitik, mit der wir als Linke einverstanden sein können, kann nicht aus den Federn politisch 02
anders Eingestellter entstehen; die Linksjugend [‘solid] sollte sich das Thema Mobilität also verstärkt 03
auf die Fahnen schreiben. Hierzu soll der vorliegende Antrag Grundlagen schaffen. Er ist nicht als in 04
sich geschlossene Resolution zu verstehen, sondern greift verschiedene Ansätze auf und dient der 05
Meinungsbildung. 06

(Endnotes) 07

1. <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/verkehrspolitik/> 09
2. <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/abgasskandal-horst-seehofer-will-mit-steuererleichterungen-diesel-foerdern-a-1159042.html> 10
3. <https://www.vcd.org/strasse-zurueckerobern/> 12
4. <https://www.vcd.org/strasse-zurueckerobern/subpages/wir-brauchen-eine-diskussion-ueber-flaechengerechtigkeit/> 13
5. <http://www.vep.saarbruecken.de/media/download-5566e5bd5cab1> 15
6. <https://hamburg.adfc.de/verkehr/themen-a-z/radwegebenutzungspflicht/benutzungspflicht-aufgehoben-koeln-informiert-verkehrsteilnehmer/> 16
7. <https://hamburg.adfc.de/verkehr/themen-a-z/radwegebenutzungspflicht/adfc-erfolgreich-hamburg-stellt-schilder-fahrraeder-auf-der-fahrbahn-erlaubt-auf/> 18
8. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39308/umfrage/barrierefreie-bahnhoefe-in-deutschland/> 20
9. https://www.vep.saarland/fileadmin/dateien/Downloads/Stationserfassung_Abschlussbericht.pdf, Seite 7 22
10. <https://nullbarriere.de/> 24
11. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/79-000-euro-kostet-ein-zebrastreifen/7592040.html> 25
12. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161724/umfrage/verkehrstote-in-deutschland-monatszahlen/> 26
13. <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4d/Verkehrsleistung2.jpg> 28
14. <https://www.tagesschau.de/inland/ersatzfreiheitsstrafen-101.html> 29
15. <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/strafanzeigen-durch-die-bvg-schwarzfahrer-fuellen-gefaengnis-ploetzensee-23395514> 30
16. <http://eckldorna.com/2010/09/elektroautos-sind-sogar-mit-kohlestrom-gruener-als-benziner/> 32
17. Neben den bekannten Oberleitungsbussen, gibt es Busse mit Akku. Die Berliner Linie 204 (vgl. <http://www.taz.de/!5340705/>) und das komplette Busnetz von Zermatt (vgl. <https://www.zermatt.ch/anreise/Fortbewegung-im-Dorf>) fahren bereits heute rein elektrisch mit Akkubussen. Die Verkehrsbetrieb Hamburg-Holstein (HVV) wollen bis 2020 umstellen (vgl. <https://vhbus.de/e-bus/elektromobilitaet/>). 33

A39 Pornographie - für eine feministische Darstellung der existierenden Vielfalt und Diversität

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: Franziska Liebich (Saarland, LSp*R), Simon Ohliger (Saarland, LSp*R), Katrin Christoffel (Saarland, LSp*R), Eamon Schneider (Saarland, LSp*R), Dennis Weber (Saarland, LSp*R), Sebastian Borchart (Saarland, LSp*R), Lisa Schneider (Saarland, LSp*R), Dennis Lander (Saarland, LSp*R), Nadia Petrenko (Saarland, LSp*R)

- 01 In unserer Gesellschaft herrscht immer noch in weiten Teilen ein sexistisches Menschenbild vor, das
02 unter anderem durch Pornographie unterstützt und verbreitet wird. Dies ist ein Zustand, den wir für
03 intolerabel halten.
04
- 05 In Mainstream-Pornographie dominieren sexistische und rassistische Stereotype. Dabei wird ein stan-
06 dardisierter „Optimal“-Körper in den Mittelpunkt gerückt und als einzig begehrenswertes Ideal dar-
07 gestellt, es besteht kein Bezug zur in der Realität bestehenden Diversität von Körperformen. Der
08 dargestellte Sex verkommt zu einer Performance, gar zu einer Art Leistungssport. Dabei funktioniert
09 alles mechanisch perfekt, nichts erinnert daran, dass dort zwei individuelle Menschen miteinander
10 interagieren - es funktioniert scheinbar alles auf Antrieb, es gibt keine Kommunikation bezüglich Vor-
11 lieben und Empfinden, genau so wenig wie Scheitern und Neu-Ausprobieren. Die Komponenten von
12 Sexualität, welche durch das Aufeinandertreffen von Menschen entstehen, werden gänzlich ausge-
13 blendet. Auch in der Pornographie-Industrie schafft sich der Markt das Konsumverhalten, welches
14 seinen Prinzipien am ehesten entspricht: Leitung, Besitz und Dominanz.
15 Diese Darstellungsformen können Konsument*innen in ihrer Sexualität und in ihrem Menschenbild
16 nachhaltig beeinflussen.
17 Somit besteht die Gefahr, dass Jugendliche viel zu oft mit völlig unrealistischen Vorstellungen in ihr
18 Sexualleben starten. Dabei wird ihnen die Möglichkeit wesentlich erschwert, ein selbstbewusstes und
19 natürliches Verhältnis zu sich, ihrem Körper, ihrer Sexualität und ihrer Gesundheit zu entwickeln.
20 Eine Möglichkeit dieser Problematik entgegen zu wirken, besteht in jedermann zugänglicher ethischen
21 Pornographie, die staatlich unterstützt, ein Menschenbild und eine Sexualität geprägt von Diversität
22 und Vielfalt, zeigt.
23 Die nach unserer Definition feministische, ethische Pornographie muss mindestens die folgenden As-
24 pekte enthalten:
25
- 26 Abbildung der Vielfalt von Körperformen, der Vielfalt der Gesellschaft, der Vielfalt der sexuellen Orien-
27 tierung, der Vielfalt von Sexualpraktiken in realistischer Form
 - 28 angemessene Arbeitsbedingungen, keine Ausbeutung der Darstellenden
 - 29 gleichwertige Darstellung der Lust aller Beteiligten, Begegnung der Sexualpartner auf Augenhöhe und
30 Kommunikation über das Geschehen
 - 31 Darstellung von Verhütung und Eingehen auf diese Thematik
- 32 Somit gilt der Konsens, dass es nicht eine bestimmte ethische Pornographie gibt, sondern diese aus
33 verschiedenen Facetten besteht.
34 Dabei soll ethische Pornographie in keiner Weise den Sexualkundeunterrichts an Schulen ersetzen,
35 sondern lediglich ergänzen. Unterstützend fordern wir aber, dass im Sexualkundeunterricht an Schu-
36 len auf die Verfügbarkeit ethischer, feministischer Pornographie hingewiesen wird, und das standar-
37 disierte, realitätsferne Bild in Mainstream-Pornographie kritisch thematisiert wird. Pornographie muss
38 dabei nicht vordergründig einen reinen Bildungsaspekt verfolgen, sondern kann selbstverständlich
39 auch in filmischer - künstlerischer Form realisiert werden. Auch wenn nicht der Bildungsaspekt im Vor-
40 dergrund steht, sollte dabei jedoch ein ethisches, feministisches Menschenbild und Bild der Sexualität
41 dargestellt werden.
42 Da Pornographie zumeist kostenlos über das Internet konsumiert wird, muss auch ethische, feministi-
43 sche Pornographie gebührenfrei und vor allem unkompliziert im Internet verfügbar sein. Daher fordern
44 wir eine Filmförderung von Pornographie, die das feministischen Bild darstellt.
45 Eine solche Filmförderung ist über verschiedene Kanäle möglich:
46
- 47 Als Sexualbildung über die Landes- und Bundeszentrale(n) für politische Bildung und die Landes- und
48 Bundeszentrale(n) für gesundheitliche Aufklärung
 - 49 Als Filmförderung, z.B. im Rahmen einer Ausschreibung mit vorgegebenen Mindestkriterien, einer frei-

en Bewerbung um Fördermittel oder einer Preisverleihung. Dabei müssen verschiedene für feministische, ethische Pornographie relevanten Kriterien erfüllt werden und/oder eine Überprüfung durch eine Kommission erfolgen. Bei der Zusammensetzung der Kommission ist auf eine Quotierung in Bezug auf FLTI*-Personen zu achten.

Aufkauf von bereits existierender ethischer, feministischer Pornographie und das kostenlose Verfügbar machen in Online-Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender.

Wir fordern eine Überprüfung der genannten Möglichkeiten und daraus resultierend eine Förderung von ethischer, feministischer Pornographie.

Dass diese Forderung nicht utopisch und unrealistisch anzusehen ist, zeigen bereits funktionierende Modelle in anderen Ländern, z.B. das feministische Pornographie Projekt „Dirty Diaries“ in Schweden.

Begründung:

In Mainstream Pornographie wird weitestgehend ein sexistische geprägtes Bild jeglicher auftretenden Personen vermittelt. Ein Bild, welches das aus feministischer Sicht erstrebenswerte Menschenbild mit Füßen tritt. Desweiteren entspricht das Dargestellte in keiner Weise dem realistischen Aufeinandertreffen zweier Menschen, viel zu sehr stehen mechanische Aspekte des Aktes, sowie die idealisierte perfekte Form des Körpers, u.v.m. im Vordergrund. Die Vielfalt des menschlichen Körpers und die Vielfalt der Sexualität wird dabei ausgeblendet. Das Dargestellte entspricht in keiner Weise mehr einer realitätsnahen Darstellung von Sexualität. Leider werden Menschen, besonders junge Menschen durch solche Darstellungen beeinflusst, daher fordern wir einen Gegenentwurf zur Mainstream Pornographie, die Wert auf ein feministisches Menschenbild legt und existierende Vielfalt in jeder Form repräsentiert.

A40 „Adoptionsrecht für alle!“ - Für eine Akzeptanz aller Lebensentwürfe und Familienformen

Positionierungsantrag

01 **Antragsteller*innen:** Franziska Liebich (Saarland, LSp*R), Katrin Christoffel (Saarland,
02 LSp*R), Eamon Schneider (Saarland, LSp*R), Michael Vrazitulis (Saarland, LSp*R), Dennis
03 Weber (Saarland, LSp*R), Lisa Schneider (Saarland, LSp*R), Curly-Sue Stachel (Saarland,
04 LSp*R), Nadia Petrenko (Saarland, LSp*R), Simon Ohliger (Saarland, LSp*R)

05 Wir fordern eine Überarbeitung des Adoptionsrechts, welches den gesellschaftlichen Wandel und die
06 daraus resultierenden unterschiedlichen Lebensentwürfe und Familienformen berücksichtigt und da-
07 bei jeder Person und jeder Form von Partnerschaft die potenzielle Möglichkeit zur Adoption einräumt.
08 Dabei gilt jedoch, dass bei solch einer Überarbeitung die Orientierung am Kindeswohl und die Trans-
09 parenz oberste Priorität hat!

11 **Begründung:**

12 Das Adoptionsrecht ist vielschichtig und komplex. Um ein Kind adoptierend zu können müssen viele
13 verschiedene Hürden überwunden werden. Zudem bestehen viele Einschränkungen, die eine Adopti-
14 on gar nicht erst möglich machen, beispielweise war es lange nicht möglich als Paar in eingetragener
15 gleichgeschlechtlicher Partnerschaft gemeinsam ein Kind zu adoptieren. Im Laufe der Zeit hat sich die
16 Gesellschaft verändert. Verschiedene Lebensentwürfe und Familienformen haben sich in der Gesell-
17 schaft entwickelt und verdienen gleichwertige Anerkennung!

18 Eine Familie kann aus Vater und Tochter oder aus zwei Müttern und einem Sohn bestehen, diese
19 Familien sind genauso als Familie anzusehen, wie eine „traditionelle“ Familie bestehend aus Vater,
20 Mutter, einer Tochter und einem Sohn. Dabei sollte es für den Status einer Familie irrelevant sein, ob
21 die Partner verheiratet sind, oder nicht. In Bezug auf eine Adoption gilt aber, dass es bis heute für ein
22 unverheiratetes Paar nicht möglich ist, gemeinsam ein Kind zu adoptieren. Eine gemeinsame Adoption
23 steht lediglich verheirateten Paaren offen.

24 Wir empfinden, die derzeitigen Regelungen für Adoptionen unzeitgemäß und sehen eine Überarbei-
25 tung des Adoptionsgesetz hinsichtlich der genannten Punkte als dringend notwendig an.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

A41 Trans* von Kindesbeinen an

Positionierungsantrag

Antragssteller*innen: Franziska Liebich (Saarland, LSp*R), Katrin Christoffel (Saarland, LSp*R), Simon Ohliger (Saarland, LSp*R), Eamon Schneider (Saarland, LSp*R), Michael Vrazitulis (Saarland, LSp*R), Sebastian Borchart (Saarland, LSp*R), Nadia Petrenko (Saarland, LSp*R),

Trans* bezeichnet den Widerspruch zwischen dem selbst erlebten Geschlecht und der bei Geburt zugeschriebenen Geschlechtszugehörigkeit. Die Bestimmung der Geschlechtszugehörigkeit kann nur über die Selbstbeschreibung erfolgen. Diese ist möglich, sobald Kinder sich ihrer Identität bewusst werden und entsprechende Ausdrucksmöglichkeiten haben. Dabei lässt sich Geschlechtszugehörigkeit nicht auf ein historisch gesellschaftlich bedingtes Verhalten zurück führen.

Die gegenwärtige wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte über Geschlechtszugehörigkeit ist von Widersprüchen, Unwissenheit und Spekulationen geprägt. Aus dieser Situation heraus erfahren viele trans* Kinder (und auch die Familien) eine Pathologisierung, wenn sie versuchen, Anerkennung für ihre Geschlechtszugehörigkeit zu erlangen.

Zur gesellschaftlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität ist ein Gutachten notwendig. In diesen wird nach unklaren Kriterien die Geschlechtsidentität „geprüft“ und „bestätigt“. Ganz unabhängig von der Tatsache, dass es sich bei der Geschlechtsidentität um etwas handelt, dass von außerhalb nicht geprüft und bestätigt werden kann.

Leider besteht ohne positive „Begutachtung“ kein Anspruch auf die Verwendung der richtigen Geschlechtsbenennung und des meist neu gewählten Vornamens. So sind die Kinder im Umgang mit Institutionen (KiTas, Schulen etc.) auf den „guten Willen“ der Leitung angewiesen, dass diese die Geschlechtsidentität der Kinder akzeptieren.

Diese Situation stellt die Kindern und Familien vor vielerlei Hürden: ärztliche und psychotherapeutische Termine, finanzielle Kosten, kraftraubende Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit offiziellen Stellen, welche häufig psychische Probleme bei allen Beteiligten hervorrufen.

Aus der derzeitigen problematischen Lage heraus, zur Stärkung der Rechte von trans* Kindern fordern wir:

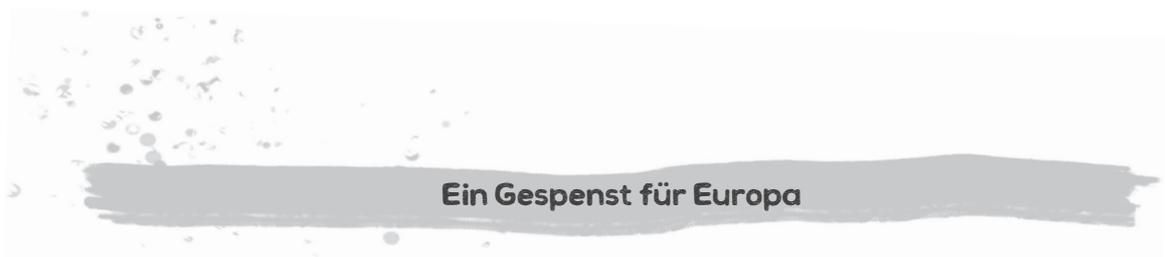
- Abschaffung der Diagnose von Trans* als Erkrankung, Störung oder Dysphorie
- Abschaffung von Zwangstherapie
- Freier Zugang zu verschiedenen notwendigen Maßnahmen (medikamentöse Maßnahmen, begleitende Psychotherapie, Operationen – sofern gewünscht) bei Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen
- Einrichtung von Anlaufstellen für trans* Kindern, die keine Unterstützung der Familie erfahren, Gewährleistung einer Unterstützung mindestens bis zur Anerkennung der Geschlechtsidentität
- Anerkennung der Geschlechtsidentität durch Änderung des Vornamens- und Geschlechtseintrages ohne Begutachtungsprozess, Wartezeiten und v.a. ohne Altersuntergrenzen
- klare Richtlinien für die Leitung von Bildungseinrichtungen im Umgang mit trans* Kindern
- Schulung des Personals an Bildungseinrichtungen (KiTas, Schulen etc.) im Umgang mit trans* Kindern
- Projektveranstaltungen an KiTas, Schulen, etc. zur Aufklärung der Kinder und Jugendlichen über Trans*
- die staatliche Unterstützung von Organisationen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, z.B. Trans-Kinder-Netz e.V.

Begründung:

Immer mehr finden queere Themen Eingang in die Gesellschaft. Immer mehr Menschen setzen sich für die Rechte von homosexuellen Menschen, Trans* Menschen, etc. ein. Dies ist ein Umstand den es zu Unterstützen gilt. Dennoch bleiben immer noch die Rechte vieler Menschen auf der Strecke. Allen voran die Rechte der Kinder, da diese nicht immer in der Lage sind, sich lautstark für ihre eigenen

01 Rechte einzusetzen. An dieser Stelle liegt es an der Politik ihre Position zu stärken und ihre Rechte
02 durchzusetzen. Daher sehen wir es als absolut nötig an, dass sich die Politik mit den Rechten von
03 Trans* Kindern auseinander setzt und diese stärkt.

04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57



A42 Unsere Gesellschaft - kein Platz für Rassismus und Faschismus!

Projektantrag

Antragsteller*innen: Franziska Liebich (Saarland, LSp*R), Katrin Christoffel (Saarland, LSp*R), Eamon Schneider (Saarland, LSp*R), Michael Vrazitulis (Saarland, LSp*R), Dennis Weber (Saarland, LSp*R), Sebastian Borchart (Saarland, LSp*R), Lisa Schneider (Saarland, LSp*R), Dennis Lander (Saarland, LSp*R), Roger Zenner (Saarland, LSp*R), Curly-Sue Stachel (Saarland, LSp*R), Nadia Petrenko (Saarland, LSp*R), Simon Ohliger (Saarland, LSp*R)

Wir fordern den BSp*R auf eine Kampagne zu entwickeln, die gezielt auf die Aufklärung über die Neue Rechte und die kritische Auseinandersetzung mit dieser hinarbeitet. Ein mögliches Projekt sollte aus mindestens den aufgeführten Punkten bestehen:

Veranstaltung (Vortrag und Diskussion) mit Experten zu dem Thema „Neue Rechte“ bezüglich Gefahr, Verbreitung, Mitgliederwerbung, Positionen, etc. konzipieren, sodass die Landesverbände diesen Experten zum Abhalten solch einer konzipierten Veranstaltungen einladen können

Entwicklung von Informationsmaterial zur Aufklärung über die derzeitige Lage unter anderem gezielt für Schulen, Bildungseinrichtungen, etc.

Unterstützung der Landesverbände bei der Organisation weiterer Veranstaltungen, Entwicklung von Informationsmaterial, etc. welches die landesspezifischen Gegebenheiten aufgreift

Begründung:

Wie die derzeitige politische Lage zeigt, erhalten rechte Gruppierungen und Parteien vermehrt Zulauf. Dieser Zustand ist für uns insbesondere aus geschichtlicher Sicht besorgniserregend und nicht tolerabel. Alte Gruppierungen sowie die sogenannte Neue Rechte können sich ohne große Kritik einer immer größer werdenden Öffentlichkeit präsentieren und um neue Mitglieder werben. Sie nutzen dabei die Ängste der Menschen, um für ihre diskriminierenden Positionen Unterstützer*innen zu finden. Wir sind der Meinung, dass wir es nicht einfach hinnehmen können, dass rechtspopulistisches Gedankengut immer breitere Unterstützung und gesellschaftliche Akzeptanz findet.

Aus diesem Grund fordern wir die Linksjugend [solid] auf dagegen zu handeln. Auch wenn der Kampf gegen Rassismus und Faschismus immer schon Teil der Position gewesen ist, sehen wir aufgrund der derzeitigen politischen Entwicklung verstärkt Handlungsbedarf. Es bedarf gezielt Aufklärung gegen die Neue Rechte, um sich deren wachsenden Popularität entgegen zu stellen.

Im Vordergrund steht für uns dabei, dass wir die Ausbreitung rechter Organisationen nicht akzeptieren können und es vielmehr vehement gegen deren weitere Ausbreitung stellen müssen.

Es besteht für uns dabei kein Unterschied, ob es sich dabei um eine „traditionsreiche“ Burschenschaft oder Partei handelt, welche ewiggestrig durch Sexismus und Rassismus Menschen aus ihrer Mitte verbannt und diskriminiert, oder um eine neu gegründete Gruppe, welche auf den Zug von AFD und Identitärer Bewegung aufspringt und sich dabei u.a. über die Diskriminierung von Minderheiten definiert. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu zeigen, dass die Diskriminierung von Minderheiten aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, etc. in unserer Gesellschaft keinen Platz hat

Wir wollen als Linksjugend [solid] solchen Gruppierungen selbstbewusst gegenüberstehen und weiterhin für eine vielfältige, offene und vielfältige Gesellschaft eintreten. Wir wollen andere über diese Bewegungen aufklären und zugleich die weitere Verbreitung von rechtem Gedankengut bekämpfen.

Für eine bunte Gesellschaft und gegen rechte Hetze! Kein Fußbreit den Faschisten!

A43 Gegen Repression und den Polizeistaat!

Positionierungsantrag

Antragssteller*innen: Simon Ohliger, Franzi Liebich, Katrin Christoffel, Eamon Schneider, Michael Vrazitulis, Dennis Weber, Sebastian Borchart, Lisa Schneider, Dennis Lander, Roger Zenner und Nadia Petrenko (alle LSp*R LV Saarland)

01
02
03 Die Linksjugend [´solid] stellt sich gegen sämtliche angesprochenen Verschärfungen und Repressions-
04 akte. Zudem ist uns wichtig, die Kämpfe von Streikenden, Asylsuchenden und Antifaschist*innen oder
05 anderen progressiven Kräften wie Umweltaktivist*innen oder auch kurdische Gruppen zusammen zu
06 denken und gemeinsam zu führen.

07
08 Der Trend hin zum Polizeistaat gehört gestoppt! Antifaschistischer Protest, Umweltinitiativen und zi-
09 viler Ungehorsam werden in Zukunft noch wesentlich stärker überwacht, denunziert, verfolgt und
10 eingekerkert werden. Dagegen gilt es zu protestieren!

11 Wir fordern weiterhin:

- 12 • eine externe Kontrollstelle für Polizeiverbrechen
- 13 • die Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte
- 14 • Rücknahme sämtlicher polizeistaatlicher Gesetzesänderungen
- 15 • die De-Militarisierung in Ausrüstung und Auftreten
- 16 • Schluss mit der Kriminalisierung linken Protests; weg mit der Extremismustheorie!
- 17 • ein Ende von GETEX - Übungen
- 18 • eine stärkere Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut bei Polizist*innen

19
20 **Begründung:**

21 Die Aufrüstung von Polizeieinheiten bundesweit, die stetige Zunahme an Überwachung durch Kame-
22 ras, Abhörmaßnahmen, durch Speicherung von Metadaten und/oder durch die Funkzellenabfrage...
23 Der deutsche Staat arbeitet seit Jahren mit fadenscheinigen Argumenten an einer gigantischen Über-
24 wachungs- und Sicherheitsstruktur. Erhöhte Polizeipräsenz wird damit begründet, dass die Menschen
25 sich wieder sicher fühlen sollen und dieses Bedürfnis herbeigeredet. Dass Kriminalität sich aber nicht
26 durch Staatsgewalt, sondern besser durch Prävention und soziale Sicherheit bekämpfen lässt, wird
27 ausgespart. Ein Großteil der Verschärfungen wird aber ohnehin nur bei Demonstrationen -oder genau-
28 er gesagt bei ihrer Störung, Verhinderung oder Kriminalisierung - eine Rolle spielen.

29
30 **G20**

31 Auf Initiative des Justizministers Heiko Maas (SPD) hat der Bundestag im Eiltempo die Verschärfung
32 der §§ 113, 114 StGB beschlossen. Ob diese Eile etwas mit dem anstehenden G20-Protest in Hamburg
33 zu tun hatte, für welchen sich die Hamburger Polizei bereits Monate im voraus mit der Anschaffung von
34 Panzerfahrzeugen oder der Errichtung zusätzlicher Containergefängnisse vorbereitete, kann nur ge-
35 mutmaßt werden. Übereifrige Politiker der Hamburger Regierung warnten Demonstrierende davor, die
36 Konvois der teilnehmenden Politiker*innen zu blockieren. Sie sollten sich nicht in Lebensgefahr (sic!)
37 begeben!¹ Die CDU forderte gar, aus der kompletten Innenstadt eine Demo-Verbotzone zu machen.
38 Aktivist*innen, die sich zum Ziel gesetzt hatten die Hofierung von Mördern und Tyrannen im Rahmen
39 eines Schauspiels gegenseitiger Bauchpinselei der sog. „World leaders“ zu opponieren, wurden als
40 gewaltbereiter, Chaos verursachender „Black Block“ denunziert. Die polizeiliche Willkür und Gewalt
41 sorgte ironischerweise für die Abwesenheit des Rechtsstaats, gerade dort, wo er zum Schutz von De-
42 monstrations- und Meinungsfreiheit gebraucht worden wäre.

43 Im Anschluss an die Proteste in Hamburg verrannte sich die Öffentlichkeit in die abzusehende Linksex-
44 tremismus-Debatte. Die Rote Flora sollte möglichst schnell geschlossen werden, antifaschistische De-
45 monstrations wurden durch SEK-Einheiten begleitet und nicht zuletzt wurde in einer krassen Zur-
46 schaustellung des Ineinandergreifens gesellschaftlicher und politischer Repression die Seite linksunten.
47 indymedia.org zwangsweise geschlossen.

48
49 _____
50 1 <http://www.abendblatt.de/hamburg/article210506439/G20-Treffen-in-Hamburg-Lebensgefahr-fuer-Blockierer.html>

Die „härtere Gangart“

Die reaktionären Kräfte von Polizeigewerkschaften bis zum SPD - Minister spielen bekanntlich schon länger die Platte von der stetigen Zunahme von Angriffen auf Polizist*innen. Die angeführten Zahlen geben darüber allerdings keine Auskunft. Der Universitätsprofessor Henning Ernst Müller der Uni Regensburg merkt zudem an: „Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird von der Polizei selbst geführt und nicht unabhängig geprüft. Die Opferzahlen und insbesondere deren Steigerung können daher nicht wie ein objektives Ergebnis einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung behandelt werden, zumal hier z.B. die Gewerkschaften der Polizeibeamten seit Jahren in der Öffentlichkeit für eine Sonderbehandlung werben.“² Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg geht in seiner Analyse sogar noch weiter: Der Diskurs um Gewalt gegen Polizeibeamt*innen habe sich verselbstständigt. „Das heißt, er ist moralisch geworden. Es ist eine gefühlte Gewalt, die interpretiert wird [...] und eben keine statistisch Nachweisbare.“³ Ganz abgesehen davon also, ob eine Verschärfung überhaupt den gewollten Effekt hätte - für die Notwendigkeit gibt es keinerlei objektive Anhaltspunkte.

Dennoch wurde Heiko Maas tätig. Neben der Erweiterung der Regelbeispiele im § 113 StGB wurde im Rahmen der Reform auch der § 114 geändert. Dessen Inhalt wurde in den wiederbelebten § 115 StGB gepackt. Der § 114 bekam einen neuen Tatbestand verpasst, der den aus dem § 113 gestrichenen „tätlichen Angriff“ aufnimmt. Darunter versteht man die in feindseliger Willensrichtung unmittelbar auf den Körper eines anderen zielende Einwirkung ohne Rücksicht auf ihren Erfolg. „Tätlicher Angriff“ hört sich schlimm an, fällt meistens aber sowieso mit einer (bereits strafbaren) versuchten oder vollendeten Körperverletzung zusammen. Ist der tätliche Angriff von eigenständiger Bedeutung, ist diese unterhalb der versuchten Körperverletzung anzusiedeln, nämlich dann, wenn der Täter eine Verletzung nicht intendiert hat. Der tätliche Angriff, bei dem nicht einmal eine Körperverletzung beabsichtigt ist, gilt im Allgemeinen zu Recht als nicht strafwürdig. Die Erhöhung der Mindeststrafe von Geld- auf dreimonatige Freiheitsstrafe übersteigt allerdings sogar die Mindeststrafe für Körperverletzung (Geldstrafe). Im Endeffekt bedeutet das: Wer Polizisten, Rettungssanitäter, etc. ohne Verletzungsabsicht angeht, wird sogar härter bestraft, als wenn man eine Zivilperson mit Verletzungsabsicht angeht. Darin liegt ein enormer und drastischer Bruch mit grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaats.

Zu bedenken ist auch: Haftstrafen sind weitaus stärkere Druckmittel als Geldstrafen. Da Menschen, die Polizeigewalt anzeigen wollen, sehr oft mit einer Gegenanzeige wegen Widerstand rechnen müssen, wird der höhere Strafrahmen der Einschüchterung und Unterdrückung von Betroffenen weiter zuträglich sein.

Groß sind die Chancen ohnehin nicht. Von den über 2000 Anzeigen wegen Gewalttaten, die im Jahr 2014 ermittelt wurden, führten lediglich 50 zu einem Verfahren. In nur ca. 3% der Fälle wird dann überhaupt erst die Anklage erhoben. Verurteilt werden die Täter so gut wie nie. Von den über 2000 Anzeigen wegen Gewalttaten, die im Jahr 2014 ermittelt wurden, hatten lediglich 50 ein Verfahren zur Folge. In nur ca. 3% der Fälle wird dann überhaupt erst die Anklage erhoben. Verurteilt werden die Täter so gut wie nie.⁴

Der Berliner Rechtswissenschaftler Tobias Singelstein hält dafür folgende Tatsachen für verantwortlich. „Erstens finden sich nur sehr selten Polizisten, die gegen ihre eigenen Kollegen aussagen; eher werden die beschuldigten Beamten sogar noch gedeckt.(...) Zweitens erweist es sich in solchen Verfahren als besonders problematisch, dass strafprozessuale Ermittlungen in der Praxis durch die Polizei selbst vorgenommen werden. Diese kann damit zumindest faktisch selbst über Umfang und Intensität bei der Suche nach Beweisen bestimmen. Dass hierbei in Verfahren gegen Kollegen oftmals nicht der größte Eifer an den Tag gelegt wird, liegt angesichts des offensichtlichen Interessenkonflikts auf der Hand. Mitunter werden die Ermittlungen in diesen Verfahren nach Berichten aus der Praxis regelrecht boykottiert.“⁵

Militarisierung der Polizei

Die deutsche Polizei rüstet auf, egal ob Fußfesseln, Bodycams, Videoüberwachung oder die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Im Zuge der Terroranschläge (v.a von Paris und Brüssel) der letzten Jahren wird die Militarisierung der Polizei und die angeblich daraus resultierende Sicherheit damit

2 <https://community.beck.de/2017/02/20/zum-geplanten-ss-114-stgb-taetlicher-angriff-auf-vollstreckungsbeamte>

3 <http://akduell.de/2017/03/maaslos-uebertrieben/>

4 <https://correctiv.org/blog/2015/08/20/polizei-ohne-kontrolle/>

5 http://www.nk.nomos.de/fileadmin/nk/doc/Aufsatz_NK_14_01.pdf

01 begründet. Ist das Ziel wirklich die Sicherheit vor Terroranschlägen oder die Ausweitung des Polizei-
02 staats?

03 Beispielsweise gibt es seit 2017 das bundesweite GETEX-Programm (gemeinsame Terrorismusabwehr
04 Exercise), an dem sich insgesamt 6 Bundesländer beteiligen. In diesem Programm führt die Polizei
05 gemeinsam mit der Bundeswehr Anti-Terrorübungen durch, die dazu dienen sollen im Falle eines Ter-
06 roranschlags gut vorbereitet zu sein. In Kenntnis des Art. 35 Abs. 2 GG, wird einem schnell klar, dass
07 GETEX sehr problematisch ist. Demnach wäre eine Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei, die
08 über die bloße Amtshilfe (z.B. bei Flutkatastrophen) hinausgeht nur zur Wiederherstellung der öffent-
09 lichen Ordnung erlaubt. Dies wäre bei einem Angriff auf den Bestand eines Landes oder des gesamten
10 Bundes der Fall. Bei einzelnen Terroranschlägen ist dies nicht gegeben.

11
12 Ein weiteres Beispiel für die Militarisierung der Polizei lieferte das SEK Sachsen Ende 2017. Das SEK
13 Sachsen hatte sich nämlich zwei Radpanzer mit dem treffenden Namen „Survivor R“ „gegönnt“. In
14 weiteren Teilen der Bundesrepublik wurden mehrfach solche Panzer bestellt, einzigartig für Sachsen
15 war jedoch, dass sie mit einem aus dem Innenraum steuerbaren Gefechtsturm ausgestattet sind. Ne-
16 ben Scheinwerfer, Kameras und einer Abschussvorrichtung für Gas- und Nebelgranaten befindet sich
17 dort auch ein Munitionskasten und ein Führungsgürt für ein noch nicht installiertes Waffensystem. Es
18 bleibt also nur eine Frage der Zeit bis der rechtliche Rahmen für solche Waffensysteme an Polizei-Pan-
19 zern geschaffen wird. Die Sitzbezüge der Panzer erinnern sichtbar stark an NS-Ästhetik: Altdeutsche
20 Schrift, Eichenlaubkranz und Adlerschwingen.

21 Weiterhin gilt das SEK-Sachsen schon seit 2011 als Vorreiter der Militarisierung des Protest Policing,
22 dh. der Bekämpfung von Demonstrationen und inneren Unruhen. Damals setzte Sachsen das SEK zur
23 Räumung einer antifaschistischen Blockade (Proteste gegen den jährlichen Naziaufmarsch zur Bom-
24 bardierung Dresdens) ein.

25 Desweiteren ist Erscheinungsbild von Polizeieinheiten zu kritisieren. Das martialische Auftreten von
26 BePo, BFE oder mittlerweile auch SEK - Einheiten auch auf völlig harmlosen Demonstrationen wirkt
27 einschüchternd auf Passant*innen, aber auch auf Demonstrierende, die den Anblick von bis an die
28 Zähne bewaffneten, maskierten Schlägertrupps noch nicht gewohnt sind.

29
30 Die Zuspitzung der vorgeblich Sicherheitszwecken dienenden Politik, die Befugnisse der Polizei immer
31 weiter auszuweiten und dabei gravierende Einschnitte in Sachen Datenschutz, Privatsphäre und Schutz
32 vor polizeilicher Willkür achselzuckend in Kauf zu nehmen, erleben wir momentan in Bayern. Von der
33 Öffentlichkeit bisher weitestgehend unbeachtet, wird dort von der CSU-geführten Landesregierung
34 eine Neuauflage des sog. Polizeiaufgabengesetzes (PAG) auf den Weg gebracht. Der 101-seitige Ge-
35 setzesentwurf, welcher bereits diesen Sommer in Kraft treten soll, räumt den bayrischen Polizeibehör-
36 den derart uneingeschränkte Befugnisse ein, wie sie seit 1945 nicht mehr existierten. Bereits im Falle
37 einer sog. „drohenden Gefahr“, einem juristisch äußerst vagen und mangels einheitlicher Definition
38 recht dehnbar auslegbaren Begriff, wäre es der Polizei also auch ohne jeglichen konkreten Tatverdacht
39 möglich E-Mails und Briefe auf ihrem Weg zum*r Empfänger*in abzufangen und ggf. zu modifizieren,
40 Telefongespräche abzuhören, V-Leute einzusetzen oder ein höchst umstrittenes DNA-Analyseverfah-
41 ren zur Erstellung von Phantombildern einzusetzen. All das würde die bayrische Polizei schlagartig zu
42 einer de facto geheimdienstlichen Institution „upgraden“. Zudem finden sich im neuen PAG-Entwurf
43 Elemente einer weiteren Militarisierung der polizeilichen Organe: Künftig sollen bayrische Polizeibe-
44 amt*innen in Ausnahmefällen sogar Handgranaten zum Einsatz kommen lassen dürfen. Repression
45 und Willkür sowie überwachungsstaatsähnliche Zustände sind vorprogrammiert, sollte das neue PAG
46 in Bayern tatsächlich beschlossen werden und in Kraft treten. Da die CSU in der neuen Bundesregie-
47 rung das Innenressort innehat, kann man sich schonmal auf entsprechende bundesweite Vorstöße
48 gefasst machen. Die SPD wird mit ihrem aktuellen Führungspersonal - zu dem u.A. Olaf „Es-gab-kei-
49 ne-Polizeigewalt“ Scholz gehört - diese Entwicklung sicherlich nicht verhindern.

50
51
52
53
54
55
56
57

A44 Impfpflicht

Positionierungsantrag

Antragssteller: Niklas Gießler

Unterstützer: BAK Shalom, Roman Singler, Léon Borgemeister

Der nachfolgende Antrag gilt als Positionierung der Linksjugend und als Auftrag an alle Delegierten durch die Linksjugend diese Position in die Gremien der Partei die Linke zu tragen:
Wir fordern eine allgemeine Impfpflicht für die dringenden Impfeempfehlungen des Robert Koch- Instituts für alle Kinder bis 14 Jahren, für die nicht gegenteilige medizinische Indikationen vorliegen, und die Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestands, für alle Eltern, die vorsätzlich oder fahrlässig gegen diese Pflicht verstoßen.

Ende des Antrags

Exkurs: Warum 14 Jahre?

Die Strafmündigkeit und die Religionsmündigkeit, das heißt das Alter, mit dem die Konfession frei gewählt werden kann, liegt bei eben diesen 14 Jahren. Es ist davon auszugehen, dass Kinder ab diesem Alter grundlegende ethische Entscheidungen selbst treffen und Folgen und Risiken ihres Handelns relativ gut abschätzen können.

Begründung:

Röteln, Mumps, Pocken und Tetanus- Dies alles sind Krankheiten, die heute- zumindest in westlichen Industriestaaten- kaum noch vorkommen- Das hat einen guten Grund. Gegen alle diese Krankheiten besteht ein effektiver Impfschutz. Alle diese schrecklichen Krankheiten wurden nach und nach systematisch, weitgehend ausgerottet. Dies ist ein enormer medizinischer Fortschritt, der allein im Bereich der Tetanusinfektion geschätzt in Deutschland mehreren hundert Menschen jährlich das Leben rettet. Diesen Fortschritt zu verkennen wäre töricht. Es gibt allerdings dennoch viele nicht geimpfte Personen, insbesondere Kinder sind oft mangelhaft geschützt. Dies weist das Robert- Koch- Instituts (RKI) in seinen jährlich erscheinenden Publikationen deutlich nach. So gibt es Landkreise in der Bundesrepublik, in denen über 30% der 2- Jährigen nicht gegen Masern, also eine im schlimmsten Fall, vor allem für Kinder, tödliche Krankheit, geschützt, sind. Bei anderen Krankheiten liegen die Impfquoten teilweise noch deutlich niedriger. Dies hat vielfältige Gründe. Zum einen herrscht in der Bevölkerung teilweise schlichtes Unwissen über die Gefahren einer solchen Krankheit, hier leistet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gute und unerlässliche Aufklärungsarbeit, hier ist ein weitergehender politischer Auftrag lediglich in der Erhöhung der Mittel zu sehen. Zweitens gibt es Kinder mit schweren Immunschwächen, sodass die Impfung, auch eigentlich unwirksamer Viren zu ernsthaften Komplikationen führen kann, hier ist der politische Auftrag lediglich in der Erhöhung der allgemeinen Impfquote zu sehen, um durch die Herdenimmunität ein vermindertes Ansteckungsrisiko zu gewährleisten. Zum anderen gibt es, tiefsitzende Vorurteile gegen das Impfen als solches. Eines der bekannteren, ist die Mär von sogenannten Impfschäden. Hierbei sollen den Impfstoffen tatsächlich zugesetzte Additive, um die gewünschte Immunreaktion zu provozieren und zu verstärken, wie z.B. Aluminiumverbindungen zu langfristigen Hirnschäden und teilweise zum Tod führen. Allerdings gibt es weltweit keinen einzigen, wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesenen Fall und auch nur ein knappes Dutzend Verdachtsfälle, weltweit, was angesichts Hunderttausender geretteter Menschen jährlich, eine lächerlich niedrige Zahl ist, lediglich kurzzeitige Folgen wie Hautrötungen oder Fieber sind belegt. Hier hilft nur konsequente Aufklärungsarbeit und eine Impfpflicht für alle Kinder, deren Immunsystem dafür empfänglich ist. Denn eine Impfung schützt schließlich nicht nur den oder die Geimpfte*n, sondern alle Menschen, die eine Impfung nicht tragen. Dies sind vor allem Kinder mit Schilddrüsenunterfunktionen, Leberschäden oder ähnlichem. Der zweite wichtige Punkt für eine Impfpflicht ist, dass Kinder nichts für die Unvernunft ihrer Eltern können. Wenn sich Erwachsene aus unterschiedlichen Gründen für oder gegen eine Impfung entscheiden, geht dies den Staat nichts an. Allerdings ist der Schutz der Bevölkerung eine zentrale staatliche Aufgabe. Wenn Eltern durch die Nichtimpfung das Kindeswohl leichtfertig gefährden, muss der Staat eingreifen. Er hat Sorge zu tragen, dass alle Menschen unabhängig vom Elternhaus grundlegender medizinischer Fortschritt zuteil wird und wenn dies nur dann möglich ist, wenn die Eltern zur Vernunft und zum Kindeswohl gezwungen werden, muss er diese Maßnahme einleiten.

A45 Tabaksteuer

Positionierungsantrag

Antragssteller: Niklas Gießler

Unterstützer*innen: Roman Singler, Yannic Plonk, Sabri Gaaia

01

02 Der nachfolgende Antrag gilt als Positionierung der Linksjugend und als Auftrag an alle Delegierten
03 durch die Linksjugend diese Position in die Gremien der Partei die Linke zu tragen:

04 Wir fordern die Senkung der Tabaksteuer auf maximal 100% des Warenpreises.

05

06 **Begründung:**

07 Erfolgt mündlich.

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A46 Basisgruppen aktivieren – stärkere Prozesseinbindung

Projektantrag

Antragssteller*innen: Maximilian Kolb (BG Würzburg), Adrian Siegler (BG Würzburg)

Bei der Neugründung von Basisgruppen stehen die Genoss*innen oftmals mehr oder weniger alleine da. Bei der Neuschaffung einer lokalen Struktur wie es eine Basisgruppe ist, lassen sich die politischen Vorerfahrungen der Einzelnen – falls vorhanden – nur bedingt anwenden. Trotz der Positionierungen des Verbands und der bereitgestellten Hilfe, die auf der Website einsehbar sind, ist es schwer, geeignete und wirkungsvolle Aktionsformen zu finden. Weiterhin ist es schwierig einzuschätzen, welche Aufgaben im Laufe anfallen und wie diese am besten aufgeteilt werden. Gesprächskulturen müssen neu entwickelt werden, obgleich diese in anderen Basisgruppen oder auch in Plena auf Bundesebene seit langem erfolgreich etabliert. Politische Bildungsarbeit ist wichtig, um Aktionen und Positionierungen auf kommunaler Ebene durch das theoretische Wissen ableiten und untermauern zu können. Leider fehlt es auch hier an Anreizstrukturen, um Basisgruppen zu theoretischer Bildungsarbeit zu bewegen. Zuletzt könnte der für die Öffentlichkeitsarbeit heutzutage notwendige Internetauftritt vieler Basisgruppen durch Hilfestellungen des Bundessprecher*innenrats seinen Anforderungen gerecht werden und so den Gesamtprozess stärken.

Wir würden uns wünschen, dass durch diesen Antrag Wege erarbeitet werden, Basisgruppen allen voran in der Anfangszeit zu unterstützen, um eventuelle Misserfolge zu vermeiden.

In unseren Augen sollte vor allem folgendes in Betracht gezogen werden:

- Erarbeitung von Leitfäden für Basisgruppen
- Stärkung der Kommunikation zwischen BGs und BSp*R über die Landesverbände (kurze Berichterstattung)
- Einrichten eines Emailverteilers für Basisgruppen, mit Informationen über tagespolitische Themen und Vorschlag über mögliche Aktionen

A47 Anforderungen an den*die Kandidat*in zur Europaparlamentswahl

Positionierungsantrag

Antragsteller*innen: Delegation der linksjugend [‘solid] Sachsen

01
02 Der Bundeskongress möge beschließen, dass
03
04 sich der*die Jugendkandidat*in mit folgenden Themen zusätzlich identifizieren muss, um von Bundes-
05 kongress als Jugendkandidat*in nominiert zu werden:

- 06
07 • Bekenntnis zur Republik Europa.

08 09 **Begründung:**

10 Als progressiver Jugendverband sollten wir inhaltlich andere, bzw. tiefer gehende, Schwerpunkte set-
11 zen als die Partei DIE LINKE selbst. Dazu zählt auch das Thema Europa.
12 Die Partei DIE LINKE fordert teils eine Reform der EU, wir allerdings sollten eine komplette Neuauflage
13 fordern, wie es eine Republik wäre (näheres dazu im Antrag (?)).
14 Um neue Schwerpunkte zu setzen, braucht es neue, frische Ideen, die unser*e Kandidat*in sowohl
15 parteiintern, als auch im Parlament selbst einbringen muss und sollte.

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

A48 Gegen jeden Islamismus

Positionierungsantrag

Antragsteller: Julius Stummhöfer (LAK [„sisyphos“ Thüringen), Yannic Plonz (BAK [„shalom“])

Unterstützer*in: BAK [„shalom“]

Der Bundeskongress möge beschließen

Positionierung zum Islamismus

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ - Diese hohle Phrase konnte man im vergangenen Monat in großen Lettern in den Zeitungen des ganzen Bundesgebietes lesen.

So unwahr und dämlich dieser Spruch des neuen Heimatministers Horst Seehofer auch ist, er steht symptomatisch für eine verkorkste Debatte über Islamismus die vom Großteil der Diskussionsteilnehmer_innen am Thema vorbei geführt wird. Als größter linksradikaler Jugendverband dieser Republik ist uns nicht daran gelegen bestimmen zu wollen, was zu Deutschland gehören mag und was nicht. Wir wollen uns in die Debatte um den politischen Islam einmischen und uns jeder Hetze - der rechten Fremdenfeindlichkeit, dem genuinen Rassismusvorwurf an Islamismuskritiker_innen, und dem Hass der Islamisten auf Ungläubige oder Minderheiten - entgegenstellen.

Da ein Antifaschismus auf Höhe der Zeit die individuelle Freiheit jedes Menschen gegen alle verteidigen muss, die sie einzuschränken versuchen, ist uns an einer materialistischen Kritik an den Phänomenen des politischen Islams gelegen. Geboten ist sie allemal: Während im Iran Homosexuelle an deutschen Baukränen aufgehängt werden und die Hamas in Israel Raketen auf Zivilgebiete abfeuert, marschiert der deutsche Handels- und NATO-Partner Türkei in Nordsyrien gemeinsam mit lokalen Djihadisten ein, welche insbesondere die kurdische und jesidische Bevölkerung in enormem Umfang bedrohen. In Ländern wie Indonesien, wo bisher gemäßigte Formen des Islams vorherrschten, sind radikale Kräfte massiv auf dem Vormarsch, und auch in Europa arbeiten islamistische Bewegungen zielgerichtet - sei es durch Akte des Terrors oder aber ganz legalistisch über die Lobbyarbeit in den Islamverbänden.

Was ist Islamismus?

Unter Islamismus definieren wir einen Oberbegriff unter dem sich mehrere politische Ideologien sammeln lassen, deren gemeinsamer Nenner in der Forderung nach einer radikalen Neuausrichtung der Gesellschaft anhand der heiligen Texte des Islams zu finden ist. Er entstand als Reflex auf die Moderne und die sie begleitenden Umwälzungen und ist als eine „aktivistische, reaktionär-regressive Widerspruchsverarbeitung angesichts einer objektiv-realen (ökonomischen, sozialen, politischen) und geistig kulturellen Krisensituation“ zu charakterisieren.

Das ideologische Fundament entstand bereits im 18. und 19. Jahrhundert als sich abzeichnete, dass die muslimische Welt technologisch, wissenschaftlich und militärisch von Europa abgehängt wurde. Der Grundgedanke dieses Frühislamismus: Die historische Schwäche der islamischen Welt liege in der unislamischen Lebensweise der Menschen. Um zurück zu alter Stärke zu finden, müssten die Muslime wieder gottgefälliger leben. Durch die Rückbesinnung auf die Ursprünge soll der wesentliche Kern der Religion freigelegt werden.

Zum Instrumentarium von Islamisten zählt seitdem zwar die Thematisierung der destruktiven Symptome von Moderne und Kapitalismus jedoch nicht die Analyse der endogenen Ursachen für alle Krisen in der islamischen Welt. Folglich gehören heute regressive Ursachenbenennungen und die Konstruktion von Feindbildern zum festen Bestandteil jeder islamistischen Ideologie. Nach „innen“ äußert sich dieses Feindbild im Hass auf Zweifler und Apostaten, sowie all jene die durch einen angeblich sündhaften - „westlichen“ - Lebensstil auf eine Zerstörung der islamischen Ordnung hinarbeiten, also auch Homosexuelle, Transgender und Frauen, die das traditionelle Rollenbild in Frage stellen. Nach „außen“

01 mündet diese regressive Ursachensuche in einem antisemitischen Welterklärungsversuch, der sich zu
02 einem verschwörungsideologischen Gebäude ausformt, demgemäß der „Westen“ und Israel die Ver-
03 antwortlichen dieser inneren Krise seien.

04

05 Ideologischer Orientierungspunkt ist seit jeher der frühe Islam der ersten drei Generationen nach
06 Mohammed, also der Islam in der Phase seiner Expansion. Heute zeigt sich der Islamismus nicht nur
07 in seiner gewalttätigen Ausprägung (dem Djihadismus). Auch legalistische Gruppen trachten danach,
08 einen islamischen Staat zu errichten.

09

10 **Teil des Problems: Zum Wirken von legalistischen Islamisten in deutschen Islamverbänden**

11

12 Auch wenn Seehofer den Islam nicht als Teil von Deutschland sehen möchte, so sollen laut ihm die
13 Islamverbände doch weiterhin an wichtigen Entscheidungen teilhaben dürfen. Wir müssen dabei kon-
14 statieren, dass es sich dabei leider nicht um die liberalen und gemäßigten Kräfte handelt mit denen da
15 geredet werden soll. Teil der deutschen Islamkonferenz sind mit dem Zentralrat der Muslime (ZMD),
16 der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) und dem Islamrat (IR) genau die Ver-
17 bände, die den Muslim_innen eine zutiefst konservative Auslegung des Islams predigen und in deren
18 Reihen Islamisten geduldet werden.

19

20

21 Innerhalb des ZMD, welcher - anders als der Name suggeriert - nicht „die Mehrheit der Muslim_innen“
22 in Deutschland sondern nur etwa 0,5% von ihnen vertritt, wirkt mit der Union der Türkisch-Islami-
23 schen Kulturvereine (ATIB) beispielsweise eine Organisation mit, die nach der Einschätzung von Ismail
24 Küpeli in Verbindung zu den faschistischen Grauen Wölfen steht. Prägend für deren Ideologie ist der
25 Hass auf Alevit_innen und Christ_innen. ATIB ist innerhalb des Zentralrates keineswegs isoliert. Mit
26 Mehmet Alparslan Çelebi, welcher ua. die Armenien-Resolution des Bundestages verurteilt, stellen sie
27 einen der stellvertretenden Vorsitzenden des ZMD.

28 Weiterhin Teil des Zentralrats sind Organisationen wie beispielsweise die IGD, die in einer ideologi-
29 schen und historischen Verbindung zu der stramm antisemitischen, antidemokratischen und anti-
30 kommunistischen Muslimbruderschaft stehen. Laut der Islamwissenschaftlerin Dr. Valentina Colombo
31 zählt zu diesen Vereinigungen auch das Islamische Zentrum Aachen, die geistliche Heimat von Aiman
32 Mazyek, seines Zeichens Vorsitzender des ZMD.

33 Ebenfalls im ZMD aktiv ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), wobei es sich um eine radikalisi-
34 lamische schiitische Institution handelt, welche direkt durch das iranische Regime kontrolliert wird und
35 welches zu den Organisatoren des alljährlich stattfindenden antisemitischen Al-Quds-Marsches zählt.

36

37

38 Die DITIB wiederum geriet im vergangenen Jahr durch einen Spionageskandal in die Schlagzeilen. Bei
39 ihr handelt es sich um eine politische Organisation durch welche das türkische Regime versucht auf die
40 Muslim_innen in Deutschland Einfluss zu nehmen. Kürzlich wurde bekannt, dass sie eine Jugendrei-
41 se in die Türkei durchführte, bei der sie zu Besuch im Präsidentenpalais beim „obersten Heerführer“
42 waren. Im Zuge des türkischen Angriffs gegen Afrin, rief sie in ihren Moscheen dazu auf, für einen
43 schnellen Sieg der türkischen Truppen und ihrer islamistischen Verbündeten zu beten.

44

45 Innerhalb des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland besitzt die Islamische Gemeinschaft
46 Millî Görüş (IGMG), der islamistische Tendenzen vorgeworfen werden, den größten Einfluss. Sie ist die
47 mitgliederstärkste Teilorganisation und der ehemalige IGMG-Funktionär Ali Kızılkaya ist derzeit Vorsit-
48 zender des IR. 2010 leiteten Funktionäre der IGMG über einen Hilfsverein – die mittlerweile verbotene
49 „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“ - Gelder in Höhe von 6,6 Millionen Euro an die antise-
50 mitische Terrororganisation Hamas weiter.

51

52 **Unsere Positionen und Forderungen**

53

- 54 • Die Linksjugend spricht sich gegen den Versuch aus, jede Kritik am politischen Islam pauschal als
55 Rassismus zu brandmarken.
- 56 • Keine Zusammenarbeit mit Islamisten und den Angehörigen ihrer Tarnorganisationen! Vollständiger
57 Ausschluss von Vereinen wie der DITIB von der staatlichen Förderung.

- Wir unterstützen die liberalen muslimischen Kräfte wie z.B. das Muslimische Forum Deutschland oder die ibn-Rushd-Goethe-Moschee von Seyran Ateş. 01
02
- Solidarität mit allen durch den Islamismus unterdrückten Menschen und Solidarität mit allen die so wie in Rojava und im Iran gegen ihn aufbegehren. 03
04
- Wir fordern von der Bundesregierung eine Änderung ihrer Türkeipolitik und ein konsequentes Verbot von Waffenlieferungen an die Türkei und andere islamistische Regime. 05
06
- Die Linksjugend spricht sich für ein vollständiges Verbot der islamistischen und antisemitischen Hisbollah in Deutschland und Europa aus und wirkt auf die Partei ein diese Position ebenfalls zu übernehmen. 07
08
09
10

Begründung:

Erfolgt mündlich.

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

A49 Keine sicheren Herkunftsländer!

Positionierungsantrag

Antragsteller*in: Sarah Rambatz

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

02

03 Das Konzept der »sicheren Herkunftsstaaten« zielt allein darauf ab, Schutzsuchende abzuschrecken
04 und abschieben zu können. Dieses Konzept folgt somit politischer Willkür und spiegelt die menschen-
05 rechtlichen Tatsachen nicht wieder. Die pauschale Unterstellung Schutzsuchende aus diesen Ländern
06 hätten keine Schutzgründe, steht somit dem Grundprinzip des Asylverfahrens diametral entgegen.
07 Das Konstrukt der »sicheren Herkunftsstaaten« darf nicht ausgeweitet werden. Es gehört abgeschafft.

08

09

10 **Begründung:**

11

12 Es ist 2018 und die Liste der vermeintlich »sicheren Herkunftsstaaten« wird immer länger. Die prekäre
13 Sicherheits- und Menschenrechtslage in diesen Ländern tangiert diese Bezeichnung wenig. Für die
14 Einstufung als »sicherer Herkunftsstaat« müsste landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungs-
15 gruppen die Sicherheit vor politischer Verfolgung bestehen, wie in den Kriterien des Bundesverfas-
16 sungsgerichts nachzulesen ist.

17

18 Es sollte gewährleistet sein, dass im Herkunftsland keine Folter oder unmenschliche und erniedrigende
19 Behandlung oder Bestrafung droht. Dies ist in vielen der sogenannten »sicheren Herkunftsstaaten«
20 der Fall.

21

22 Weltweit werden nach wie vor Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund ihres
23 Geschlechts diskriminiert. Die jüngsten Ereignisse machen uns schmerzlich bewusst, wie präsent die-
24 se Gefahr noch immer ist: In Tschetschenien wurde lange über die Folter, Tötung und Verschleppung
25 von mehreren hundert Menschen berichtet – das genaue Ausmaß dieser Aktionen ist noch immer nicht
26 abzuschätzen. Hilfsorganisationen versuchten, Betroffene aus der Gefahrenzone herauszubringen.

27

28 Die linksjugend [solid] wird auch in Zukunft eine verlässliche Partnerin im Kampf gegen Diskrimi-
29 nierung jeder Art sein. Wir rufen dazu auf, sich gemeinsam mit queeren Menschen gegen Homo-,
30 Trans- und Bifeindlichkeit und für die Gleichberechtigung aller Menschen einzusetzen. Liebe kennt kein
31 Geschlecht und sollte dahingehend nicht verurteilt, sanktioniert oder abgewertet werden. Wir kämpfen
32 für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt
33 in der Gesellschaft. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit ein.

34

35 **Quellen:**

36 <https://www.proasyl.de/thema/von-wegen-sicher/>

37 <http://www.linksfraktion-hamburg.de/2017/05/18/liebe-kennt-kein-geschlecht-die-linke-beteiligt-sich-am-idahobit/>

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

A50 Keine Unterstützung für autoritäre Regime!

Positionierungsantrag

Antragsteller*in: Sarah Rambatz

Der Bundeskongress möge beschließen:

Die linksjugend [‘solid] distanziert sich von jeglicher Zusammenarbeit mit autoritären Regimen. Wir distanzieren uns von jeglichen repressiven, staatlicher Maßnahmen ausgehend von staatlicher Willkür und wir distanzieren uns von der technischen Hochrüstung für totalitäre Regime made in Germany.

Begründung:

Die aktuellen Geschehnissen deuten uns ein global Demokratiedefizit, welches sich weiter ausbreitet. Die Geschehnisse in Syrien, welche nicht nur uns als linksjugend [‘solid], sowie DIE LINKE stark bewegten bleiben kein Einzelfall.

Nach dem Ende des Kalten Krieges glaubte man im Westen, ein demokratisches Zeitalter sei angebrochen. Chinas Diktatur beweist, dass das eine Illusion war. Autokratien fühlen sich wieder stark genug, die Demokratie weltweit zu zerstören.

Einiges deutet darauf hin, dass die Türkei aus Syrien nicht so schnell abrücken wird. Immer deutlicher zeigt sich, dass autoritäre Regime die Zukunft Syriens wie der gesamten Region prägen werden.

Ein weiteres Beispiel aus Saudi-Arabien: Aktivist*innen werden anhand ihrer Computer mit Überwachungssoftware der Marke FinFisher und eines anderen Herstellers infiziert und ausgespäht. Überwachungssoftware Made in Germany, welches einem Regime als Werkzeug diente, welches Aktivist*innen körperlich züchtigte und diese ihrer Papiere entledigte.

In Tschetschenien wurde wochenlang über Folter, Tötung und Verschleppung von mehreren hundert Menschen berichtet – das genaue Ausmaß dieser Aktionen ist noch immer nicht abzuschätzen. Hilfsorganisationen versuchten derzeit, Betroffene aus der Gefahrenzone herauszubringen.

Die Präsidentschaftswahl in Russland stellte mit der Wahl von Präsident Putin dahingehend keine Ausnahme dar, welche für Russlands Jugend eine schwere Wahl darstellen.

Letzendlich wird mit dem Erstarren autoritärer Regime, das Weiterkämpfen für die volle Gleichstellung von Menschen immer wichtiger. Die linksjugend [‘solid] wird auch in Zukunft eine verlässliche Partnerin im Kampf gegen Diskriminierung jeder Art sein. Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit ein.

Änderungsanträge

ÄA 1.1 Änderungsantrag zu A1

Antragsteller*innen: solid Frankfurt am Main

01 Der Bundeskongress möge beschließen:

02

03 Ersetze im Antrag „Ein Gespenst für Europa“ im Bereich Kampagnenschwerpunkte „3. Fortschritte
04 verteidigen: ... gegen rechts“ durch:

05

06 Umwelt und Klimawandel: Kampf für einen radikalen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und
07 konkreten Umweltschutz noch heute.

08

09 **Begründung:**

10 Der Klimawandel ist die größte soziale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Wir steuern derzeit auf
11 eine globale Erwärmung von 3-4° Celsius bis 2100 zu. Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen
12 und Millionen von Klimaflüchtlingen sind die Folge. Vor allem arme Menschen wird das hart treffen.
13 Auf die derzeitige Bundesregierung ist in dieser Frage kein Verlass. Deshalb muss die linksjugend
14 [solid] sich an den Bemühungen beteiligen, alles Mögliche für den Erhalt unseres Planeten zu tun. Vor
15 allem müssen wir es schaffen, dass der Verband das Thema nicht den Grünen überlässt. Auf die ist in
16 Sachen Umweltschutz jedenfalls kein Verlass.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

ÄA 1.2 Änderungsantrag zu A1

Antragssteller*in: BAK Umpflügen

Der XI. Bundeskongress von linksjugend ['solid] möge beschließen:

Erstens:

Ergänze in Absatz 2.

[...] sozialer Gleichheit, Selbstbestimmung aller Menschen und einer lebenswerten Umwelt für Alle.

Zweitens:

Ergänze folgenden Absatz in „Weder die EU noch Deutschland genügen unseren Ansprüchen“:

Die EU ist unökologisch:

Die EU hat sich als unfähig erwiesen, Natur und Klima und Lebensgrundlage Aller und als Voraussetzung für ein soziales Europa anzuerkennen und zu schützen. Seit der Gründung der EU wurden Schutzmaßnahmen gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt, um kapitalistischen Profit und Lobbyinteressen nicht im Wege zu stehen. Die Natur wird als Kapital verwertet und ihre Gemeinnützigkeit wird der Produktivität unterworfen. Folgen sind der Rückgang der biologischen Vielfalt durch die Zunahme konventioneller Land- und Forstwirtschaft, die Degradierung Lebensräumen und der Rückgang von nichtmateriellen Leistungen der Natur zum menschlichen Wohlergehen. Die Konsequenzen treffen uns alle, am härtesten jedoch die Ärmsten: Wasserverknappung, Luftverschmutzung, Überschwemmungen, Verdrängung von Einwohner_innen und Lebensmittelverteuerung. Während die Profite dieser Verwertung privatisiert werden, werden die Risiken vergesellschaftet. Eine soziale Transformation Europas kann folglich nur eine ökologische sein.

Drittens:

Ergänze in Absatz 1. von „Wir haben eine positive sozialistische Vision von Europa“:

Wir wollen ein Europa in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet, sondern als Lebensgrundlage aller Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet wird.

Viertens:

Ergänze in „Kampagnenschwerpunkte“

Umwelt: Kampf für eine Umweltpolitik, die eine gerechte Verteilung und Nutzung von Naturressourcen als Voraussetzungen für eine soziale Gesellschaft erkennt.

Begründung:

Über die Notwendigkeit einer sozialen Umweltpolitik:

Durch die Intensivierung von konventioneller Land- und Forstwirtschaft sind 66% aller in Europa zu findenden Habitate in ihrer Existenz gefährdet. Allein in Deutschland sind 51-75% aller Säugetierarten ausgestorben, in Europa sind 42% aller Tier- und Pflanzenarten in den letzten zehn Jahren in ihren Populationsgrößen geschrumpft und 82% aller Fische im Mittelmeer gelten als überfischt.

Der Kampf gegen jene Politik, die diese Verschlechterung des Zustandes von Klima und Biodiversität verursacht ist auch ein Kampf für das Soziale und nicht bloße Naturromantik esoterischer Bäumeknuddler*innen:

Der erwähnte Verlust von biologischer Vielfalt hat zu einem Rückgang von mehr als 50% der gemeinnützigen Beiträge der Natur zum menschlichen Wohlergehen geführt. Bei diesen Beiträgen sprechen wir zum einen von Dingen, die wir täglich in Anspruch nehmen, Energie, Wasser und Nahrung, aber auch von der Natur als Erholungsort oder vom Schutz vor Hochwasser oder Lawinen. Vor allem arme Menschen sind auf diese gemeinnützigen Beiträge angewiesen, denn sie können ihren Urlaub nicht einfach woanders verbringen, wenn der Wald vor der Tür abgeholzt wurde. Es sind auch eben jene die zuerst die Folgen der Wasserverknappung (in Europa 15% seit 1990) Steigenden Lebensmittelpreise spüren. Des weiteren leben eben jene Menschen häufiger direkt von Naturressourcen, wie Früchten von ihrem eigenen Land, geangelten Fischen, gejagtem Wild oder selbst selbstgehacktem Feuerholz. Eine Verlagerung der Leistungen der Natur weg von diesen gemeinnützigen Beiträgen, hin zu privatisierten, ist eine Umverteilung von Reichtum von unten nach oben. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch auf globaler Ebene: Vor allem in Industrieländern ist die Natur kapitalisiert und privatisiert. Die direkte Abhängigkeit von der Natur gering. Im krassen Gegensatz dazu steht die Abhängigkeit

01 von Naturressourcen in sogenannten Entwicklungsländern. Hier machen Naturerzeugnisse bis zu 89%
02 des Einkommens armer Menschen aus. Die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik auf
03 diese Nationen hat mitunter aus eben diesem Grund zu Vertreibung und Verelendung, aber auch zu
04 ungeahnter Umweltzerstörungen geführt.

05 linksjugend [´solid] muss die oben angerissenen Zusammenhänge zwischen sozialen Verhältnissen
06 und dem Zustand der Umwelt erkennen und thematisieren. Eine Politik die das tut, muss eine Euro-
07 papolitik sein, denn:

- 08 • Umweltzerstörung hat die Folgen nicht immer dort, wo sie gemacht wird
- 09 • Die Folgen von Umweltzerstörung machen nicht Halt vor Grenzen
- 10 • Die rechtlichen Kompetenzen liegen häufig auf EU-Ebene
- 11 • Umweltschutzpolitik kann nur als gemeinsames europäisches Projekt, flächendenkend umgesetzt
12 werden

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

ÄA1.3 Änderungsantrag zu A1

Antragssteller*innen: Jakob Migenda (BSPR), Yusuf Karaaslan, Kolja Büttner (alle Frankfurt am Main), Nadine Bendahou (Essen), Fabian Hannes (Hamburg Barmbek), Bettina Gutperl, Katharina Schramm, Dorian Tigges (alle SDS), Benny Schwarz (Greifswald, LSPR MV), Oleg Gussew (Kiel)

Ersetze „Transnationalismus“ durch „Internationalismus“

Begründung:

Internationalismus ist ein Grundsatz der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung mit der klaren Zielrichtung die Unterschiede und Unterdrückungsverhältnisse zwischen den Menschen verschiedener Länder aufzuheben und schlussendlich auch den Nationalstaat zu überwinden. Das sollte weiterhin unsere Richtschnur sein.

Transnationalismus hingegen ist ein soziologischer Begriff, der Phänomene im Zusammenhang mit der (kapitalistischen!) Globalisierung beschreibt. Sowenig wie die kapitalistische Globalisierung weltweite Ungleichheit und Unterdrückung oder den Nationalstaat aufhebt, so wenig kann Transnationalismus für uns ein Ziel sein.

Wir formulieren auch weiterhin sozialistische Ziele statt den bestehenden Kapitalismus zu affirmieren.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA1.4 Änderungsantrag zu A1: Europa heißt mehr als nur Staaten!

Antragsteller*innen: Delegation der linksjugend [,solid] Sachsen

01 Hinzufügen in Kampagnenschwerpunkte:

02 5. Republik Europa: Kampf für ein solidarischeres und republikanischeres Europa der Regionen
03 und der Entwicklung einer linken Vision, als Alternative zur heutigen EU und ihren Mitgliedsstaaten.

04

05 **Begründung:**

06 Besonders wir als Jugendverband sollten uns stets fragen, wie sehr wir neue Schwerpunkte in Debat-
07 ten setzen wollen, so auch beim Thema Europa.

08 Uns ist es eine Herzensangelegenheit, die Utopie eines europäischen Staates weiter in öffentlichen
09 Kontext und Fokus zu stellen - dazu gehört aber auch, ein erlebbares Europa mit zu verwirklichen.

10 Daher wird sich ein BAK Europa gründen, um auch inhaltlich einen arbeitenden Schwerpunkt innerhalb
11 unserer Verbandes zu setzen.

12 Unsere weitere Begründung für diesen Antrag ist historisch geprägt.

13 Wie sah es denn in Europa, in Deutschland vor dem Hambacher Fest, aus? Keine gemeinsame Wäh-
14 rung, keine Zollunion, keine gemeinsame Wirtschaft, jeder*r hatte seine kleinen Grenzen.

15 Dies wurde überwunden, eine Art Staatenbund, später Deutschland, wurde gegründet.

16 Wäre es nicht absurd zu denken, dass eben dieses Fortschritt der Entwicklung von Nationalstaaten
17 jetzt vorbei ist? Das wäre vor allem naiv und blind.

18 All das haben wir, und auch eine Art europäische Regierung. Die Institutionen sind geschaffen, jetzt
19 müssen wir diese nur noch anerkennen.

20 Wir sind schon weiter als nötig um endlich den nächsten Schritt zu gehen, jetzt sollten wir auch alles
21 daran setzen, dass dieser auch getan wird!

22 Natürlich steht es um die EU mehr als nur kritisch, daher bedarf es einer Reform, und diese Reform
23 heißt Republik!

24 Eine Umbenennung in die Vereinigten Staaten von Europa wäre nur heuchlerisch, es bedarf einer
25 Neuentwicklung und Überarbeitung der jetzigen Organe, eine reformistische Bewegung.

26

27 Lasst uns dieses neoliberale, undemokratische und militaristische Konstrukt niederreißen und eine
28 Solidargemeinschaft errichten!

29

30 Die Union ist tot, lang lebe die Republik !

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

ÄA 6.1 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

Ändere „Der Bundesverband ... artikulieren.“ in:

„Der Bundesverband der Linksjugend [‘solid] artikuliert seine klare Haltung gegen antimuslimischen Rassismus als zentralen Bestandteil seines rassismuskritischen Selbstverständnisses.“

Begründung:

Die Formulierung im Ursprungsantrag erweckt den Eindruck, als ignoriere der Bundesverband das dargestellte Problem bislang. Der Änderungsvorschlag betont inhaltlich dasselbe Ansinnen, ohne jedoch einer verzerrten Darstellung bisheriger Praxis Vorschub zu leisten.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA 6.2 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

01 Ändere „Wie alle anderen Religionen ... leider erfolgreich“ in:

02

03 „Im Namen des Islam werden Morde, Terroranschläge und andere Gewalttaten gegen Menschen ver-
04 übt. Dies verbindet ihn mit anderen Religionen. Fatalerweise nutzen Konservative und Rechtsradikale
05 solche Beobachtungen, um „den Islam“ als „Religion der Gewalt“ zu verurteilen, während sie von
06 anderen Religionen schweigen. Heterosexismus, Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus werden als
07 „Importe“ vom eigenen Denken und Handeln abgespalten, „die westlichen Werte“ unkritisch dagegen
08 in Stellung gebracht. Das ist keine Religionskritik, sondern antimuslimischer Rassismus. Auftrieb be-
09 kommt dieser nicht nur von CSU und AfD, sondern leider auch durch sensationsheischende mediale
10 Darstellungen – sei es im Spiegel, bei Maischberger oder in den Bestsellerlisten.“

11

12 **Begründung:**

13 Erfolgt mündlich

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

ÄA 6.3 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

Streiche den Absatz „Selbsternannte ... wie in anderen Religionen auch.“

Begründung:

Abgesehen von der insgesamt fraglichen Relevanz seitenlanger welterklärender Anträge auf einem Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] wird hier einerseits nicht zwischen kritischen Statements ehemaliger Muslimas*Muslime und rechtsoffenen Pöbeleien öffentlichkeitssüchtiger nichtmuslimischer Kartoffeln unterschieden, andererseits werden Aussagen zur Exegese religiöser Schriften vorgenommen, die von der übergroßen Mehrheit des Bundeskongresses mutmaßlich weder bestätigt noch kritisch geprüft werden können. Mit einem bloßen Abnicken solcher religionswissenschaftlicher Statements fühle wenigstens ich mich äußerst unwohl, und ich könnte mir vorstellen, dass es anderen ähnlich geht.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA 6.4 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

01 Streiche den Satz „Fakt ist, dass ... ist.“

02

03 **Begründung:**

04 Der Beleg fehlt.

05

06

07

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50



ÄA 6.5 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

Streiche den Satz „(Das heißt nicht, ... wären.)“

Begründung:

Selbstverständlichkeiten in Klammern braucht kein Mensch.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA 6.6 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

01 Streiche den Abschnitt „Antimuslimischer Rassismus ... das Wasser abgräbt.“

02

03 **Begründung:**

04 „Die Mitte der Gesellschaft“ ist ein Mythos, dem Linke keinen Vorschub leisten sollten. Linke fordern
05 eine Kritik des Islam im Rahmen einer umfassenden Religionskritik, und gegen diese Forderung ist
06 nichts einzuwenden, sie hat auch nichts mit antimuslimischem Rassismus zu tun. Wer „Islamkritik“ als
07 Manöver einsetzt, um „den Rechten das Wasser“ abzugraben, sollte von uns nicht zur Linken gezählt
08 werden.

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

ÄA 6.7 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

Streiche den Absatz „I can't imagine...“

Begründung:

Streichung zugunsten inhaltlicher Stringenz.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA 6.8 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

01 Streiche in den Forderungen:

02 „bzw. die positive argumentative Bezugnahme auf“

03

04 Begründung:

05 Wer weiß, was ein Mensch neben rassistischen Aussagen sonst alles so gesagt hat? Ein personenbezo-
06 genes Verbot argumentativer Bezugnahmen käme einem Denk- und Sprechverbot gleich, das einem
07 linken Verband nicht gut zu Gesicht stünde.

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

ÄA 6.9 Änderungsantrag zu A6

Antragsteller: Sebastian Vaupel (LV Berlin)

Ersetze die Forderung „Die Rechtfertigung ... Islamismus“ durch „Die Gleichsetzung von Gesellschaften mit hohem Anteil an Muslimas*Musliminnen mit faschistischen Tendenzen ihrer politischen Führung etwa im Iran oder in Palästina bzw. mit islamistischem Terror.“

Begründung:

Schlimm genug, wenn – wie im Ursprungsantrag geschrieben – dem Anschein nach ein „Islamfaschismus“ existiert. Dem Ansinnen des Antrags käme meine Formulierung aber eher entgegen, da die faschistischen Tendenzen nicht mit der Gesamtreigion gleichgesetzt werden sollten. Unsere Ablehnung „westlicher“ Militäroperationen ist allerdings eine andere Forderung, die nicht recht in diese Aufzählung passen mag.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

ÄA9.1 Änderungsantrag zu A9

Antragsteller*innen: Jens Feldmann (BG Niederrhein-Duisburg)

01 Bei den Stichpunkten einfügen:

- 02 • „Wir werden zu den Protesten und eventuellen Blockaden gegen den Naziaufmarsch am 20. Mai
03 in Berlin mobilisieren“

04

05 **Begründung:**

06 Laut Informationen der TAZ steht der Termin für den AfD-Aufmarsch in Berlin fest – es ist der 20.
07 Mai. Die AfD plant, 10.000 Leute zu mobilisieren. Das ist nicht undenkbar, 2015 hatte ein ähnlicher
08 AfD-Aufmarsch in Berlin 5000 Teilnehmer und damals war die Partei viel schwächer. Der Aufmarsch
09 wird ein Magnet für die bundesweite Nazi-Szene sein. Dass die AfD sich traut, nach der Blockade ihres
10 Frauenmarsches in Berlin vor drei Wochen einen neuerlichen und größeren Aufmarsch zu mobilisie-
11 ren, drückt sowohl das gewachsene Selbstvertrauen der Partei aus als auch den verstärkten Fokus auf
12 Straßenmobilisierung.

13 Für uns und die breitere antifaschistische Bewegung ist der AfD-Aufmarsch eine Herausforderung und
14 Chance zugleich. Herausforderung, weil ein Aufmarsch dieser Größe nur durch eine wirkliche breite
15 und entschlossenen Massenmobilisierung a la Dresden 2013/14 zu stoppen ist – dieser Ansatz muss
16 in der fragmentierten und tendenziell linksradikalen antifaschistischen Szene in Berlin erst einmal
17 durchgesetzt werden.

18 Eine Chance ist es, weil, anders als bei anderen rechten Mobi-Zielen wie Cottbus, Erfurt und Kandel,
19 in Berlin tatsächlich das Potential vorhanden ist, so eine Mobilisierung auf die Beine zu stellen – dazu
20 müssen wir es mit unseren Bündnispartner*innen schaffen, die Gegendemo in den Schulen, Unis und
21 Stadtteilen als das „Must Go“-Event im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, so wie dies zum Bei-
22 spiel bei der TTIP-Demo gelungen ist. Wenn es ideal läuft, stoppen wir die AfD und die mitmarschie-
23 renden Nazis am 20. Mai in Berlin und haben durch diesen Sieg Rückenwind, um sechs Wochen später
24 in Augsburg eine Massenbelagerung des AfD-Parteitags am 30.6/1.Juli hinzubekommen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

Kandidaturen für den Bundessprecher*innenrat

Paul Gruber

Liebe Genoss*innen,
ich möchte hiermit auf dem diesjährigen Bundeskongress der linksjugend [`solid] erneut für den Bundessprecher*innenrat kandidieren.

Für alle, die mich (noch) nicht kennen: Ich heiße Paul Gruber bin 20 Jahre jung und studiere derzeit an der Universität Erfurt Sozial – und Wirtschaftswissenschaften. Seit knapp 5 Jahren bin ich nun schon Mitglied in unserem Jugendverband. Ursprünglich komme ich aus Plauen, war dort in der Basisgruppe aktiv und später auch im Beauftragtenrat des Landesverbands Sachsen. Seit anderthalb Jahren lebe ich jetzt auf Grund meines Studiums in Erfurt, engagiere mich in unserer Erfurter Basisgruppe und war ein Teil des letzten BSPR.

Neben der üblichen BSPR- Tätigkeit habe ich vor allem versucht die Öffentlichkeitsarbeit (Social Media) und die Kommunikation in den Verband auszubauen. Außerdem habe ich Kontakt zu Bündnissen, wie zum Beispiel Ende Gelände und Grundrechte verteidigen, gehalten.

Unsere linksjugend [`solid] sehe ich in den nächsten Jahren an zwei großen Baustellen: An der Seite linksradikaler Gruppen (und Bündnissen) im Kampf gegen Kapitalismus, einen immer autoritärer auftretenden Staatsapparat und die Faschist*innen jeglicher Couleur und andererseits als kritischer Akteur innerhalb der Partei DIE LINKE. Die Zeiten werden härter und es ist unsere Pflicht die gesellschaftliche Linke weiter auszubauen und progressive linke Inhalte dem neoliberalen und nationalistischen Zeitgeist entgegenzusetzen.

Gerne würde ich auch im nächsten Jahr im BSPR mitarbeiten und unseren Jugendverband weiter voranbringen. Deshalb werbe ich um eure Stimmen.

Vielen Dank!



Noro Schlorke

Liebste Delegierte des Bundeskongress :)
Sehr gern würd ich von euch ein zweites Mal in den Bundessprecher*innenrat der Linksjugend [„solid“] gewählt werden.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Linksjugend es schafft ein Verband zu sein, an den junge Menschen denken, wenn sie sich fragen, wer eigentlich die mit den Ideen für ein besseres Leben in einer besseren Zukunft sind. Eine zentrale Rolle dabei spielt die Nutzung sozialer Medien und die Art wie wir Aufmerksamkeit für unsere Inhalte generieren können.

Ich möchte dabei im Bsp*R mich weiter dafür einsetzen, dass der Jugendverband auch in seiner Außenwirkung von seinen Mitgliedern lebt. Konkret heißt das: In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Basismitgliedern (hier sei aktuell Bayern und die Teilnehmer*innen der Winterakademie positiv hervorgehoben) Ressourcen auszuarbeiten, die es Basisgruppen und Landesverbänden ermöglichen ihre Themen attraktiv darzustellen. (Im Moment soll in diesem Sinne ein SharePic-Generator produziert werden und wird geprüft, wie die Landesverbands-Homepages bedien- und nutzungsfreundlicher gestaltet werden können.)

Als zweiter wichtiger Aspekt meines Engagements im Jugendverband sehe ich innerverbandliche Bildungsarbeit. Diese Motivation möchte ich darüber, die beiden großen Bildungsveranstaltungen, als Bsp*R aktiv mitzugestalten, umsetzen. Es ist mir sehr wichtig, dass im Verband eine gute Mischung aus Eigenermächtigung und von anderen Lernen besteht. Das heißt, dass ich vor allem den Ansatz, Menschen dazu zu motivieren, ihre eigene erarbeitete Expertise an andere weiterzugeben, unterstützen werde.

Meine bisherige Arbeit im Bsp*R war neben Orga-Arbeiten vor allem geprägt von einer Vielzahl kleiner Aufgaben und der Übernahme von Pflichten, die von anderen Bsp*R Mitgliedern nicht übernommen werden konnten. Dazu zählen kleinere Presseanfragen, Podiumsdiskussionen, Texte in Newslettern etc., diese Aufgaben möchte ich weniger übernehmen, da sie mich über die Zeit deutlich stärker belastet haben, als das schön gewesen wäre. Statt dessen möchte ich mich in der nächsten Legislatur Projekten widmen, um die ich auch in Antragsform um eure Zustimmung bitte. Im Genauerem sind das die Anträge zu Digitalisierung und Gedenkpolitik. Ich empfinde in der



aktuellen Linken einen Mangel an utopischer Perspektive, mir ist es sehr wichtig dabei zu helfen eine solche neu zu formulieren um uns selbst die Möglichkeit zu bieten aus einem ewigen Abwehrkampf und dem Gefühl der Ohnmacht auszubrechen. Ich wünsche mir Ideen, für die sich Menschen begeistern können.

Wer bin ich eigentlich?

Ich bin Noro, gerade 24 und studiere irgendetwas mit Psychologie. Nach einem sehr durchwachsendem politischen Werdegang hab ich in der Linksjugend [„solid“] einen Verband gefunden, in dem ich gerne mich engagiere und in dem ich erlebt habe, dass meine Grundsätze, ein schönes Leben für alle, geteilt werden. Mein politisches Engagement bezog sich in den letzten Jahren viel auf den gesellschaftlichen Umgang mit psychischen Erkrankungen, Gewalt in Beziehungen, aber auch die Folgen der Digitalisierung und mich von Polizisten auf Demos haun lassen. Wenn ich nicht gerade mich davon ablenk, dass ich eigentlich noch irgendeine Mail schreiben müsste, spiel ich viel Overwatch, versuch auch außerhalb der Politik noch Freund*innen zu bewahren und trinke gerne Cocktails.

Piet Jakobs

I: Allgemeines:

Name: Peter ‚Piet‘ Jakobs

Alter: 22 Jahre

Mitgliedschaften: Die LINKE, ‚Solid, IGM

Beruf: Metallograph

Basisgruppe: Augsburg

Funfact: Hat das Seepferdchen auf das erste Mal bestanden

II: Schreiben

In Zeiten der langen Groko und dem Wiedererstarken des Faschismus in Deutschland und in der EU ist es wichtig, dass es mit der Solid ein Bündnis aus jungen Leuten gibt, das bewusst unbequem ist. Das sich bewusst gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und Homophobie einsetzt. Eine Gruppierung von Menschen, die sich bewusst für Feminismus, eine offene Gesellschaft und Toleranz einsetzt.

Diese Position und der Wille diese auch zu vertreten, sind leider für die ‚Solid zu einem Alleinstellungsmerkmal geworden.

Besonders hier in Bayern ist es nicht immer leicht links zu sein. In einem erzkonservativen Bundesland stößt man als offen antifaschistischer Mensch immer wieder auf die Missgunst von den verschiedensten Seiten. Aber genau hier geht es los. Im Dorf nebenan, in dem rechte Parolen an jedem Stammtisch selbstverständlich sind. Im kirchlichen Kindergarten in dem eine homosexuelle Erzieherin entlassen wird. Oder im Jugendzentrum um die Ecke, in dem Kinder mit Migrationshintergrund systematisch ausgegrenzt werden. Gegen all das, gegen die Ungerechtigkeit jeder Minderheit gegenüber gehe ich auf die Straße und stehe aktiv für unsere Grundsätze! Antifaschistisch, antikapitalistisch, pro-Europa und gegen jede Art von Antisemitismus!

Niemand kann es schaffen in diesen Bereichen alleine zu kämpfen und etwas und zu ändern, hinzu braucht es Unterstützung durch Gleichgesinnte. Genau hier ist die Linksjugend ‚Solid das richtige und einzige Gremium!

Für eine erfolgreiche antifaschistische Arbeit ist ein Bestandteil unabdingbar wichtig, Vernetzung. Und genau diese Vernetzung fängt im Kleinen an. Zusammenarbeitende Basisgruppen, Rückhalt aus den Landesverbänden und eine gute Kommunikation auf Bundesebene.

Wir sehen immer wieder, wie einzelne Basisgruppen vor Mammutaufgaben stehen, die alleine kaum zu bewältigen sind. Genau an diesen Punkten sollten wir ansetzen und unsere Strukturen ausbauen. Solidarität kennt keine Grenzen, ob es nun um unterschiedliche Landkreise, Bundeslän-



der oder Staaten geht. Jeden Kontakt, den wir untereinander knüpfen, hilft uns im Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Intoleranz. Umso enger wir zusammenarbeiten, desto effektiver ist unser Handeln.

Jakob Migenda

Jörg Meuten hat 2016 in seiner Leitrede zum Programmparteitag der AfD den Kampf gegen das „versifft links-rot-grüne 68er Deutschland“ ausgerufen. Er ist nicht alleine in diesem Kreuzzug. Auch CSU-Landesgruppenchef Dobrindt rief – in bewusster Anknüpfung an Rechtsradikale der frühen 30er Jahre – zur konservativen Revolution gegen die imaginierte „linke Meinungsvorherrschaft“ auf. Die Rechte sagt allen unseren erkämpften Fortschritten den Kampf an. Nach dem Schröder und Fischer die Errungenschaft der Arbeiter*innenbewegung – den Sozialstaat zerstört haben, geht es jetzt um einen Kulturkampf gegen die von der neuen Linken erkämpften Rechte.

Diesem Generalangriff können wir nur begegnen, wenn wir zusammen kämpfen. Wir werden die Gefahr nicht eindämmen, wenn wir uns selbst in interne identitäre Kleinkriege stürzen, welche reaktionäre Gruppe in Westasien schlimmer ist als die andere, sondern nur wenn wir den wirklichen Feind bekämpfen – und der ist immer noch rechts und neoliberal.

Dieser Kampf findet an vielen Stellen und mit vielen Mitteln statt. Es geht auch darum die öffentliche Meinung zu erreichen und Diskurse zu verschieben; es geht aber vor allem darum statt selbstgenügsamer linker Blasenaktionen hinauszugehen und die kleinen und großen Machtkämpfe zu suchen. Wenn wir erfolgreich sein wollen, halte ich es für unabdingbar mit den Menschen die auch von diesen Angriffen betroffen sind zusammen von unseren gemeinsamen Interessen geleitete Konflikte zu führen. Wir müssen diese Konflikte so führen, dass wir nicht nur nette Aktionen machen, sondern wirklich etwas erreichen.

Bei uns in Frankfurt am Main machen wir gerade genau das: Wir haben ein Bündnis für einen Bürger*innenentscheid für mehr bezahlbaren Wohnraum initiiert. Damit wollen wir anhand des explosivsten Themas in unserer Stadt einen Kampf mit Machtfrage führen, der Menschen ermächtigt und zeigt, dass es sich lohnt für die eigenen Interessen aufzustehen – anstatt ein paar linke selbstgenügsame Demos zu veranstalten. Diese Kämpfe müssen wir stärken und vernetzen, denn der Kampf um den Wohnraum ist nicht der einzige. Auch der Kampf gegen die Illegalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, gegen die Braunkohleverstromung und viele mehr sind Ansatzpunkte um wieder in eine linke Offensive zu kommen.



Und es geht auch darum uns so gut zu bilden, dass wir wissen, wie und warum wir genau diese Kämpfe führen. Deshalb führt kein Weg an einer guten politischen Bildung vorbei.

Um einen Beitrag zu dieser strategischen Orientierung zu leisten, will ich für eine zweite Amtszeit im Bundessprecher*innenrat kandidieren.

Zu mir:

Ich bin Jakob Migenda, 23 Jahre alt, wohne in Frankfurt am Main und habe Politische Theorie im Master studiert. Ich bin ein undogmatischer, aber nicht ganz unorthodoxer Marxist. Seit letztem Jahr bin ich Mitglied im BSpR der linksjugend [‘solid]. Zu meiner Rechenschaft komme ich weiter unten noch einmal.

Ich bin seit 2011 politisch organisiert. Sowohl in der linksjugend [‘solid] als auch im SDS und in der LINKEN aktiv.

In der linksjugend [‘solid] arbeite ich neben der Arbeit im BSpR zur Zeit vor allem in meiner Basisgruppe in Frankfurt/Main, die ich vor zwei Jahren mit wieder gegründet habe und im BAK Politische Bildung, außerdem bin ich in Hessen aktiv bei der Wahlkampforganisation.

Im SDS war ich 2014–16 im Bundesvorstand. Meine Schwerpunkte waren dort die politische Bildungsarbeit, insbesondere die Herbstakademie, aber auch Seminare zu Antisemitismus oder linkem Journalismus und die Arbeit an der Verbandszeitung critica, daneben habe ich die Pro-

te-ste gegen den G7-Gipfel in Elmau mit organisiert.

In der LINKEN bin ich in meinem Kreisverband aktiv und dort auch im Kreisvorstand und der Wahlkampf-AG. Gemeinsam mit Genoss*innen habe ich ein Bündnis für einen Bürger*innenentscheid für mehr bezahlbaren Wohnraum initiiert.

Ich bin in der Strömung Sozialistische Linke in der Partei, für die ich als Geschäftsführer arbeite und in der Marxistisch-Feministischen Gruppe. Außerdem bin ich noch Mitglied bei folgenden linken Organisationen: GEW, Rote Hilfe, Fördererkreis demokratische Volks- und Hochschulbildung und Deutsche Esperantojugend.

Meine Projekte:

Politische Bildung: Für einen starken und handlungsfähigen Verband brauchen wir eine gute inhaltliche und handwerkliche politische Bildung, sowohl auf den Bundesverbandsveranstaltungen des BAK Politische Bildung, als auch in der Bildung der Mitglieder auf Basis- und Landesverbandsebene. Mein wichtigstes Projekt im BSpR ist deshalb die finale Umsetzung des Antrages für eine Bildungsoffensive mit den beiden Seminarreihen für eine Widerständige Praxis.

Europa und Internationales: Wir werden viel Mühe haben im kommenden Europawahlkampf zwischen der irrationalen EU-Bejubelung von CDU bis Grünen und der nationalistischen AfD-Hetze mit unserer demokratischen und sozialen Kritik und Vision durchzudringen, um so wichtiger ist eine gut umgesetzte Jugendwahlkampagne. Ich möchte meine Erfahrungen in der Wahlkampforganisation auch dieses mal einbringen und dazu die europapolitische Debatte und Bildung in unserem Verband unterstützen. Außerdem will ich in Zusammenarbeit mit Kathy meine Arbeit im Bereich internationales fortsetzen und den Aufbau der Young European Left weiter unterstützen.

Vernetzung für eine Starke Basis: Der Bundesverband kann nicht erfolgreich sein, wenn er losgelöst von der Basis agiert. Um die Landesverbände gut in den Bundesverband zu integrieren will ich weiter regelmäßigen Kontakt, zu den Landesverbänden für die ich zuständig sein werde, suchen und nach Möglichkeit ihre LMVen und Veranstaltungen besuchen. Diese Vernetzung darf dabei nicht nur zwischen BSpR und Basis stattfinden, auch die Vernetzung auf Basis- und Landesebene muss gestärkt werden. Das möchte ich auch mit den Anträgen zur Wohnraumvernetzung, zur Kommunikationsplattform und nicht zuletzt mit Seminarreihe und BAKs erreichen.

Rechenschaft

Im vergangenen Jahr habe ich mit folgenden Schwerpunkten zum BSpR kandidiert: Politische Bildung, Wahlkampf, Vernetzung mit SDS und LINKER und Landesverbandsunterstützung.

Im Rahmen der Arbeit zur politischen Bildung konnte ich mithelfen den BAK PolBil wieder auf die Füße zu kriegen, zu verjüngen und das Bildungsprogramm der Winterakademie und dem kommenden SoCa zu stemmen. Außerdem habe ich mich mit Janis federführend um die Umsetzung des Antrages für eine Bildungsoffensive gekümmert.

Im Rahmen des Wahlkampfes habe ich an der Erstellung des Materials, insbesondere des Magazins gearbeitet, wobei viel Vorbereitungsarbeit schon vor der letzten Wahl lief. Im Wahlkampf habe ich wie praktisch der gesamte BSpR an mehreren Podien u.ä. teilgenommen um unsere Positionen zu streuen.

Die Vernetzung mit dem SDS lief durch alte Kontakte prinzipiell gut, allerdings ist hier immer wieder ein Problem, dass in beiden Verbänden unnötige Vorbehalte gegeneinander existieren, die eine Zusammenarbeit immer wieder torpedieren und uns so aus meiner Sicht beide schwächen. Der Vernetzung mit der LINKEN konnte ich leider praktisch garnicht nachkommen, da mir der BSpR diesen Bereich entzogen hat, obwohl ich als einziger mit diesem Schwerpunkt angetreten bin. Das wurde damit begründet, dass ich als aktives SL-Mitglied angeblich nicht die ausreichende Neutralität mitbringen würde – dass auch andere Genoss*innen klare politische Positionen haben wird wie so oft ignoriert.

Bei der Zusammenarbeit mit den Landesverbänden habe ich mich um Kontakt bemüht, das hat in BaWü und Hessen sehr gut geklappt; in RLP und NRW war es noch ausbaufähig. Ich hatte aber zu allen LSpRen Kontakt und habe es bis auf in RLP – wo ich jeweils langfristige andere Termine hatte – zu mindestens einer LMV geschafft. Leider ist der Landesverbandskontakt bei der Unmenge an Arbeit in so einem kleinen BSpR oft das was am schnellsten runter fällt, weshalb ich mich im kommenden Jahr noch stärker darauf konzentrieren will.

Auch wenn ich sie mir vorher nicht als Fokus gesetzt habe, kristallisierte sich die internationale Arbeit als ein Schwerpunkt heraus. Ich habe an der letzten YEL-Konferenz in Helsinki teilgenommen und bin maßgeblich an der Erarbeitung der

neuen Satzung beteiligt. Zusammen mit Marko habe ich mich darum gekümmert einen Antrag für ein internationales Sommercamp zu stellen und Partnerinnenorganisationen dafür zu gewinnen – ob es klappt liegt nun in den Händen der Genehmigungsbehörden...

Dazu kommt noch viel Organisationsarbeit vom Bundesparteitag bis zu Verbandswochenenden, die im allgemeinen Rechenschaftsbericht genauer aufgeführt ist.

Politisch war ich als einziger Vertreter des linken Flügels im BSpR meist in der Unterzahl. So kann ich mich auch in manchen Positionierungen und Entscheidungen des BSpR relativ wenig wiederfinden.

Jan Schiffer

Hey!

Ich bin Jan Schiffer aus NRW und momentan noch Schüler. Ich wurde schon sehr früh politisiert, da ich die Katastrophalität des Status Quo auf so vielen Gebieten schon als kleines Kind nicht aushalten konnte, und bin seit ich 11 bis 12 bin politisch aktiv. Im Kontext von Linksjugend und Linkspartei wurde ich schon mit 14 aktiv. Ich denke also, dass ich genug Erfahrung habe, um mir die Mitarbeit im Bundessprecher*innenrat zuzutrauen. Momentan engagiere ich mich v.a. in meinem Linkspartei-Ortsverband und immer mehr auch auf der Bundesebene der Linksjugend, zum Beispiel bei der Vorbereitung des BAK Feminismus für diesen BuKo.

Ich denke, dass die aktuellen Probleme, vor denen die Welt steht, ob Massenarmut, tausende Hungertote, Umweltzerstörung und zunehmende teilweise bis zum Tod gehende Gesundheitsschäden durch Überarbeitung oder im rasanten Aufwind befindliche faschistoide Tendenzen - die ich nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der immer autoritärer werdenden Mitte und im Erstarken des politischen Islam sehe - nicht darin begründet liegen, dass das System nicht richtig funktioniert, dass böse Manager zu geizig sind oder dass die Politik ein paar Stellschrauben falsch gestellt hat. Ich sehe den Fehler in der grundlegenden Gestaltung der aktuellen Gesellschaft und denke, dass ein menschenwürdiges Leben nur in einer ganz anderen Gesellschaft möglich ist. Deshalb sehe ich mich als Kommunisten, wobei ich mich selbstverständlich in aller Schärfe von autoritären Sozialismen und Strömungen wie dem Maoismus und Stalinismus abgrenze, denn die befreite Gesellschaft lässt sich nicht durch Unfreiheit erreichen. Den entscheidenden Bezugspunkt bzgl. theoretischer Fragen bilden für mich u.a. die Schriften von Karl Marx, Rosa Luxemburg und der Frankfurter Schule. Grundsätzliche Diskussionen halte ich nicht nur im 200. Marx-Jahr für zentral für einen sozialistischen Jugendverband wie die solid. Bezüglich dessen will ich mich insbesondere an Bildungsarbeit und Theoriearbeit und -diskussionen im Rahmen des BSPR aktiv einbringen und hoffe auch, hier zur Einbindung der Basis beitragen zu können.

Tagespolitisch zählt zu meinen Hauptinteressengebieten das Thema Bildungs- und Schulpolitik, wo selbst alles andere als sozialistisch eingestellte Personen aufgrund der Unzulänglichkeit des momentanen Schulsystems zu Revolutionären werden wird, da das momentane System ebenso wie

viel zu viele der Kritiker*innen Schule lediglich als aufs Berufsleben orientiertes Kompetenztraining sehen und Aspekte der Mündigkeit, der Selbstentfaltung und der vollumfänglichen Ausbildung der individuellen Fähigkeiten völlig unter den Tisch fallen.

Angesichts der aktuellen Zustände ist ein weiteres Hauptinteressengebiet von mir der Kampf gegen alle Formen von Autoritarismus, völkischem Denken, Rassismus, Islamismus und Antisemitismus, und in diesem Zusammenhang besonders aktuell das Themengebiet des Feminismus und auch aus eigener Betroffenheit LGBTI-Politik.

Bundessprecher möchte ich werden, da ich denke und hoffe, dass ich insbesondere bei diesen angesprochenen breiten Themengebieten eine Bereicherung für die Arbeit des BSPR sein werde und da ich hochmotiviert bin, im BSPR für die befreite Gesellschaft, Emanzipation und gegen Leid, Elend und Unterdrückung und Diskriminierung jeder Art zu kämpfen. Ich denke, ich bin aufgrund meiner bisherigen Erfahrungen und meiner Fähigkeit, mich neuen Herausforderungen zu stellen, für diese Aufgabe geeignet. Außerdem bin ich ein Mensch, der offen für Diskussionen ist und auch Menschen mit den meinen widersprechenden Ansichten respektvoll behandelt. Ich würd mich also sehr freuen, wenn ihr mich wählt und ich die Chance bekomme, mich im BSPR einzubringen.

Luisa Albrecht

HeyGenoss*innen,
ich bin die Lu, 17 Jahre alt, mache gerade mein
Abi und wohne in der Nähe von Nürnberg. Danach
will ich höchstwahrscheinlich was gesellschafts-
wissenschaftliches studieren, wo hinziehen, weiß
ich noch nicht.

Ich bin seit Anfang/Mitte 2016 Mitglied bei solid,
davor aber schon ein gutes Jahr aktiv gewesen;
politisch interessiert, seit ich irgendwie denken
kann. Ich bin kein Mitglied der Partei die Linke,
aber Mitglied in der Emanzipatorischen Linken,
Ema.Li.

Ich bin gerade zum zweiten Jahr im Landesspre-
cher*innenrat des LV Bayern und arbeite hier
sehr viel und sehr engagiert. Ich bin in den LAKs
no border und awareness aktiv. Außerdem für
den Landesparteitag delegiert, dort auch einige
Anträge und viele Ideen eingebracht, zu Feminis-
mus und Basisdemokratie. Weiterhin in der AG,
die den Landtagswahlkampf organisiert.

In Bayern haben wir oft ein eher angespanntes
Verhältnis mit der Partei, nichtsdestotrotz ist es
wichtig, verkrustete Strukturen aufzubrechen
und dieses Verhältnis diplomatisch, konstruktiv
und kritisch aufrecht zu erhalten.

Das selbe gilt auf Bundesebene, wir sind sicher
keine Parteijugend, neue Denkanstöße können
bei uns entstehen, die gilt es dann der Partei
gegenüber bestimmt zu vertreten. Hauptsächlich
begreife ich solid aber als außerparlamentari-
sch - deswegen gut, dass wir pluralistisch sind.

Mir ist die politische Bildung sehr wichtig, selbst-
bestimmt und aufgeklärt handeln kann nur, wer
auch das nötige inhaltliche und handwerkliche
Wissen dazu hat. Gerade bei solid ist das entschei-
dend. Solid ist für einige oft die erste Anlaufstel-
le, um politisch aktiv werden, diesen Leuten soll
ein guter Start als Ausgangspunkt für eine schöne
Zeit bei solid ermöglicht werden. Auch nicht eine
fertige Meinung angeben, sondern sie selbst Er-
langen lassen. Deswegen sind Bildungsangebote
auf Bundesebene wichtig - die dann auch wieder
den Diskurs im Verband anregen.

Wichtig für aktive inhaltliche Arbeit auf Bundese-
bene ist auch die LV-übergreifende Verknüpfung.
In Bayern haben wir bisher zB die LMVs von ande-
ren Verbänden besucht und uns über Arbeitsweise
und Probleme ausgetauscht. Wenn der BSPR groß
genug ist bzw Zeit dafür hat, sind LV-Besuche si-
cher eine Chance, das Interesse an Bundesebene
zu erhalten, zu motivieren und zu unterstützen.
Und natürlich gemeinsame Seminare, Camps,

Wochenenden - von denen es ja schon einige gibt.

Ich stehe für eine radikal emanzipatorische, re-
flektierte und progressive Politik ein. Solidari-
tät, Selbstbestimmung und Basisdemokratie
liegen mir am Herzen, unerlässlich für die be-
freite Gesellschaft und einen politischen Ver-
band wie unseren. Gegen den autoritären roll-
back, für Nachhaltigkeit, Feminismus und das
life deluxe for all. Die Präsenz von neuen jun-
gen und vor allem weiblichen Mitgliedern muss
gestärkt werden, auch in der politischen Lin-
ken wird oft in bequeme Strukturen verfallen.

Die Linke lebt davon sich zu kritisieren und an-
knüpfungsfähig zu sein. Es ist gut, dass wir aus
mehr als einer Strömung bestehen und uns nicht
in allem einig sind. Solange die Diskussionskultur
solidarisch und konstruktiv ist, und natürlich ein
antiautoritärer, antikapitalistischer und feministi-
scher Grundkonsens besteht.

Ich arbeite verantwortungsbewusst und zuver-
lässig und bin super motiviert, kenne aber mei-
ne Grenzen und habe durch den LSPR schon ein
bisschen Erfahrung. Ich kann gut organisieren -
Inhalte anfragen, Zeitpläne erstellen, Wochenen-
den, Kampagnen und Camps planen macht mir
Spaß.

Ich denke, der BSPR ist unter anderem dazu da,
der Basis und den Landesverbänden das politische
Arbeiten zu ermöglichen - durch das bereitstellen
von Struktur, Material und Bildungsangeboten.
Als Dienstleister für die Aktiven sozusagen.

Das würde ich gerne tun und mich sehr freuen,
wenn ihr mir euer Vertrauen aussprecht. Fragt
mich gern alles Mögliche. :)

Verliebte Grüße,

Luisa

Kandidatur als Bundesschatzmeister*in

Konstantin Gräfe

Liebe Genoss_innen,
in den letzten Monaten und Jahren sind nicht nur während der Jugendkampagne zur Bundestagswahl, sondern auch als Reaktion auf den Rechtsruck, bundesweit viele neue aktive Mitglieder und Sympathisant_innen zu uns gestoßen. Diese wollen sich engagieren und mitmachen. Ihnen und all jenen, die auch das Gefühl haben, dass es jetzt umso notwendiger denn je ist, sich gegen alte und neue Nazis zur Wehr zu setzen und für eine andere, solidarische Gesellschaft zu streiten, müssen wir ein Angebot machen. Dieses Angebot darf und kann nicht in Selbstbeschäftigung bestehen. Auf Bundeskongressen und in Facebook-Diskussionen wird jedoch häufig mit mehr Engagement über identitäre Befindlichkeiten, als über gemeinsame Projekte, Kampagnen und Kämpfe diskutiert. Wir müssen stattdessen klare Projekte formulieren, die praktisch aufzeigen, was wir für uns selbst proklamieren: als Jugendverband Teil sozialer Bewegungen zu sein und gleichzeitig als Bindeglied zwischen diesen Bewegungen und der Partei zu wirken. So können wir gemeinsam wirkungsvoll und attraktiv Widerstand gegen die alltägliche Gesamtscheiße, den antifeministischen Backlash und den grassierenden Rassismus organisieren.

Dafür möchte ich mich einsetzen:

Vernetzung stärken

Als Linksjugend [,solid] haben wir unter anderem mit den BAKs und den BAK-Wochenenden, dem Sommercamp, sowie der Winterakademie viele gute Möglichkeiten entwickelt, damit wir uns vernetzen, über unterschiedliche Standpunkte austauschen und gemeinsame Aktionen planen können. Gleichzeitig ist die Beteiligung an den Formaten sehr unterschiedlich. So kommen zu den Sommercamps meist Genoss_innen aus den (fast) immer gleichen Landesverbänden und BAKs. Im Vorfeld sollten daher mehr Möglichkeiten geboten werden, sich an der Gestaltung der Verbandsevents zu beteiligen. Ein gutes Beispiel dafür war die Sommercamp-AG, die sich beim diesjährigen BAK-Wochenende traf.

Sichtbarkeit erhöhen

Neben der Stärkung der innerverbandlichen Vernetzung; ist eine weitere Daueraufgabe, der ich mich widmen möchte, die Erhöhung der Sicht-

barkeit der Linksjugend [,solid] nach außen. Ein wichtiger Baustein dazu ist sicherlich der weitere Ausbau unserer Social-Media-Auftritte. Ziel muss insbesondere eine weitere Erhöhung der Frequenz der Posts sein. Außerdem sollten wir auf Verbandsveranstaltungen hierzu weiteren Austausch und Weiterbildungsmöglichkeiten ermöglichen. Als Mitglied des Brandenburger LSPRs und Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten kann ich dort einige Erfahrungen einbringen. Klar ist aber: gute Bilder entstehen nur durch gute Aktion. Mit praktischen Interventionen erreichen wir immer noch die meisten Menschen – sowohl vor Ort als auch im Netz.

Bündnisarbeit fortführen

Gerade Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams funktionieren nur mit guter Vorbereitung und breiter Mobilisierung. Ich halte es für unabdingbar, dass wir als linksjugend [,solid] uns weiter in bundesweiten Bündnissen einbringen. So viel Kraft Bündnistreffen auch kosten mögen, so entscheidend ist ihr Gelingen für das Fortbestehen und den Erfolg der linken Bewegung. Das gilt selbstverständlich auch für die kleinen Bündnisse vor Ort – egal ob es der Protest gegen alte und neue Nazis ist, die Beteiligung am lokalen Frauen*kampftagsbündnis oder die gemeinsame Blockade einer Abschiebung. Wir müssen weiter daran arbeiten die Mitglieder unseres Verbandes auf die unterschiedlichen Protestformen vorzubereiten und eigene kreative Protestformen entwickeln.

Finanzen sauber halten

Die wichtigste Aufgabe, so ihr mich denn als Bundesschatzmeister wählt, wird die Fortführung der soliden Verwaltung unserer Finanzen. Dass ich bis März 3,5 Jahre lang Schatzmeister in einem der finanzstärksten Landesverbände war, ist dafür, denke ich, eine gute Grundlage. Dank meines berlinnahen Wohnorts und meiner Arbeitsstelle in Berlin, kann ich auch regelmäßig in der Bundesgeschäftsstelle vorbeischaun und so die regelmäßige Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter_innen der BGS, insbesondere dem Bereich Finanzen, sicherstellen.

Der Jugendverband und ich

Meine ersten Erfahrungen machte ich ab 2007 bei Linksjugend [,solid] Bayern. Seit 2011 organisiere ich mich in den verschiedenen Strukturen der



Linksjugend [solid] Brandenburg. Zuerst war ich beim Potsdamer SDS aktiv, anschließend baute ich die [solid]-Basisgruppe in Potsdam wieder mit auf. Hier engagierte ich mich 2014 mit zahlreichen Genoss_innen gegen den Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKEN in Brandenburg. Seitdem haben wir uns als Linksjugend [solid] Brandenburg immer wieder mit Stellungnahmen kritisch zur Arbeit der rot-roten Koalition geäußert. Gleichzeitig haben wir durch Anträge auf Parteitagen Einfluss genommen. So konnten wir gegen massiven Widerstand durchsetzen, dass sich auch die Brandenburger Linkspartei endlich für einen NSU-Untersuchungsausschuss einsetzt. Als Landesschatzmeister und Mitglied des Landessprecher_innenrates habe ich mich zwischen 2014 und 2018 insbesondere für die Reorganisation des Landesverbandes stark gemacht. Wir konnten seitdem zahlreiche neue Ortsgruppen aufbauen und neue Mitglieder gewinnen. Durch verbindende Projekte wie unsere Pfingstcamps oder die Bildungsfahrten, die wir seit 2016 wieder durchführen, konnten wir diese auch an uns binden. Besonders war und ist mir die Bewegungsorientierung unseres Verbandes wichtig. So beteiligte ich mich 2015 an der Vorbereitung und der Durchführung der ersten erfolgreichen Blockade des TDDZ in Neuruppin. 2016 organisierten wir gemeinsam mit dem Bundesverband und unseren Berliner Genoss_innen das Barrio und den Auftritt

des Jugendverbandes bei den Aktionen von Ende Gelände in der Lausitz. Im letzten Jahr brachte ich mich dann in der G20-AG ein. Diese Arbeit möchte ich auch im BSPR weiterführen.

Zur Person

Geboren und aufgewachsen bin ich im Allgäu (Bayern). Dort wurde ich auch politisch aktiv. Nach der beeindruckenden Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und der Fusion von PDS und WASG zur LINKEN trat ich 2007 der Partei und dem neugegründeten Jugendverband Linksjugend [solid] bei. Seitdem habe ich mich sowohl in Partei und Jugendverband auf verschiedenen Ebenen aktiv eingebracht. 2011 zog ich des Studiums wegen (und weil es in Bayern als junger Linker halt leider einfach nicht so geil ist) nach Potsdam, wo ich (mit kleineren Unterbrechungen) bis heute wohne. Seit Anfang 2016 verdiene ich meine Brötchen als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Norbert Müller.

Kandidaturen als Parteitagsdelegierte*r für den Bundesparteitag der LINKEN

Jary Koch

Liebe Genoss_innen,
auf dem letzten Bundeskongress von Die Linke. SDS wurde ich mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten als Delegierter für den Bundesparteitag der LINKEN gewählt. Ich bitte Euch mit diesem Schreiben um die Bestätigung dieser Wahl.

Ich wohne bald seit fast 3 Jahren in Sachsen. Und auch wenn dieses „Königreich der CDU“ schon lange ein Problem mit Rechten hat, so hat sich die Lage seitdem ich nach Leipzig gezogen bin dennoch eindeutig verschärft. Das zeigt sich an unterschiedlichen Stellen, z.B. bei mittlerweile fast alltäglichen Diskussionen über Geflüchtete oder „den Islam“ mit Bekannten in der Uni, im Supermarkt oder in der Nachbarschaft, an den zahlreichen Übergriffen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte und natürlich an den 30% der AfD bei der letzten Bundestagswahl. Die LINKE, so denke ich, muss die Gefahr von rechts sehr ernst nehmen und dabei nicht nur flotte Reden schwingen, sondern aktiv gegen die AfD als Sammelpunkt einer neuen und in Teilen faschistischen Rechten vorgehen. Ich will zwei Punkte etwas genauer ausführen.

Offene Grenzen, was sonst?!

Wenn wir dem Gerede von Kapaizätsgrenzen und Ähnlichem nachgeben, werden wir nicht voran kommen. Statt dem Kurs, der insbesondere von Oskar Lafontaine und Sarah Wagenknecht voran getrieben wird, sehe ich die Aufgabe der LINKEN ganz ähnlich wie Karl Liebkecht es mal vor über 100 Jahren schon formuliert hat: »Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!« Und weiter: »Die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in Bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande« sei »die erste Voraussetzung dafür, dass die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein«. Rassismus nützt denen, die oben sind und kommt häufig auch von dort. Das muss die LINKE benennen. Rassismus kommt aber wie wir sehen auch mal gut unten an, ist teilweise schon lange dort. Deshalb müssen LINKE mit Leuten sprechen, sie versuchen zu überzeugen und nicht vor Diskussionen weglaufen. Um sich für solche Aufgaben

zu rüsten halte ich zum Beispiel die Stammtischkämpfer*innen-Schulung von Aufstehen gegen Rassismus, die ich selber auch teame, für sehr geeignet.

Entscheidend ist, dass wir im Alltag den Mund aufmachen und Initiativen ergreifen.

Es geht also auch darum, dass die LINKE mitsamt ihrer Jugendorganisationen ihre Sitzungsräume häufiger verlässt und in den Stadtteilen, Universitäten, Schulen und Betrieben unter anderem den rechten Parolen etwas entgegensetzt. In Leipzig haben wir zum Beispiel unseren rassistischen Professor Rauscher öffentlich angegriffen und gemeinsam mit 1000 Studierenden für seine Entlassung protestiert. Solche Initiativen müsste auch die LINKE mehr ergreifen. Vor Ort verankert und initiativ: das sind Bestandteile dessen, als was ich die LINKE mittelfristig sehe: als eine, um es mit Riexinger und Kipping zu formulieren, aktive Mitgliederpartei. Ich würde allerdings auch sagen, dass der Weg dorthin erst noch gefunden und gegangen werden muss. Wenn die LINKE uns jedoch auf unserem Weg, die Welt zu verändern, helfen soll, dann müssen wir jetzt um ihre Ausrichtung streiten. Bei all den Delegationen und Parteitagern sollten wir dabei aber niemals vergessen, dass *„der Sozialismus nur durch die Selbstbefreiung der in Bewegung geratenen Massen verwirklicht werden kann, die die Freiheit mit eigenen Händen ergreifen, die sich ‚von unten‘ in einen Kampf werfen, um die Kontrolle über ihr Schicksal zu übernehmen, als Handelnde (nicht nur als Unterworfenen) auf der Bühne der Geschichte.“*¹

Ich studiere Geschichte und Philosophie an der Universität in Leipzig und bin SDS-, LINKE- und verdi-Mitglied sowie Unterstützer von marx21.

Vielen Dank für's Lesen und bis zum Parteitag in Leipzig!

Jary Koch

¹Hal Draper: Zwei Seelen des Sozialismus, 1970.

Marco La Licata

Liebe Genossinnen* und Genossen*,
hiermit kandidiere ich für die Delegation von Die Linke.SDS zum Parteitag der LINKEN. Ich studiere im 8. Semester Jura in Heidelberg, bin seit Mitte 2015 für den Heidelberger SDS aktiv und seit dem 01. Januar 2018 Gruppen- und Kampagnenbetreuer des SDS. Ferner bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE, der linksjugend[`solid], der IG Metall, des VVN-BdA und der Marxistisch-Feministischen Gruppe (MFG). Als Arbeits- und Sozialrechtler und ehemaliger Referent für Lehre und Lernen setze ich Schwerpunkte bei Arbeitspolitik und Arbeitsrecht sowie Bildungs- und Hochschulpolitik.

Meine detaillierte Analyse der politischen Verhältnisse deckt sich mit der vieler anderer Genoss*innen, weshalb ich sie hier nur kurz zusammenfassen möchte. Der Neoliberalismus verliert rasant an Rückhalt in der Bevölkerung der Industrienationen, was sich in einer Repolitisierung und Polarisierung der Gesellschaft bemerkbar macht. Während ein Teil sich dem Rechtspopulismus zuwendet, haben wir als linker Studierendenverband – und auch DIE LINKE als Partei – ebenfalls einen großen Zulauf erfahren. Viele Neumitglieder der LINKEN sind jung und akademisch. Die große Aufgabe von Partei und Studierendenverband ist meines Erachtens, diese Mitglieder marxistisch zu bilden und sie in die Organisationen einzubinden. DIE LINKE hat die Chance, sich zu einer basisaktiven Mitgliederpartei, weg vom Wahlverein, zu entwickeln. SDS und solid haben hier eine Schlüsselrolle, ich möchte dazu beitragen.

Gerade viele junge Menschen, die es zur LINKEN, zum SDS und zu solid zieht, sind von Grund auf antifaschistisch eingestellt und wünschen sich eine friedliche, nicht-imperialistische Außenpolitik. Nicht nur der Glaubwürdigkeit halber muss unsere Forderung deshalb bei Offenen Grenzen für alle bleiben. Bei der Friedenspolitik dürfen wir uns nicht von der Linie abbringen lassen: Keine Auslandseinsätze; nie wieder Krieg von deutschem Boden. Alle Waffenexporte müssen gestoppt werden. DIE LINKE ist eine pluralistische Partei, doch unser Ziel ist, und bleibt, den Kapitalismus zu überwinden. Dies wird nicht im Parlament erreicht. Deshalb müssen wir radikale Forderungen stellen und nicht auf Koalitionen mit Bürgerlichen vertrauen. Schlüssel ist und bleibt der Aufbau einer „Massenorganisation“.

Als Parteitagsdelegierter jedoch werde ich aktiv für den und im Sinne der Studierenden und jun-



gen Mitglieder der LINKEN, des SDS und der solid handeln. Ich werde aktiv auf dem Parteitag mitarbeiten, anstatt nur ein Stimmkärtchen zu heben.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.

Jens Feldmann

Liebe Genoss*innen,
Hiermit möchte ich mich als Delegierter für den
Bundesparteitag der Partei DIE LINKE bewerben.

Ich habe mich im Kontext der Angriffe unserer
Fraktionsspitze auf die Parteiführung und unsere
Grundsätze, sowie der Vorstöße zu einer neuen
"Sammlungsbewegung", dazu entschlossen, als
Delegierter zu kandidieren. Ich will es gerne ver-
meiden, dass DIE LINKE zu einem Wahlverein a lá
La France Insoumise wird und ihre Position in der
Frage Antirassismus noch weiter aufweicht.

Stattdessen möchte ich dazu beitragen, dass DIE
LINKE zu einer bewegungsorientierten, aktivisti-
schen Partei mit klarer antirassistischer und an-
tikapitalistischer Haltung wird. DIE LINKE muss
meiner Meinung nach insbesondere in den Kampf
gegen Rechts und die Auseinandersetzungen im
Pflegebereich mit aktivierenden Kampagnen in-
tervenieren und den Menschen so eine Organisa-
tionsplattform bieten.

Zu meiner Person: Ich bin 24 Jahre alt, seit 2016
in linksjugend [solid] und DIE LINKE aktiv und
außerdem im Netzwerk marx21 organisiert.

Ich würde mich freuen, den Jugendverband die-
ses Jahr auf dem Bundesparteitag repräsentieren
zu dürfen!

Mit solidarischen Grüßen,
Jens Feldmann

Daniel Kerekes

„Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel [des Kapitalismus] loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert.“ - Albert Einstein

Liebe Genoss*innen,
hiermit bewerbe ich mich als Delegierter für den Bundesparteitag. Als Delegierter werde ich mich stets an die Grundsätze, die Entscheidungen des Bundeskongresses und vorhergehende Beschlüsse des Jugendverbandes halten.

Auf dem Bundesparteitag möchte ich mich dafür einsetzen, dass DIE LINKE ihren Kurs fortsetzt und eine aktivistische mitmachpartei verbindender Klassenpolitik wird.

Ich stehe in Opposition zur Fraktionsfixierten Politik unserer Fraktionsspitze und glaube, dass nur eine Partei und ein Jugendverband, der versucht alle mitzunehmen und Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus zu verbinden für das 21. Jahrhundert gerüstet ist.

Meine politischen Schwerpunkte sind Digitalisierung, Antirassismus, die anstehenden Auseinandersetzungen in der Pflege sowie der Parteiaufbau. Für mich ist es wichtig, dass der Jugendverband eine tragende und konstruktive Rolle bei der weiteren Entwicklung spielt.

In Essen habe ich gemeinsam mit Genoss*innen vor vielen Jahren eine bis heute bestehende Basisgruppe aufgebaut. Ich war im Jugendverband sowohl Landessprecher, als auch Bundessprecher und sehe mich in der Lage, die Interessen des Verbandes zu vertreten. Inzwischen sind von 370 Mitgliedern 48 Prozent im Jugendverbandsalter. Ein Erfolg, auf den wir stolz sind.

Leider ist es mir an diesem Wochenende aufgrund von privaten Verpflichtungen nicht möglich am Bundeskongress teilzunehmen. Sollte ich gewählt werden, wäre dies für mich auch das letzte Mal das ich antrete und würde es als meine Aufgabe sehen, andere Genoss*innen in unserer Delegation in etwaige Formalia einzuarbeiten.

Ich bitte um eure Unterstützung.



Biographisches:

1987 in Solingen geboren, studierte Religionswissenschaft, seit November 2013 Wahlkreismitarbeiter bei Niema Movassat.

Parteilpolitisch:

Seit 2011 Mitglied in diversen Gremien der Partei und des Jugendverbandes u. A. zwei Jahre Landessprecher linksjugend [‘solid] nrw, ein Jahr Bundessprecher linksjugend [‘solid] und aktuell Kreissprecher DIE LINKE. Essen.

Mitgliedschaften:

Roter Stern Belgrad, ver.di, linksjugend [‘solid], marx21 & Verein zur Förderung des kritischen Journalismus.

Kontakt: d.kerekes@dielinke-essen.de



Jakob Migenda

Zu mir:

Ich bin Jakob Migenda, 23 Jahre alt, wohne in Frankfurt am Main und habe Politische Theorie im Master studiert. Ich bin ein undogmatischer, aber nicht ganz unorthodoxer Marxist. Seit letztem Jahr bin ich Mitglied im BSpR der linksjugend [‘solid] und war auch für den letzten Bundesparteitag delegiert. Genauere Infos zu mir könnt ihr in meiner BSpR-Kandidatur lesen.

Warum ich kandidiere:

I. Demokratische oder Führungsakklamierende Partei?

Die Partei ist im Moment durch zwei widersprüchliche Tendenzen gekennzeichnet. Auf der einen Seite sorgt die gesellschaftliche Politisierung für ein starkes Wachstum an der Basis. Gerade junge Menschen werden wieder politisch aktiv, weil sie sich für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und gegen den Rechtsruck einsetzen wollen. Auf der anderen Seite lähmt uns der Machtkampf an der Spitze. Diesen Widerspruch gilt es zugunsten der positiven Politisierung an der Basis aufzuheben.

Dabei sollten wir nicht dem Irrglauben anhängen, dass es einfach unpolitische persönliche Animositäten wären und man einfach alle an der Spitze fortjagen müsste um die Lage zu verbessern. Es liegen grundlegende politisch-strategische Unterschiede vor und der Konflikt wird vor allem von einer Seite angeheizt. Sahra Wagenknecht will – mit weitgehender Unterstützung ihres Co-Fraktionschefs Dietmar Bartsch – eine rechtssozialdemokratische Wende in der Migrationspolitik, unterstützt durch eine Taktik gegen Rechts die – gleich der gescheiterten Taktik der KPD Anfang der 30er – auf Opportunismus gegenüber rechtsoffenen Gedanken setzt und eine Partei die dafür da ist für charismatische Führungsfiguren Wahlkampf zu führen und ihre Politik zu akklamieren aber kein demokratisches Primat hat. Es wäre sicherlich falsch zu behaupten, dass die Parteiführung um Bernd Riexinger und Katja Kipping alles richtig gemacht hätte in diesem Konflikt, aber sie stehen für die Treue zum Erfurter Programm und eine Stärkung der aktiven Parteimitgliedschaft und somit für eine zukunftsfeste Strategie.

Als basisdemokratischer und sozialistischer Jugendverband sollten wir in dieser Frage deshalb nicht neutral sein sondern klar Position für Basisorientierung, einen unmissverständlichen Antiras-



sismus und innerparteiliche Demokratie beziehen. Wir kommen nicht daran vorbei diese Konflikte zu führen, wollen wir uns nicht dauerhaft lähmen. Die nächste Tagung des Parteitages muss zur Klärung dienen.

II. Für ein sozialistisches Europawahlprogramm

Der nächste Parteitag wird zudem über das Europawahlprogramm abstimmen. Ich will mich dafür einsetzen, dass im Sinne unseres Leitantrages zur EU, ein kritisch-visionäres sozialistisches Programm verabschiedet wird. Wir dürfen uns nicht der Illusion einer leicht veränderbaren EU hingeben, dem stehen die nur einstimmig veränderbaren neoliberalen Klauseln in den EU-Verträgen entgegen. Deshalb müssen wir die EU von links kritisieren statt sie wie liberale abzufeiern. Das richtige Bauchgefühl, dass etwas falsch läuft darf nicht mit der simplen und falschen rechten „Lösung“ des Zurück zur Nation eingefangen werden.

Stattdessen sollten wir für die linke Vision eines solidarischen Europas werben auch in dem Wissen, dass wir es nur gegen die Verträge umsetzen können. Trotzdem geht es auch in Europa darum im hier und jetzt mögliche Verbesserungen zu erkämpfen. Luxemburgs Strategie der revolutionären Realpolitik bleibt auch hier taktisch gut angewandt richtig. Kandidatur für die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag der Partei DIE LINKE

Yannic Bakhtari

Liebe Genoss*innen,
hiermit bewerbe ich mich um einen Platz als Delegierter für den Bundesparteitag der LINKEN. Ich bin Yannic Cyrus Bakhtari, 20 Jahre alt, und wohne und lebe in Frankfurt am Main. Dort studiere ich im Bachelor Politikwissenschaft im Hauptfach und Skandinavistik im Nebenfach an der Goethe-Universität. Ich arbeite seit einigen Jahren als freier Journalist sowie als Lehrer für Dänisch und Englisch an einer Sprachschule. Außerdem bin ich Teil des schlau-Netzwerks Hessen, das Workshops über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für Schüler*innen durchführt.

Nach meinem Abi im Sommer 2016 bin ich in DIE LINKE eingetreten, weil ich im Lichte der restriktiven Flüchtlingspolitik in Europa und sozialer Spannungen in der Bundesrepublik dem Vorschreiten des Neoliberalismus und des Kapitalismus nicht länger tatenlos zusehen, sondern im Gegenteil etwas bewegen wollte. Ich demonstrierte bei der großen Anti-TTIP-CETA-Demo in FFM. Durch die Umstellung auf das Unileben ging mein politisches Engagement nach ein paar Monaten Pause im April 2016 weiter. Erst beim Sozialistisch-demokratischen Studierendenverband (SDS), in dem ich aus zeitlichen Gründen nicht mehr aktiv bin, dann fast zeitgleich auch bei der linksjugend [solid]. Im Sommer 2017 bin ich während der CSD-Saison in die Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer eingetreten und engagiere mich dort für die Emanzipation aller Lebensweisen aus sozialistischer Sicht - seit Ende letzten Jahres auch im hessischen Landessprecher*innenrat und im Bundessprecher*innenrat. Wir brauchen weniger Identitätspolitik und ein stärkeres Verständnis dafür, weshalb ernsthafte Queer-Politik im Kapitalismus nicht möglich ist. Bei solid brachte ich eine Aktionsreihe zu queeren Themen voran. Wir geben Passant*innen in Frankfurt die Chance, mit schwulen, lesbischen, bisexuellen und transsexuellen Menschen in Kontakt zu kommen und werben sichtbar und kontinuierlich für Akzeptanz und Vielfalt.

Nach der letzten Bundestagswahl zeigt sich, dass DIE LINKE von vielen jungen Menschen gewählt wird und mehr junge Menschen eintreten, auch und gerade in die linksjugend [solid]. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der gesellschaft-

lichen, aber auch der parteilichen Linken, diese Menschen zu organisieren. Insbesondere in Zeiten der Polarisierung von Rechts steht uns hier eine große Aufgabe bevor. Vor allem die Protestaktionen rund um den G20 in Hamburg haben mich hautnah spüren lassen, dass in diesem System die Zeichen auf Angriff stehen. Antikapitalistische, demokratische und emanzipatorische Alternativen zum bisherigen Status-Quo werden dringender gebraucht als je zuvor. Auch solid ist hier in der Verantwortung und ich möchte mich als Delegierter gemeinsam mit anderen Genoss*innen dafür einsetzen, dass unseren Ideen in der Mutterpartei mehr Gehör geschenkt wird. An uns liegt es, die Partei nicht noch weiter nach rechts abdriften zu lassen. Gerade jetzt, wo die SPD sich bereitwillig ihr ohnehin schon bestehendes Grab immer tiefer gräbt, dürfen wir nicht die neue Sozialdemokratie werden. DIE LINKE ist eine plurale Partei, das ist oftmals erfrischend, aber ich will nicht, dass die Partei zu sehr Verwalter des kapitalistischen Systems wird. Wir müssen entschieden gegen jegliche Bestrebungen, aktuell regieren zu wollen, stimmen. Wir müssen entschieden gegen eine sich selbst lähmende LINKE stimmen. Sammlungsbewegungen stellen keine Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation dar. Wir müssen die bestehenden Netzwerke nutzen, um diese Welt zu verändern. Wir müssen uns dazu immer den wahren Feind vor Augen führen: den Kapitalismus.

Nur im Sozialismus liegt die Verbesserung für die von Konkurrenzdenken und Egoismus zerfressene Gesellschaft, in der wir nicht länger leben wollen.

„Gemeinsam sind wir stark“ - das mag zwar eine Plattitüde sein, gleichwohl drückt sie aus, was wirklich zählt: Zusammenhalt im Kampf gegen Stigmatisierung, Diskriminierung und die kapitalistische Lebensweise - inner- wie außerparlamentarisch. Der Grundgedanke des Kapitalismus ist Konkurrenz und Egoismus - wir stehen für ein Miteinander und Solidarität.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE, der Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE. queer, der Linksjugend [solid], des Sozialistisch-demokratischen Studierendenverbandes sowie Mitglied bei ver.di.

Mit solidarischen Grüßen wirbt um eure Stimme
Yannic Bakhtari

Iris Burdinski

(Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)

Landesverband: Brandenburg

Liebe [^solid]s,
ich bitte hier zum ersten Mal um eure Unterstützung als Delegierte zum Bundesparteitag. Ich sehe den Schwerpunkt meiner politischen Arbeit außerhalb der Partei – auf der Straße, in Gerichtssälen und in Bündnissen. Aber das bedeutet nicht, dass ich die Partei für unwichtig halte. Im Gegenteil:

Laut Grundgesetz sollen Parteien einen wesentlichen Beitrag zur politische Meinungsbildung beitragen – entsprechend werden in erster Linie Parteien und Parteivertreter_innen nach ihrer Meinung zu einem politischen Thema gefragt. Die einzige linke unter den Gefragten ist DIE LINKE. Wenn mit Sahra Wagenknecht dann ausgerechnet eine der exponiertesten Vertreter_innen dieser Partei auf den reaktionären Zug aufspringt und law & order befürwortet oder rassistische Denkweisen mitträgt, tut das wahnsinnig weh. Nicht nur deswegen müssen linksradikale Positionen in der LINKEN hör- und sichtbar sein. Ich möchte auf dem Bundesparteitag besonders die Mitglieder der linksjugend [^solid] vertreten, die bewusst nicht in DIE LINKE eingetreten sind. Und ich möchte diejenigen stärken, die dafür eintreten, dass es etwas Wichtigeres gibt, als rechte Wähler_innen „zurück“ zu gewinnen: nämlich den Schulterschluss zu sozialen Kämpfen zu suchen. Zu meiner Person:

Ich, 27, habe letztes Jahr mein Erstes Juristisches Staatsexamen abgeschlossen und dann erst einmal was sinnvolles gemacht: für den Jugendverband die Kampagne zur Bundestagswahl in Brandenburg als Landesgeschäftsführerin mitorganisiert, Studis in Fragen des BAföG- und Sozialrechts beraten und mit den Falken und den [^solid]s aus Berlin eine Bildungsfahrt nach Warschau geteamt. Bei linksjugend [^solid] bin ich seit 2009, vorher habe ich mich vor allem in Antifa und Zivilgesellschaft engagiert. Entsprechend viel Sitzfleisch habe ich auf Plena, Bündnistreffen und BuKos, sowie als Delegierte für den Jugendverband auf Landesparteitagen der Brandenburger LINKEN antrainiert.



Katharina Schramm

Liebe Genossinnen und Genossen,
Am 17.12.2017 wurde ich vom Bundeskongress von dielinke.SDS als Kandidatin für die Delegation zum Parteitag nominiert. Im Folgenden möchte ich mich euch gerne vorstellen und meine Gründe für meine Kandidatur benennen.

Zunächst zu mir

Ich bin 22 Jahre alt und studiere derzeit im 6. Semester VWL an der Freien Universität Berlin. Mein politisches Engagement startete ich bei der linksjugend [´solid] Passau. Mit Beginn meines Studiums in Berlin wurde ich beim SDS FU aktiv und seit eineinhalb Jahren bin ich Schatzmeisterin im Bundesvorstand des SDS. Außerdem beteilige ich mich auch in meiner Fachschaftsinitiative Wirtschaftswissenschaft und in hochschulpolitischen Gremien. Meine Interessenschwerpunkte sind die kritische VWL/kritische Wissenschaft, marxistische politische Ökonomie sowie sozialistischer Feminismus.

Ich bin Mitglied bei: dielinke.SDS, Die Linke, linksjugend [´solid], Marxistisch-Feministische Gruppe, IG Metall

Meine Motivation für die Kandidatur

Beim kommenden Parteitag geht es um sehr viel. Es geht darum, wie sich die Partei positioniert in Fragen der Migration, der (neuen) Klassenpolitik und zu Europa. Der Parteivorstand wird neu gewählt und es gibt Konflikte um die Besetzung von Posten und die künftige Ausrichtung der Partei. Ich möchte mich klar dafür einsetzen, die Linke nicht als einen personenbezogenen Wahlverein zu sehen. Idealerweise ist sie ein Instrument, eine langfristig in der Basis verankerte linke Bewegung aufzubauen. Menschen emanzipieren sich durch gemeinsame Kämpfe für ihre eigenen Interessen und in Solidarität mit allen Unterdrückten. Ein Wahlverein, eine Sammlungsbewegung, wie auch immer man es nennen mag, ist das Gegenteil. Zentriert auf eine oder wenige prominente Persönlichkeiten, geht es vorwiegend darum um Wählerstimmen zu werben. So wird sich langfristig aber nichts ändern. Wir müssen aktiv und gemeinsam um gesellschaftliche Hegemonie kämpfen.

Eng damit verknüpft ist auch die Frage um neue Klassenpolitik. Sinnvolle Klassenpolitik heute darf nicht ignorieren, wie viele Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland arbeiten und in momentan heiß umkämpften Bereichen wie z.B. der Pflege arbeiten. Die Arbeiter*innenklasse ist längst nicht mehr weiß und männlich und im Grunde war sie das auch nie. Das gilt es in



der Partei immer wieder deutlich zu machen. Auch in Fragen der Migration gilt es eine klare Haltung der Solidarität mit allen Geflüchteten zu zeigen. Weder die Abgrenzung in „gute“ Kriegsflüchtlinge vs. „schlechte“ Wirtschaftsflüchtlinge, noch eine Anbiederung an wie auch immer geartete nationalistische Positionen sind zu dulden. Der Kampf gegen Rassismus ist eine unserer wichtigsten Aufgaben heute. Um dabei glaubhaft zu sein, brauchen wir stets eine klar antirassistische Haltung in der LINKEN.

Als dielinke.SDS sind wir Teil des linken Flügels der Partei und in diesem Sinne möchte ich mich auch auf dem Parteitag positionieren und abstimmen. Unsere Zukunft liegt in unseren Händen und um einen lieben internationalen Genossen zu zitieren, den ich vor einiger Zeit kennen lernen durfte: „At least you got a party, why don't you use it?“

Dorian Tigges

Liebe Genoss*innen,
(ich bin auf dem Bundeskongress von dielinke.SDS für ein BPT-Deligiertenmandat gewählt worden. Ich würde mich über eine Bestätigung der gesamten SDS-Delegation sehr freuen)

ich bin Dorian, 29, studiere in Marburg Geschichte und Kunstgeschichte. Seit 2016 bin ich im Bundesvorstand von dielinke.SDS und bringe mich darüber hinaus seit Jahren in verschiedenen Funktionen in Partei und Studierendenverband ein, sei es die Mitgliedschaft in Kreisvorstand/Wahlkampfleitung im Ldk. Marburg-Biedenkopf, die Mitarbeit in der Kommission „Politische Bildung“ (Bundespartei) oder die Arbeit in bundesweiten Arbeitskreisen für die Themenfelder Politische Bildung, Feminismus, Hochschulpolitik und Öffentlichkeitsarbeit (critica). Außerdem war und bin ich seit längerem im Marburger AStA im Bereich Hochschulpolitik/Außenvertretung tätig, sowie Gremienmitglied im Dachverband der dt. Studierendenschaften, dem fzs.

Die aktuelle Spaltungssituation innerhalb der Partei ist bedenkenswert. Seit Monaten ist ein Machtkampf zwischen den verschiedenen Flügeln ausgebrochen, der mehr oder weniger offen in der medialen Öffentlichkeit ausgetragen wird. Die Situation erinnert in ihrer Zuspitzung bedenklich an 2012. Eine Spaltung konnte damals, nur da sich alle Ateure darüber klar waren, dass sie politisch aufeinander angewiesen waren, abgewendet werden. Ein solcher Zerfall der pol. Linken droht heute allerdings m.E. wohl kaum mehr. Vielmehr paralyisiert die Art und Weise auf welche Flügelauseinandersetzungen ausgetragen werden und macht sie unfähig in wichtigen Themenfeldern klare Positionen zu beziehen. Insofern muss es auch Aufgabe des (bzw. auf dem) Parteitags sein für klare, linke Positionierungen der gesamten Partei zu streiten.

Dies betrifft insbesondere die Migratons- und Flüchtlingspolitik, aber ebenso die Frage von Krieg und Frieden. Hier muss die LINKE einerseits unmissverständlich die Rechte von geflüchteten Menschen verteidigen, darf aber andererseits auch nicht den Fehler begehen über die mit Fluchtbewegungen einhergehende Probleme und Spannungen hierzulande, aber auch in den Herkunftsländern zu verschweigen. Sie muss Imperialismus und Krieg überall auf der Welt bekämpfen, egal wer diese Krieg führt. Die Idee Militäreinsätze könnten in einzelnen Situationen aus humanitären Gründen richtig und gut sein, wie sie in Teilen der parlamentarischen Linken schon zu hö-

ren ist, muss auf das Schärfste bekämpft werden. Denn wir wissen, dass sollte dieser Weg beschritten werden, am Ende jeder imperialistischer Krieg führ- und unerstützbar sein wird, nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz (J. Fischer). Für diese Themen will ich mich im besonderen, als Teil der SDS-Delegation, auf dem Parteitag einsetzen.

Konstantin Gräfe

(gemischte Liste)

Name: Konstantin ‚Koks‘ Gräfe

Landesverband: Brandenburg

Liebe Genoss_innen,
die genauen Konstellationen sind zwar noch unklar, es deutet sich aber an, dass der nächste Bundesparteitag zu so etwas wie einer Richtungsentscheidung für die Partei werden könnte. Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine geben dabei spätestens seit der Bundestagswahl den Takt vor. Ihre Vorstellungen von einer LINKEN als auf eine Person ausgerichteter Wahlverein mit einer Fokussierung auf Themen, mit denen vermeintlich AfD-Wähler_innen und andere Enttäuschte (zurück)gewonnen werden könnten, stoßen aber mittlerweile auf erfreulich breiten Widerstand in der Partei und ihrem Umfeld. Als Jugendverband sollten wir wie in der Vergangenheit deutlich für eine plurale und solidarische LINKE werben, die nicht die, denen es schlecht geht, gegen jene ausspielt, denen es noch schlechter geht; für eine LINKE also, für die antirassistische, feministische und sozialistische Positionen zueinander gehören und nicht im Widerspruch stehen. Als langjähriger Delegierter auf Bundeskongressen von linksjugend [,solid] und Landesparteitagen der LINKEN bringe ich nicht nur das nötige Sitzfleisch mit, sondern habe einen gewissen Erfahrungsschatz im Umgang mit reaktionären Positionen in der Partei. Außerdem bin ich satzungs- und geschäftsordnungsfest, was sich in der Vergangenheit schon bei der ein oder anderen Gelegenheit als nützlich herausgestellt hat. Deshalb webe ich um Eure Unterstützung als Delegierter zum Bundesparteitag.

Näheres zu meiner Person findet ihr in meinem Kandidaturschreiben für den Bundessprecher_innenrat.

Transparenz: aus oben genannten Gründen gehöre ich zu den Erstunterzeichner_innen des Aufrufes „Solidarität ist unteilbar. Für eine bewegungsorientierte LINKE.“.



Marius Petrenz

Hey,
ich bin Marius und kandidiere zum Delegierten für den Bundesparteitag der LINKEN.

Im letzten September habe ich nach acht Tagen in der elften Klasse die Schule abgebrochen, um mich dem Leben und der Weltrevolution zu widmen. Seit Anfang des Jahres lebe ich in einer WG in Berlin und bin dort in der Basisgruppe Berlin-Ost aktiv.

Kurz zu meinen Aktivitäten:

- > seit 2015 in Geflüchtetenhilfe aktiv und dadurch endgültig politisiert
- > ab 2016 in der Basisgruppe Strausberg (Brandenburg)
- > ab 2017 aktiv bei der LINKEN Neuenhagen
- > seit Anfang 2018 in der Basisgruppe Berlin-Ost, der LINKEN Berlin-Lichtenberg und der SAV Friedrichshain

Ich bin nicht der Meinung, dass die Probleme unserer Zeit mit Reformen gelöst werden können. Der Kapitalismus muss grundsätzlich überwunden werden, indem die Banken unter demokratische Kontrolle der Bevölkerung gestellt und die Produktionsmittel in Gemeinschaftseigentum überführt werden - Das geht nur mit einer sozialen Revolution von unten.

Die Beispiele Thüringen, Brandenburg und Berlin zeigen sehr eindeutig, dass mit SPD und GRÜNEN sowie als Teil des BRD-Staatsapparates nicht im Ansatz eine sozialistische Alternative geschaffen werden kann. Menschen werden weiterhin abgeschoben, Privatisierungen durchgeführt und ökologische Dringlichkeiten hinten angestellt. Dagegen müssen wir uns wehren - Auch auf dem Bundesparteitag.

Wir müssen für einen oppositionellen Kurs der LINKEN eintreten. Es braucht eine Partei, die den Menschen beisteht, die aufgrund ihres politischen Kampfes von polizeilicher Repression betroffen sind.

Die alltäglichen Probleme der Menschen müssen von Funktionsträger*innen der Partei nachempfunden werden können - In Millionensummen schwimmende Abgeordnete wie Diether Dehm darf es nicht geben.

Und dem ekelerregenden rechten Zeitgeist darf keinesfalls hinterhergelaufen werden - Wir brauchen konsequenten Antifaschismus und Widerstand gegen eine Regierung, die das Asylrecht de facto abgeschafft hat.

Meine Forderungen an die LINKE:

- > Konsequenter Antifaschismus: Gegen ein Nützlichkeits-rassistisches Einwanderungsgesetz und Wagenknecht'sche Hetze gegen Geflüchtete - Für einen gemeinsamen antirassistischen Befreiungskampf
- > Uns gehört die ganze Bäckerei: Gegen rot-rot-grün und Zufriedenheit mit sozialen Reförmchen - Für einen sozialrevolutionären Kurs der LINKEN
- > Gegen Champagner-Sozialismus und exorbitante Vergütungen von Parteifunktionär*innen - Für eine Begrenzung der Bezüge auf durchschnittliches Tarifniveau

Ich bin nicht bereit, mich mit dem Kapitalismus abzufinden. Genauso wenig Lust habe ich auf eine LINKE, die dem rechten Zeitgeist hinterherrennt und den Kapitalismus nur verwaltet. Ich kämpfe für eine unangepasste, antifaschistische und revolutionäre LINKE - gerne auch auf dem Bundesparteitag.

Rote Grüße :)

Lissy Bott

Ein paar Worte über mich:

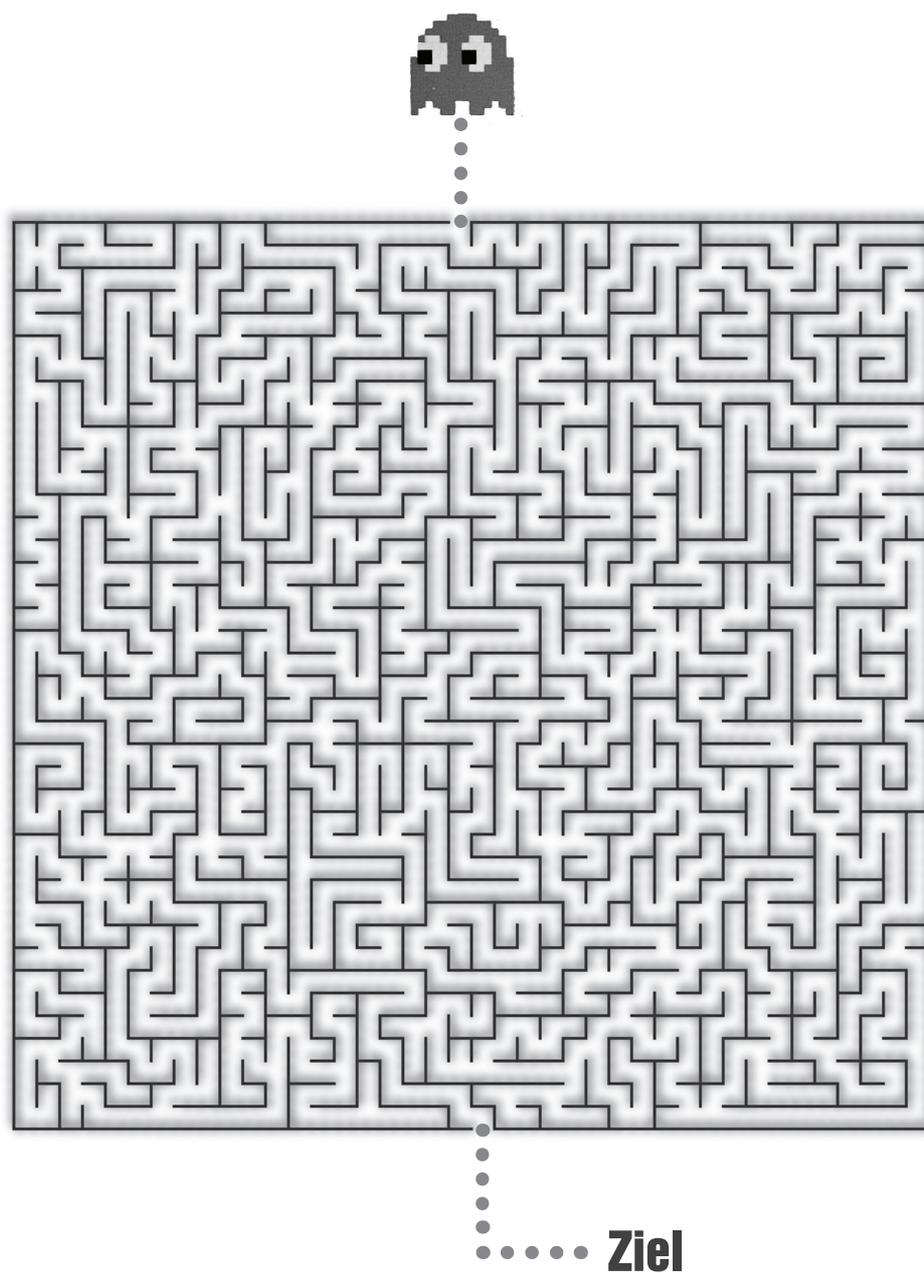
Ich bin 27 Jahre studiere jetzt hoffentlich im letzten Mastersemester Kunstgeschichte und Filmwissenschaft in Jena und bin seit ca. 2010 Mitglied in diesem tollen Verband. Ich sehe mich sehr stark im Jugendverband verwurzelt und verrete der Partei gegenüber immer und mit großer Überzeugung die Positionen unseres Verbandes, sei es auf Basis-, auf Landes- oder auf Bundesebene. Aktiv bin ich natürlich vor Ort in der Basisgruppe in Jena, auf Landesebene, wo ich die linksjugend [,solid] beispielsweise im Landesvorstand der LINKEN Thüringen nach bestem Wissen und Gewissen verrete und der*die ein*e oder andere von euch kennt mich evtl. aus dem Bundessprecher*innenrat oder verschiedenen Bundesarbeitskreisen.

Meine bisherigen Schwerpunktthemen sind eigentlich sehr vielfältig und haben sich über die Jahre verändert oder weiterentwickelt. Zur Zeit setzte ich mich vor allem mit linken Strukturen und Strukturproblemen auseinander, auf die ich immer wieder dann aufmerksam werde, wenn ich meine Erfahrungen aus autonomen Gruppen und in der Arbeit im Jugendverband und in der Partei vergleiche. Dabei interessiert mich natürlich vor allem die Frage, wie wir aber auch die LINKE mit der neuen Situation umgehen, dass viele junge Menschen gerade sowohl in die linksjugend [,solid] aber auch in die Partei eintreten, dass junge Menschen sich durch die aktuelle Politik nicht repräsentiert fühlen, aber sich auch schwer dabei tun, sich selber in kontinuierliche politische Arbeit einzubringen.

Das muss sich ändern und hier müssen wir im regen Austausch mit der Partei, mit allen Genoss*innen generationsübergreifend neue Konzepte der politischen Arbeit, des politischen Diskurses, der Ansprache, Praxisformen und Inhalte entwickeln. Der Jugendverband und die Partei DIE LINKE sind eigenständige und unabhängige Strukturen, was wichtig ist und beibehalten werden muss. Ich bin der Ansicht, dass gerade deshalb eine enge Zusammenarbeit und ein enger Austausch unabdingbar dafür ist, dass sich die Partei und der Jugendverband gegenseitig bereichern und weiterentwickeln können, sowohl auf inhaltlicher als auch auf organisatorischer Ebene. Eigentlich gibt es noch viel mehr zu sagen, aber Platz und so ... - deshalb stellt mir einfach eure Fragen, wenn ihr welche habt. Ich würde mich sehr darüber freuen, unseren Jugendverband auf dem Bundesparteitag vertreten zu dürfen :)



Rätsel



Ein Gespenst für Europa



linksjugend
['solid] 

linksjugend ['solid]
www.linksjugend-solid.de
fb.com/linksjugendsolid
instagram.com/linksjugend_solid
twitter.com/Lijusolid